

# Dokumentation der Fachtagung Wirksamkeits- dialog der verbandlichen Jugendarbeit

am 22. März 2010 in Düsseldorf  
Landesjugendring NRW e.V.



Dokumentation der Fachtagung  
Wirksamkeitsdialog der  
verbandlichen Jugendarbeit  
am 22. März 2010 in Düsseldorf

Landesjugendring NRW e.V.

## Impressum

Herausgeber:

Landesjugendring NRW

Martinstraße 2 a

41472 Neuss

Telefon: 0 21 31/46 95-0

Telefax: 0 21 31/46 95-19

E-Mail: [info@ljr-nrw.de](mailto:info@ljr-nrw.de)

Der Landesjugendring NRW im Internet:

Homepage: <http://www.ljr-nrw.de>

Vereinsregister:

VR 2066 Amtsgericht Neuss

Vorstand:

Alexandra Horster (Vorsitzende)

Martin Wonik (Vorsitzender)

Britta Duckwitz (Stv. Vorsitzende)

Antonia Kühn (Stv. Vorsitzende)

Roland Mecklenburg (Stv. Vorsitzender)

V.i.S.d.P.:

Vorstand des Landesjugendrings NRW

Redaktion:

Kathrin Opitz

GEBIT Münster

Gestaltung: Merten Durth, disegno GbR, Wuppertal

Druck: Boerje Halm, Wuppertal

Auflage: 1.500

Neuss 2010

Gefördert vom

**Ministerium für Familie, Kinder,  
Jugend, Kultur und Sport  
des Landes Nordrhein-Westfalen**



## Inhalt

|  |    |
|--|----|
| Vorwort  | 4  |
| Fachtagung Wirksamkeitsdialog in der Jugendverbandsarbeit  | 5  |
| Martin Wonik: Einführung in die Tagung – Geschichte des Wirksamkeitsdialogs  | 7  |
| Theo Schneid: Demokratieerziehung in Jugendverbänden – Ergebnisse einer qualitativen Studie                            | 11 |
| Elke Bruckner: „Jugendarbeit weckt demokratisches Engagement“ – Ergebnisse der Partizipationsstudie                    | 23 |
| Nachfragen und Diskussion zu den Studien zum demokratischen Engagement in Jugendverbänden                              | 41 |
| Nachfragen und Diskussion zum bisherigen Prozesses im Wirksamkeitsdialog   | 43 |
| Professor Hans-Uwe Otto: Jugendarbeit vor neuen Perspektiven?  |    |
| Zur Verankerung der Dimension ‚Ganztagsbildung‘ in den Alltag der Kinder- und Jugendarbeit                             | 47 |
| Professor Klaus Schäfer: Der Wirksamkeitsdialog – Chance zur Weiterentwicklung und Zielorientierung für Jugendverbände | 66 |
| Nachfragen und Diskussion zu den Referaten von Prof. Hans-Uwe Otto und Prof. Klaus Schäfer                             | 73 |



## Vorwort

Seit nunmehr zehn Jahren ist der Wirksamkeitsdialog fester Bestandteil der Jugendverbandsarbeit in Nordrhein-Westfalen.

Nach Jahren des Ringens um die gemeinsamen Ziele dieses Arbeitsbereiches verbandlicher Jugendarbeit ist das Bewusstsein in den Verbänden gewachsen für eine qualitative Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit.

Der Wirksamkeitsdialog vereint einen verbandsinternen Reflexionsprozess mit der Schaffung von Transparenz der eigenen Arbeit nach außen hin. Er bietet mehr als dies bisher üblich war, die Darstellung der eigenen Zielstellungen gegenüber dem Zuwendungsgeber.

Mit dieser Fachtagung verbindet der Landesjugendring die Möglichkeit, Bilanz zu ziehen und nach vorne zu schauen. Wir haben Akteure aus der Jugendarbeit, dem Jugendministerium und der Wissenschaft eingeladen, uns ihre Ansicht zum Wirksamkeitsdialog zu sagen. Wir erhoffen uns Anregungen und kritische Reflexion.

Der Wirksamkeitsdialog ist fest etabliert und akzeptiert. Die Wirkungen in die Verbandsarbeit hinein und nach außen sind deutlich sichtbar.

Wir danken an dieser Stelle dem Jugendministerium für die finanzielle Unterstützung, ohne die ein so fachlich orientierter Arbeitsbereich nicht zu bewältigen wäre.

Der Vorstand Landesjugendring NRW





## Fachtagung Wirksamkeitsdialog in der Jugendverbandsarbeit

2010 konnte der Wirksamkeitsdialog der Verbände im Landesjugendring NRW auf eine mehr als 10-jährige Geschichte zurückblicken, Anlass genug, im Rahmen einer Fachtagung auf die erzielten Erfolge des Wirksamkeitsdialogs zu blicken und sich mit den kommenden Herausforderungen zu beschäftigen.

Seit Beginn hat der Wirksamkeitsdialog sowohl quantitative als auch qualitative Aspekte der Jugendverbandsarbeit in den Blick genommen. Neben der jährlichen Erhebung und Auswertung der nach Landesjugendförderplan – später Kinder- und Jugendförderplan – geförderten Angebote, haben sich die Jugendverbände mit der Evaluation qualitativer Aspekte ihrer Angebote beschäftigt.

Handelte es sich hierbei bis 2007 jeweils um verbandspezifische Fragestellungen, beschloss die Arbeitsgruppe Wirksamkeitsdialog 2007, sich erstmals einer gemeinsamen Fragestellung zu widmen. Ausgewählt wurde das Thema „Demokratisches Engagement in der Jugendverbandsarbeit“. Nach Entwicklung gemeinsamer Zielvorstellungen zur Förderung demokratischen Handelns folgte eine große empirische Erhebung in den Verbänden, an der sich 6.210 Jugendliche beteiligt haben.

Die Fragestellungen der Verankerung demokratischer Prinzipien in den Verbandsstrukturen und der Einstellungen von Ehrenamtlichen zum demokratischen Engagement wurden im Rahmen qualitativer Untersuchungen in zwei Diplomarbeiten untersucht. Im Frühjahr 2010 standen erste Auswertungen zur empirischen Partizipationsstudie zur Verfügung, die die Wirkung der Jugendverbände in der Förderung demokratischen Engagements deutlich belegen.

Der Wirksamkeitsdialog der Jugendverbände im Landesjugendring NRW hatte mit dieser breit angelegten Untersuchung endgültig ein Stadium erreicht, in dem er von den beteiligten Verbänden als Vorteil für die Weiterentwicklung der eigenen Arbeit wahrgenommen wurde. Um diesen erfolgreichen Weg des Wirksamkeitsdialogs auch für die Fachöffentlichkeit und die Politik, der als Dialogpartner

eine wichtige Rolle zukommt, transparent zu machen, wurde die Fachtagung Wirksamkeitsdialog in der Jugendverbandsarbeit geplant.

*Martin Wonik* eröffnete die Veranstaltung als für den Wirksamkeitsdialog verantwortliches Vorstandsmitglied des Landesjugendrings NRW mit einem kurzen Blick auf die Geschichte des Wirksamkeitsdialogs.

In einem ersten Teil der Veranstaltung standen die Ergebnisse der Partizipationsstudien im Mittelpunkt:

**Theo Schneid von der SJD – Die Falken NRW, Mitglied der Arbeitsgruppe Wirksamkeitsdialog und Lehrbeauftragter an der Universität Duisburg–Essen, Institut für Soziologie,** präsentierte die Ergebnisse der beiden qualitativen Studien in den Verbänden. Als Lehrbeauftragter hat er die beiden Diplomarbeiten, die sich mit der Demokratieerziehung in den Jugendverbänden beschäftigten, angeregt und betreut.

**Elke Bruckner von der GEBIT (Gesellschaft für Beratung sozialer Innovation und Informationstechnologie, Münster)** stellte die zentralen Ergebnisse der empirischen Partizipationsstudie vor. Die GEBIT begleitet den Wirksamkeitsdialog seit 2002 und hat auch die Konzeption und Durchführung der Studie begleitet. Die GEBIT hat die Daten erfasst, aufbereitet und ausgewertet.

Der zweite Teil der Veranstaltung beschäftigte sich mit den Zukunftsperspektiven der Jugendverbandsarbeit und des Wirksamkeitsdialogs:

**Professor Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Uwe Otto von der Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaft,** beschäftigte sich in seinem Vortrag mit der Fragestellung, welchen Stellenwert Jugendverbandsarbeit im Rahmen von Ganztagsbildung einnehmen kann und soll. Der Ausbau des schulischen Ganztags stellt die Jugendarbeit vor neue Herausforderungen. Auf der einen Seite stellt der Ganztags eine zeitliche Konkurrenz für die Jugendverbandsarbeit dar, auf der anderen Seite sind Jugendverbände wichtige Ko-

operationspartner für Schule, die im Rahmen von Ganztage die schulische Bildung durch neue, eigenständige Aspekte ergänzen soll.

In einem letzten Vortrag blickte **Professor Klaus Schäfer, Abteilungsleiter im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen** und einer der Initiatoren des Wirksamkeitsdialogs noch einmal auf den zurückgelegten Weg und die zukünftigen Herausforderungen. Sein Resümee der mehr als 10-jährigen Geschichte des Wirksamkeitsdialogs: War er zu Beginn vor allem ein Verfahren zur Herstellung von mehr Transparenz und Legitimation der verwendeten Mittel, hat er sich nunmehr zum unverzichtbaren Instrument der Qualitätsentwicklung der Jugendverbände entwickelt. Die Herausforderungen, die gesellschaftliche Veränderungen auch an die Jugendarbeit herantragen, machen einen Dialog über die Wirksamkeit von Jugendverbandsarbeit zu einer permanenten Aufgabe, der sich die Jugendverbände stellen.

*Dr. Friedrich-Wilhelm Meyer* von der GEBIT Münster führte durch die Veranstaltung.

## Martin Wonik: Einführung in die Tagung – Geschichte des Wirksamkeitsdialogs

Ich begrüße alle recht herzlich im Namen des Landesjugendrings NRW zu unserer Fachtagung zum Wirksamkeitsdialog. Ich habe gerade noch einen Blick durch die Runde gemacht. Es sind die vertrauten Gesichter, keine Überraschungen. Überraschungen wären gewesen: Vertreter aus dem Landtag oder aus dem Ministerium. Prof. Klaus Schäfer wird ja heute Mittag kommen, er hat seinen Beitrag ja erst nach dem Mittagessen; aber ansonsten sind überwiegend diejenigen gekommen, die sich engagiert haben in den letzten Jahren in diesem Wirksamkeitsdialog. Ich freue mich, dass ihr da seid. Wir wollen uns heute einmal tatkräftig mit dem auseinandersetzen, was seit 1999 passiert ist, welche Ergebnisse wir haben und was wir zukünftig mit diesen Ergebnissen erreichen können.

Ich will eine kleine Geschichte erzählen über den Wirksamkeitsdialog: Der Prozess fing 1999 an und letztendlich lassen sich drei Phasen markieren in der Entwicklung dieses Wirksamkeitsdialoges. Als wir 1999 in den Richtlinien sahen, dass die Jugendverbände – unter anderem – zu einem Wirksamkeitsdialog verpflichtet wurden, hatten wir natürlich alle ein großes Fragezeichen im Gesicht und haben gefragt: Was ist denn das? Für alle diejenigen, die nicht schon 20 oder 30 Jahre dabei sind: Diesen Wirksamkeitsdialog hat es nicht immer gegeben, sondern er ist irgendwann einmal erfunden worden.

Der Startpunkt war 1999 und die erste Phase, die ich hier beschreibe. Es war die Phase der Orientierungslosigkeit. Wir wussten nicht, was wir machen sollten, wir wussten nicht, wie wir das machen sollten, wir wussten auch gar nicht genau, mit wem wir was machen sollten. Die Vorgabe war, dass dieser Wirksamkeitsdialog über das Landesjugendamt Rheinland koordiniert werden sollte.

Das hat vielen von uns nicht so gut gepasst, weil wir uns gefragt haben, ob die, die unsere Verwendungsnachweise prüfen sollen, jetzt mit uns über Zahlen, Daten, Fakten unserer Arbeit reden? Wer hat sich denn das ausgedacht? Der gute Christoph Gilles, der damals als allererster diese Moderation übernommen hat, hat erst einmal versucht, ein

bisschen Vertrauen zu schaffen: *„Freunde, wir wollen euch ja gar nichts Böses, wir sind auch überrascht worden von diesem Wirksamkeitsdialog und müssen gemeinsam einen Weg finden, damit umzugehen“.*

Es war sehr viel Misstrauen da. Der Kreis, der sich damals immer beim Landesjugendamt traf, nannte sich der *„Kölner Kreis“*. Aus jedem Verband war jemand vertreten und wir hatten regelmäßig unsere Fragezeichen im Gesicht. Dann gab es da immer noch einen Vertreter des Jugendministeriums, Jean Breuer. Auch er hatte keine konkreten Vorstellungen über den Verlauf des Prozesses. Das war also die Phase eins.

Wir haben sehr schnell festgestellt: Wenn wir uns einen Überblick verschaffen wollen, über die Arbeit der Jugendverbände, wenn wir qualitative oder quantitative Aussagen dazu machen wollen, dann brauchen wir Handwerkszeug dazu. Dieses Handwerkszeug war sehr unterschiedlich in den Jugendverbänden vorhanden. Es ist ja nicht so, dass Jugendverbände sich nicht vor dem Wirksamkeitsdialog schon Gedanken über die Qualität ihrer Maßnahmen gemacht haben; aber dass das systematisch passiert ist, kann man nicht sagen und keiner wusste so richtig, wie man das macht.

Wir haben uns dann letztendlich nach langen Wirren darauf geeinigt, sogenannte *„Evaluationen“* durchzuführen. Im Hauptausschuss haben wir relativ schnell beschlossen, dass wir eine berufsbegleitende Fortbildung anbieten für die Fachkräfte der Jugendverbände, damit wir im Grunde das Handwerkszeug bekommen, um überhaupt einen Wirksamkeitsdialog fachlich gestalten zu können.

Wir sind aber nicht richtig vorangekommen. Ich erinnere mich noch an den ersten Versuch, unterschiedliche Ergebnisse von Jugendverbänden zu einem Gesamtergebnis zusammenzufassen. Das haben dann mehrere Autoren versucht. Wir haben ihre Ergebnisse im Hauptausschuss diskutiert. Diese ganze Phase war geprägt von sehr viel Unsicherheit und dem Versuch, was Gutes zu tun, aber nicht zu wissen wie.

Und dann kam noch eine zusätzliche, zweite Schwierigkeit dazu: Die Moderation im Landesjugendamt wechselte ständig. Nach Christoph Gilles kam Heide Buberl-Mensing – diese hat zwei Sitzungen begleitet, dann war sie wieder weg. Dann sollte damals ein Herr Otto folgen – der hat überhaupt nie eine Sitzung gemacht. Wir begannen im Vorstand zu diskutieren: Wie kann man diesen Prozess anders gestalten, damit er fruchtbarer und effektiver wird?

2002 haben wir dann einige entscheidende Schritte gemacht, die ich als Neuorientierung bezeichnen möchte, die zweite Phase. Zunächst haben wir festgestellt, dass wir uns kontinuierlich extern begleiten lassen wollen. Wir haben damals die Kontakte zur Firma GEBIT aufgenommen. Dr. Meyer wird heute moderieren, d.h. bis zum heutigen Tage hat es eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit gegeben.

Darüber hinaus haben wir unser Grundverständnis geändert. Wir haben den Wirksamkeitsdialog immer als ein vom Zuschussgeber aufgepfropft Verfahren erlebt. Perspektivisch müssen wir den Prozess so gestalten, dass die Verbände im Landesjugendring Vorteile haben und dass sie die Daten und Maßnahmen, die sie untersuchen, dazu nutzen können, um ihren eigenen Verband weiterzuentwickeln.

Der dritte Schritt war, dass wir uns von der Vorgabe des Ministeriums abgekoppelt haben und der Landesjugendring die Federführung in diesem Prozess selbst übernommen hat. Wir haben damals die Arbeitsgruppe gegründet, die auch heute noch existiert und zusätzlich eine Steuerungsgruppe eingerichtet. In der Arbeitsgruppe war das Ministerium nicht mehr vertreten.

Wir haben zur Datenerfassung ein webbasiertes System entwickelt, das auch heute noch läuft. Damit haben wir die Möglichkeit geschaffen, quantitative Daten zu erheben. 2004 bestand erstmalig die Möglichkeit, alle landesweit geförderten Maßnahmen vollständig zu erheben. Die ersten Zeitreihen kann man jetzt auswerten. Außerdem haben wir uns darauf geeinigt, dass jedes Jahr im Verband eine Untersuchung gemacht wird.

Dann kam die dritte Phase mit der Anfangsanalyse: Die Verbände sind unterschiedlich gut aufgestellt, sie haben unterschiedliche personelle und finanzielle Ressourcen und sie haben sich an diesem Prozess durchaus unterschiedlich beteiligen können. Wir haben immer wieder versucht, dieses Problem zu lösen. Machen wir eine Zwei- oder Dreiklassengesellschaft auf, indem wir unterschiedliche Anforderungen an die Verbände stellen? Sagen wir, dass alle Verbände das gleiche leisten müssen und müssen sie eben entsprechend qualifizieren? Wie kriegen wir das hin mit der Unterschiedlichkeit der Themen? Dadurch, dass jeder Verband sein Thema selbst festlegen konnte, entstand nie ein gemeinsamer Nenner oder eine gemeinsame Linie.

Wir haben dann im Jahr 2006 – und das hat eigentlich die Phase 3 eingeleitet – im Hauptausschuss des Landesjugendrings NRW ein gemeinsames Thema festgelegt. Alle Verbände arbeiten zu diesem gemeinsamen Thema und dadurch erhalten wir über die Breite des Landesjugendrings NRW zu diesem Thema ganz bestimmte Aussagen. Das haben wir zum ersten Mal zu dem Thema „Demokratisches Engagement von jungen Menschen“ so umgesetzt.

Das Grundproblem haben wir bis heute nicht gelöst. Der Wirksamkeitsdialog ist weitestgehend ein *Wirksamkeitsmonolog* geblieben. Auch heute sind die Partner, mit denen wir unsere Ergebnisse diskutieren wollen, nicht da. Es ist immer so geplant gewesen, dass wir zu den jährlichen Ergebnissen ein Gespräch mit dem Minister bzw. der Ministerin führen. Wir wollen mit den Jugendpolitikerinnen und Jugendpolitikern der Fraktionen über unsere Ergebnisse diskutieren. Die Ergebnisse sollen die Grundlage sein für Modifizierungen in der Förderung – im Landesjugendplan oder auch später im Kinder- und Jugendförderplan. Das alles waren die Vorgaben, warum der Wirksamkeitsdialog durchgeführt werden sollte. Wir führen den Dialog zwar untereinander, in der Arbeitsgruppe und innerhalb einzelner Verbände, aber der Dialog mit der Politik hat nicht stattgefunden – bis heute nicht.

Vor zwei Jahren bekamen wir die Information, dass ergänzend zum Wirksamkeitsdialog noch Zielvereinbarungen für die Jugendverbände eingeführt werden. Wir haben dieses Verfahren mit vier Verbänden exemplarisch in einem Jahr umgesetzt. Gott sei Dank wurde es wieder eingestellt.



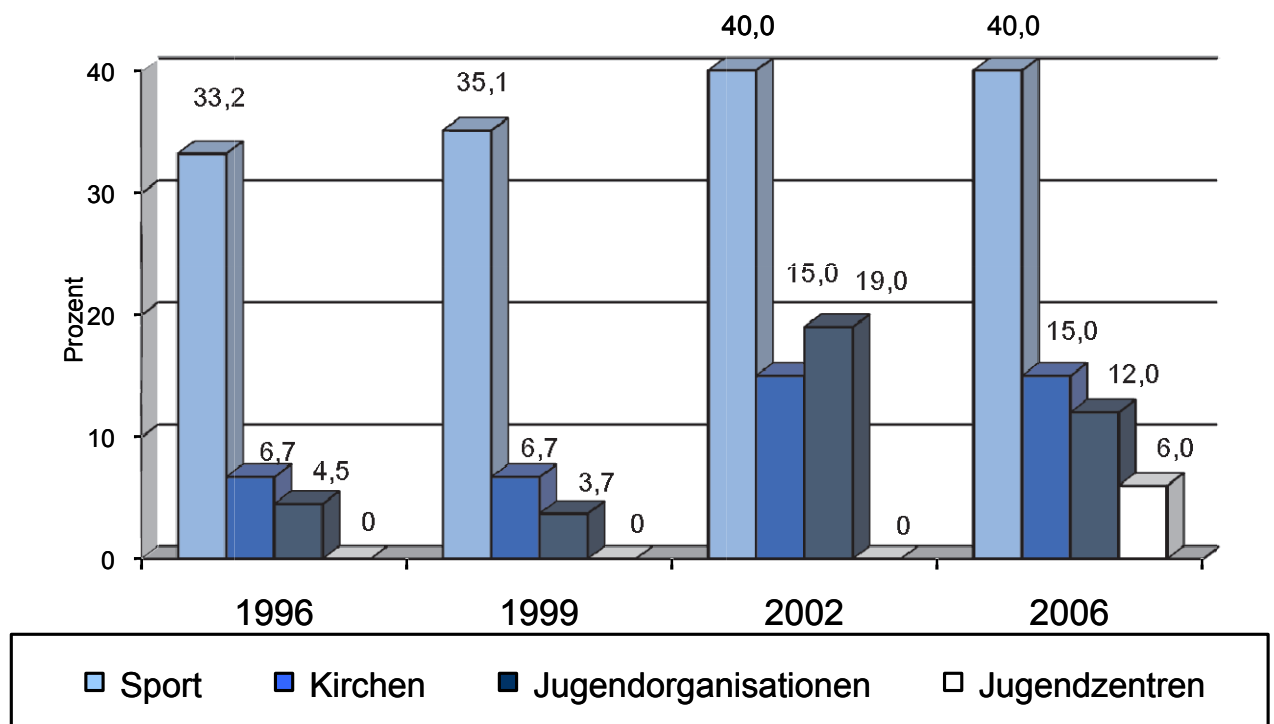
# Theo Schneid: Demokratieerziehung in Jugendverbänden – Ergebnisse einer qualitativen Studie

## Drei Thesen zur Jugendverbandsarbeit

### Erste These

Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit werden oft als drittes Sozialisationsfeld bezeichnet, neben Familie und Schule. Über die Bedeutung dieses Sozialisationsfeldes gibt es unterschiedliche Ansichten. Empirische Daten werden oft nur zur Kenntnis genommen, wenn sie in das eigene Konzept passen. Zusätzlich sind sie abhängig von der Art und Weise, wie man fragt und wie man die Daten erhebt.

Ein erstes Beispiel: die Shell-Studien. 1996 und 1999 wurden Jugendliche nach Mitgliedschaften in Sportvereinen, kirchlichen Jugendverbänden und anderen Jugendorganisationen gefragt. 2006 wurde die Kategorie Jugendzentren hinzugenommen. In 2006 wurde dann auch nicht mehr nach der Mitgliedschaft gefragt, sondern ob man aktiv ist.

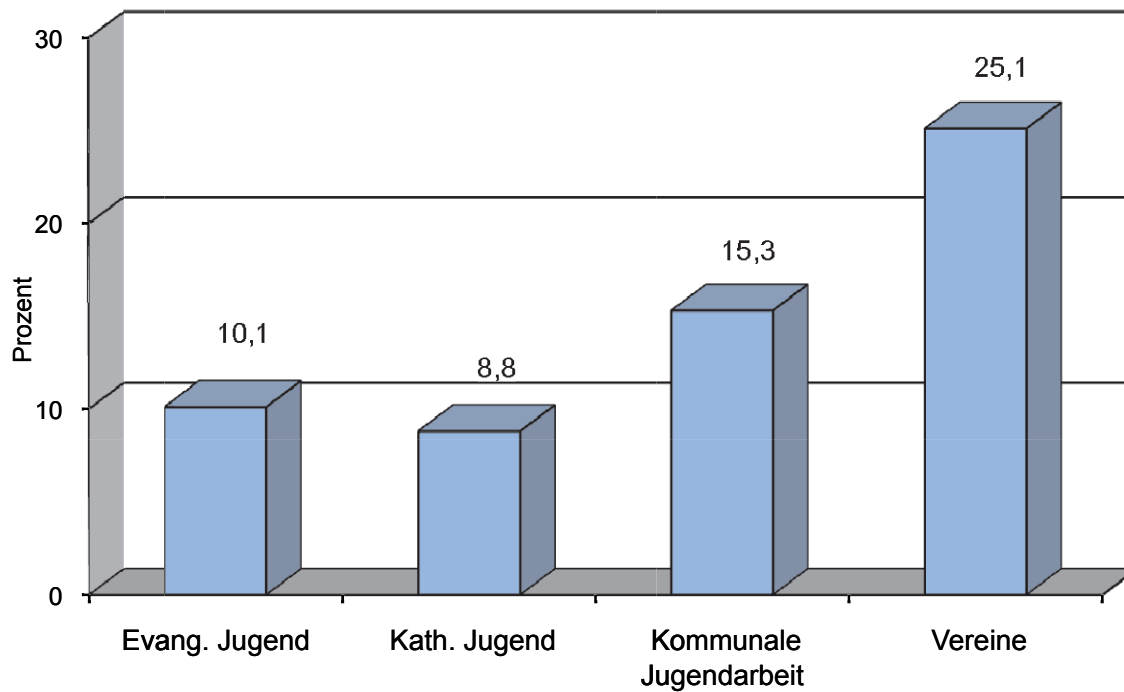


Zweites Beispiel: die Reichweitestudie von Münchmeier, Fauser und Fischer.<sup>1</sup> Die Untersuchung der evangelischen Jugendarbeit enthält eine Vorstudie, die auf Grundlage einer repräsentativen Stichprobe Aussagen über die Reichweite der Jugendarbeit insgesamt trifft.

1.724 Jugendliche und damit 57,1 % der gesamten repräsentativen Stichprobe (N = 3.020) haben bei den Fragen zumindest eine Gruppe bzw. Einrichtung der Jugendarbeit genannt. Eine Kategorisierung der Nennungen hat die folgende Verteilung ergeben:

Die Prozente beziehen sich dabei auf die gesamte Stichprobe. Demnach werden alle Jugendlichen in Deutschland repräsentiert.<sup>2</sup> Die Kategorie „Vereine“ erfasst vor allem Sportvereine, aber auch die sonstigen Jugendverbände.

Angesichts dieser Daten lässt sich die Aussage treffen, Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit ist – neben Familie und Schule – das dritte Sozialisationsfeld.



<sup>1</sup> Münchmeier, Richard, Katrin Fauser und Arthur Fischer (2006): Realität und Reichweite von Jugendverbänden am Beispiel der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Jugend.

<sup>2</sup> Die Differenz zwischen den Werten 57,1 und 59,3 ergibt sich durch unterschiedliche Berechnungsarten.



### Zweite These

Den Auftrag zur politischen Bildung und damit auch zur Förderung demokratischen Bewusstseins haben sich die Jugendverbände – nach einer langen Diskussion, die auch eine Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte war – aus eigenem Antrieb gegeben. Er wurde ihnen nicht vom Staat aufgetragen.

In dem Grundsatzgespräch von St. Martin im Jahre 1962 wurden die Weichen neu gestellt. Als Aufgabenstellung der Jugendverbände wurde formuliert:

*„Die Jugendverbände verstehen sich als Glieder der Gesellschaft. Sie sehen ihr Aufgabenfeld im außerschulischen Bildungs- und Erziehungsbereich. Sie erfüllen bewusst eine ergänzende Erziehungsfunktion neben Elternhaus und Schule und isolieren sich dabei nicht vom gesellschaftlichen Leben. Ein ‚autonomes Jugendreich‘ wird nicht angestrebt. Die politische Bildung erfordert dabei ein besonderes Schwergewicht.“*

Deutscher Bundesjugendring 1962.

In den nächsten Jahren gab es eine Diskussion, in der der Jugend das Recht zugesprochen wurde, innovativ und partizipatorisch in die Institutionen und Normen eingreifen zu können, in die sie sich integrieren sollten. Emanzipation und Partizipation wurden nun zu Schlüsselbegriffen der Jugendarbeit, die bis heute ihre Gültigkeit nicht verloren haben und die heute in den gesetzlichen Grundlagen der Jugendarbeit verankert sind.

Aber erst der Erlass des grundsätzlich reformierten Kinder- und Jugendhilfegesetzes oder SGB VIII von 1990 schaffte mit der Einführung des § 11 eine neue Situation, was den demokratischen Erziehungsauftrag betrifft. Man muss hier kurz erwähnen, dass es in Richtlinien auf Länderebene durchaus bereits Vorläufer gab.

### Dritte These

Die informellen Bildungseffekte stellen den wesentlichen Anteil an den Wirkungen im Sozialisationsfeld Jugendarbeit. Hinzu kommen noch die Effekte nonformaler Bildung. Dieser informelle Bildungseffekt wird – entsprechend dem Begriff – nicht durch gezielte Intentionen erreicht, sondern die Existenz des Sozialisationsfeldes, mit seinen Möglichkeiten der selbstorganisierten Gestaltung des Feldes durch die Akteure, bewirkt diese Bildungseffekte.

Richard Münchmeier hat das in einem Interview 2004 folgendermaßen beschrieben:<sup>3</sup>

*„Gute Jugendarbeit besteht darin, Gelegenheitsstrukturen zu gestalten und zu qualifizieren, Vielfalt möglich zu machen und die Erfahrungen, die in dieser Vielfalt möglich sind, sozial zu qualifizieren und Aneignungsmöglichkeiten herzustellen. Eine Zeit lang hat man versucht, den sozial-räumlichen Ansatz gegen den Bildungsansatz auszuspielen, das macht überhaupt keinen Sinn. Bildung ist heute gerade im Bereich der Jugendverbände nur sozialräumlich zu denken, weil jede Bildung Selbstbildung ist.“*

Bei unseren Untersuchungen ging es um diese Gelegenheitsstrukturen, die sich ja in den Dokumenten, Satzungen, Regularien, programmatischen Dokumenten oder schriftlichen Konzeptionen praktisch „materialisiert“ haben und damit der Untersuchung zugänglich sind. Ein zweites wichtiges Moment dieser Gelegenheitsstrukturen sind die überwiegend ehrenamtlich aktiven Menschen mit ihren Vorstellungen und ihrem Handeln, welche diese Strukturen, so könnte man sagen, erst zum Leben bringen.

Deshalb wurde

- eine Dokumentenanalyse der öffentlich zugänglichen schriftlichen Dokumente erarbeitet<sup>4</sup> und
- eine qualitative Analyse von Interviews mit ehrenamtlich Aktiven in den Jugendverbänden durchgeführt.<sup>5</sup>

<sup>3</sup> „Alltagsoffenheit – eine Stärke der Jugendverbände, die sie niemals antasten dürfen“. In: Sozial Extra, Vol. 28, 7 - 8, S. 13 - 17.

<sup>4</sup> Efker, Nina und Jennifer Salzmann (2008): Förderung demokratischen Engagements durch Jugendverbände. Eine qualitative Untersuchung der öffentlich zugänglichen Dokumente, Diplomarbeit an der Universität Duisburg-Essen, Standort Duisburg, Fakultät I – Gesellschaftswissenschaften, Integrierter Diplomstudiengang Sozialwissenschaften, Studienrichtung Soziale Arbeit und Erziehung.

<sup>5</sup> Thoenelt, Christian und Daniel Koch (2009): Erziehung zu demokratischem Engagement als Auftrag der Jugendverbände in NRW. Eine qualitativ-empirische Studie, Diplomarbeit an der Universität Duisburg-Essen, Standort Duisburg, Fakultät I – Gesellschaftswissenschaften, Integrierter Diplomstudiengang Sozialwissenschaften, Studienrichtung Soziale Arbeit und Erziehung.

## Ergebnisse der Analyse der öffentlich zugänglichen Dokumente der Jugendverbände

Die zentralen Ergebnisse können in Form von vier Thesen zusammengefasst werden:

### 1. These:

Die Jugendverbände bekennen sich in ihren politisch programmatischen Dokumenten offensiv und eindeutig zur demokratischen Gesellschaft und zur parlamentarischen Grundordnung.

### 2. These:

Die Satzungen der Verbände entsprechen dieser Grundorientierung und legen klare Mitbestimmungsrechte (Partizipationsrechte) ihrer Mitglieder fest. Die Verbände haben institutionalisierte Kontrollorgane, die die Einhaltung der demokratischen Regeln überprüfen und durchsetzen können.

### 3. These:

Die Jugendverbände gehen ausnahmslos von der Notwendigkeit der demokratischen politischen Bildung aus und entwickeln hierfür unterschiedliche Konzepte und pädagogische Programme.

### 4. These:

Die Jugendverbände präsentieren sich offen und transparent nach außen. Dies ist vor allem auf den inzwischen von jedem Verband bereitgestellten Internetseiten erkennbar. Sie geben bereitwillig Auskunft über ihre Ziele und Inhalte sowie über ihre Strukturen. Öffentlich präsent und transparent zu sein, ist für Jugendverbände eine Selbstverständlichkeit.

## Ergebnisse der Analyse der Interviews mit ehrenamtlich Aktiven aus den im Landesjugendring NRW zusammengeschlossenen Verbänden

Die qualitative Untersuchung basiert auf 22 Interviews aus 14 der insgesamt 22 Verbände, die zum Zeitpunkt der Untersuchung Mitglied im Landesjugendring NRW waren. Die Befragten waren sowohl in der Gremienarbeit als auch in der praktischen Arbeit mit jungen Menschen aktiv. Dabei schließt das eine das andere nicht aus. Die Männer hatten dabei eine etwas stärkere Tendenz zur Gremienarbeit.

### Kinder und Jugendliche aus Sicht der Ehrenamtlichen

Obwohl Jugendverbände oft die „sozialpolitische Inpflichtnahme“ kritisieren, berichten die Ehrenamtlichen in den Interviews auffallend oft gerade von Kindern, die zusätzliche Hilfe brauchen. Nach Meinung der Ehrenamtlichen haben fast alle Kinder und Jugendlichen mit Problemen zu kämpfen, sei es durch Überforderung oder mangelnder Fürsorge und Bildung. Nicht zuletzt deshalb sehen die Befragten sich in der Pflicht, diesen Kindern und Jugendlichen zu helfen und das bedeutet, dass man sich um sie kümmert, ihnen zuhört und eine vertraute Umgebung schafft, in der sie sich wohlfühlen.

Jugendverbände stehen mitten in der Gesellschaft und in den Aussagen der Ehrenamtlichen spiegelt sich das in seiner ganzen Widersprüchlichkeit. In solchen Interviews wird wahrscheinlich eher über die Probleme gesprochen als über die „Normalsituation“. Gleichzeitig kann man wohl davon ausgehen, dass der gesellschaftliche Diskurs über die Jugend auch seine Einflüsse ausübt, sei es, dass er teilweise unreflektiert übernommen wird, andererseits aber auch kritisch gesehen wird.

### Politik und Demokratie aus Sicht der Ehrenamtlichen

Wenn bei der Dokumentenanalyse festgestellt wurde, dass „die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die freiwillige Partizipation die Arbeitsgrundlage“ der Verbände ist, dann zeigt sich das auch in den Interviews. *„Jede Entscheidung, die ich für mich mache oder wo ich mich für andere Menschen engagiere, auch das ist schon Politik und*

*Demokratie. Das kann auch ohne Demokratie nicht funktionieren, wenn nicht die mitmachen, die es eigentlich betrifft*“. Politik ist ohne Demokratie nicht denkbar, vor allem nicht machbar.

Insgesamt lässt sich feststellen:

- Die ehrenamtlich Aktiven sehen die Aufgabe der Jugendverbände darin, Mitbestimmung und Mitgestaltung durch Kinder und Jugendliche zu ermöglichen und zu fördern. Das gelte für alle gesellschaftlichen Bereiche, in denen Kinder und Jugendliche betroffen sind. *„Deshalb lautet die Forderung, dass Kinder erstens gehört werden, zweitens ernst genommen werden und drittens stimmberechtigt sein sollten“*.
- Die Ehrenamtlichen sind der Meinung, die Akteure in Jugendverbänden und die Verbände selbst sollen sich dabei an die Seite der Jugendlichen stellen und gegebenenfalls auch als ihr Sprachrohr fungieren.
- Die Zugangsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen zur Politik werden kritisiert. Der pauschale Vorwurf der „Politikverdrossenheit“ greife zu kurz. Es sei die Politik, die Barrieren baue, die die Kinder und Jugendlichen abhalten. *„So werden in einem Interview ‚dicke alte Männer in Anzügen‘ beschrieben, die Politik ‚zum Wohl des Kindes aus einer behüteten, übergeordneten Stellung heraus‘ machen“*. (KT/83)
- Die von der Politik genutzten Kommunikationsformen werden als nicht jugendgemäß kritisiert. Sie verstärken noch die Barrieren.
- Die Forderung nach Gestaltungsmöglichkeiten und Partizipation für Kinder und Jugendliche wird von vielen Ehrenamtlichen mit „gesellschaftskritischen“ Einstellungen in Verbindung gebracht. *„Fast alle Interviewten stufen sich und ihren Verband direkt als gesellschaftskritisch ein. Das bedeutet nicht zwangsläufig, dass alle Ehrenamtlichen ‚politisch aktiv‘ sind in dem Sinne, dass sie ständig große Aktionen planen, um auf gesellschaftliche Missstände aufmerksam zu machen. Es werden auch wei-*

*terhin einfach nur Kinderfreizeiten betreut, ohne damit direkt ein politisches Ziel verfolgen bzw. Gesellschaftskritik üben zu wollen“*. (KT/85)

- Politisch sein – im Sinne von Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten einzufordern und sie wahrzunehmen – ist für die Ehrenamtlichen nicht ohne Demokratie denkbar. Allenfalls werden, wie sich das bei der Analyse der Dokumente gezeigt hat, auch hier Spielarten sichtbar zwischen direkten und repräsentativen Formen, wobei die Letzteren vor allem auch für die eigenen Verbandsstrukturen eher überwiegen.
- Offenheit und Toleranz als unverzichtbare Bestandteile der Demokratie begründen bei allen eine kompromisslose Ablehnung von Fremdenhass, Rassismus und Rechtsextremismus.

#### **Erziehung und Bildung aus Sicht der Ehrenamtlichen**

In den Interviews wird eher nur ausnahmsweise über abstrakt-theoretisch formulierte Bildungsansprüche berichtet. Es gibt einige Stellen, in denen es um das Selbstverständnis der Ehrenamtlichen geht. Nimmt man die Rolle des Erziehenden an oder versteht man sich doch eher als Partner? In den praktischen Beispielen werden dann eher Mischformen geschildert. Man versteht sich dann als beides, Partner bzw. Partnerin und Erziehende bzw. Erziehenden.

#### **Die Werthaltungen**

Es kann festgestellt werden, dass trotz der Pluralität der Jugendverbände in NRW eine gewisse Übereinstimmung in den gemeinsamen Werthaltungen existiert. In deutlichem Vorsprung zu anderen Werten finden sich insbesondere die Vermittlung von Solidarität und Toleranz in der Jugendarbeit wieder. Dieses Wertepaar wird in den Interviews oft direkt benannt.

Meist indirekt wird die Vermittlung von Demokratie und Gerechtigkeit angesprochen. Demokratie wird beispielsweise mit der Förderung des sozialen und politischen Engagements, der gesellschaftlichen Teilhabe oder auch der Befähigung zur Meinungsäußerung umschrieben. Ebenso verhält

es sich mit dem Wert Gerechtigkeit, der vorrangig mit der Gleichberechtigung der Geschlechter, mit Integration oder mit der Forderung gleicher Chancen innerhalb der Gesellschaft verbunden ist.

Neben diesen eher universellen Werten formulieren die Vertreter der ökologischen Verbände die Zielsetzung des Respekts vor der Natur, für die Vertreter der arbeitsweltbezogenen Verbände ist Solidarität und Gerechtigkeit im Berufsleben zentral und die Vertreter der christlichen Verbände nennen Werte wie Nächstenliebe und Barmherzigkeit.

Es scheint fast überflüssig, auf die politische Relevanz dieses Wertekanons hinzuweisen.

### **Die Kompetenzen**

Es gibt drei Kategorien von Bereichen, für die Kompetenzen vermittelt werden sollen.

Die erste Kategorie ist die Förderung von Kompetenzen für die eigene Verbandsarbeit. Aufgrund der Ausrichtung einiger Verbände ist es unabdingbar, in erster Linie Fertigkeiten zu schulen, um dem eigenen Vereinszweck gerecht zu werden. Ein Musikverband ohne Musiker und ein humanitärer Verband ohne Techniker und Sanitäter wären schlichtweg nicht denkbar.

Die zweite Kategorie ist die Förderung von Kompetenzen, die man als Vorbereitung auf das spätere Berufsleben betrachten kann. Dazu gehören nicht nur das Erlernen von handwerklichen Fertigkeiten (humanitäre Verbände) oder der Erwerb musischer Kompetenzen (kulturelle Verbände), sondern auch die Interessenvertretung innerhalb der Arbeitsverhältnisse (arbeitsweltbezogene Verbände) und die grundsätzliche Befähigung im Umgang mit Sprache, Schrift und neuen Medien.

Die dritte Kategorie von Kompetenzen lässt sich unter dem Begriffspaar Mündigkeit und Demokratie zusammenfassen. Das werden wir uns gleich noch etwas näher betrachten.

Die von den befragten Ehrenamtlichen genannten Kompetenzen, die im Rahmen der Jugendverbandsarbeit vermittelt werden sollen, lassen sich nach der Häufigkeit der Nennung folgendermaßen ordnen:

- Kritikfähigkeit und Konfliktfähigkeit
- Eigenverantwortung
- Selbstreflexion und Reflexion der Umwelt
- Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl
- Teamarbeit und Miteinander
- Sensibilisierung für gesellschaftliche Themen.

Diese sechs Punkte nehmen in der Bildungsarbeit der Jugendverbände einen großen Stellenwert ein. Sie beschreiben wichtige Elemente für die Formung einer mündigen Persönlichkeit und bestätigen den verbandsübergreifenden und ganzheitlichen Bildungsanspruch der ehrenamtlich Tätigen.

### **Gruppe und Gemeinschaft**

Es gibt wohl kaum eine Arbeit, die sich mit Jugendarbeit und speziell Jugendverbandsarbeit beschäftigt, in der sich nicht die Begriffe „Gruppe“ und „Gemeinschaft“ finden lassen. Dies gilt auch für die befragten Ehrenamtlichen in den Jugendverbänden. Dabei werden je nach Verbandszugehörigkeit weitere ergänzende Attribute benutzt. So wird in konfessionellen Verbänden von „christlicher Gemeinschaft“, in arbeiterjugendbewegten Verbänden von „Solidaritätsgemeinschaft“ und in humanitären Verbänden von „Kameradschaft“ gesprochen.

Sehen wir einmal von der problematischen Karriere des Gemeinschaftsbegriffes in der deutschen Geschichte ab und klären, was eine „Gemeinschaft“ ausmacht. Es gibt weitgehende Einigkeit, dass Gemeinschaft ein soziales Gebilde ist, das sich auf der Grundlage von Gefühlen wie Sympathie und Antipathie bildet. Wenn die Gruppe in diesem Sinne eine „Gemeinschaft“ ist, entwickelt sie gleichzeitig – und oft unbewusst – auch Ausschlusskriterien, anhand derer darüber entschieden wird, ob „Neue“ in die

Gruppe passen oder nicht. In eine Gemeinschaft muss man hineinpassen, Sympathien und gleiche Anschauungen spielen eine Rolle. Es gibt immer ein Zusammenspiel von Geschlossenheit und Offenheit von Gruppen. Es scheint auch so, dass gerade dieses Zusammenspiel sowohl für die Jugendlichen als auch für den Verband insgesamt eine Rolle spielt.

Die Offenheit sichert den Zuwachs an Jugendlichen, während die Geschlossenheit auch die Funktion hat, die Identität des Verbandes zu wahren. Damit hängt wahrscheinlich auch die Nutzung des mit der eigenen Werteausrichtung kombinierten Gemeinschaftsbegriffs zusammen. („christliche“, „sozialistische“ etc. Gemeinschaft).

Da es in der Untersuchung um politische Bildung geht, um die Förderung demokratischen Engagements, scheint es wichtig, die Ambivalenzen des Gemeinschaftsbegriffs im Blick zu behalten. Dem wird man allerdings keineswegs gerecht, wenn man den Gemeinschaftsbegriff tabuisiert. Es muss vielmehr ein reflektierter Begriff entwickelt werden. Der Wunsch und die Suche nach Gemeinschaft sind völlig verständlich. Bei Jugendlichen in der Adoleszenz, die ja immer noch zentrale Zielgruppe aller Jugendverbände ist, gilt das besonders. Wenn wir heute feststellen müssen, dass rechtsextremistische Gruppierungen gerade junge Menschen in diesem Suchen nach Gemeinschaft ansprechen und dabei auch nicht erfolglos sind, bekommt diese Frage für die politische und demokratische Erziehung eine herausragende Bedeutung.

Die Studie zeigt zwar die Bedeutung des Gemeinschaftsbegriffs für die Ehrenamtlichen, eine kritische Reflexion des Begriffs wird aus den Interviews aber nicht wirklich erkennbar. Hier liegt ein wichtiger Hinweis für notwendige Diskussionen, insbesondere über politische Bildung in den Verbänden.

## Der Stellenwert der Partizipation

Thönelt und Koch stellen in ihrer Untersuchung fest:

*„Wir haben herausgefunden, dass den Kindern und Jugendlichen mit der Verbandsarbeit ein Raum gegeben werden soll, in dem sie sich austesten, austoben und Neues ausprobieren sollen. Ebenso hat man uns versichert, dass Aktivitäten und Programm sich an den Interessen der Verbandsteilnehmer orientieren. Es ist daher konsequent, nun die Frage zu stellen, ob und wie die Kinder und Jugendlichen genau Einfluss auf die Verbands- und Bildungsarbeit nehmen können.“* (Thönelt und Koch, S. 150)

Die Differenzierungen des Partizipationsbegriffs werden in der Arbeit ausführlich diskutiert. Das kann hier nicht nachvollzogen werden. Die Autoren haben die Vorstellungen von Partizipation, die die Ehrenamtlichen vertreten, zwei Kategorien zugeordnet: Sie unterscheiden zwischen „ernst gemeinter Partizipation“ und „apathischer“ oder „paternalistischer Partizipation“.

Anhand der Interviews lässt sich feststellen, dass beide Partizipationsvorstellungen nicht trennscharf voneinander auftreten. In fast allen Interviews werden beide Varianten aufgeführt und erklärt bzw. werden sogar innerhalb einer Äußerung beschrieben. Zwei Zitate aus den Interviews sollen hier stellvertretend stehen. Typisch für die „paternalistische“ Variante ist die folgende Aussage:

*„Demokratie ist, glaube ich, gerade in der Kinder- und Jugendarbeit, auf der einen Seite etwas, was man weitergeben sollte, dieses politische Verständnis. Auf der anderen Seite muss man gerade bei Kindern aufpassen. Nicht immer ist das, was Kinder sich wünschen, auch zielführend.“* (Thönelt und Koch, S. 159, Interview 5)

Das folgende Zitat wird von den beiden Autoren dagegen als „ernst gemeintes“ Partizipationsverständnis gewertet:

*„Es gab aber auch schon Freizeiten, wo es weniger ein konkretes Thema gab, sondern wo der Aspekt dann auch insgesamt auf der Selbstorganisation lag. Das heißt, kaum Strukturen vorgegeben, außer irgendwie Möglichkeiten, dass die Kinder eben selbst bestimmen, d.h., da ist noch nicht so viel vorgeplant und es gibt sozusagen das, was an Material mitgenommen wird und darauf können die dann zurückgreifen. Es gibt dann jeden Tag oder alle zwei Tage morgens eine Veranstaltung, in der die Kinder dann – nachdem sie vorher schon in kleineren Gruppen überlegt haben, was sie machen wollen – dann auch darüber beraten können. Dass sich so ein Demokratieprozess dann auch entwickeln kann.“* (Thönelt und Koch, S. 156, Interview 14)

Welches Verständnis von Partizipation vorherrscht, wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst: Eine „erste Barriere für eine gleichberechtigte, ernst gemeinte Partizipation“, so die Analyse von Thönelt und Koch, bilden rechtliche Rahmenbedingungen der Jugendarbeit. Gesetzliche Bestimmungen, die festlegen, welchen Grad der Verantwortung durch noch nicht Volljährige wahrgenommen werden kann, könne von den Jugendverbänden nicht ignoriert werden.

Als weiteren Faktor identifizieren Thönelt und Koch die Einstellungen der Ehrenamtlichen selbst, die sie in die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen einbringen. „Um Partizipation umzusetzen, braucht es stets eine... verinnerlichte Werthaltung“ (Thönelt und Koch, S. 158). Werden Partizipationsmöglichkeiten lediglich aufgrund von Vorgaben von außen – „Wir machen das jetzt so, weil das alle machen!“ – umgesetzt, kann dies nicht zu Partizipationsmöglichkeiten führen, die die Autoren als „ernst gemeint“ bezeichnen würden.

Ein dritter Faktor, der Einfluss auf das Partizipationsverständnis hat, ist die Werteorientierung der Jugendverbände. Kinder und Jugendliche können ganz andere Vorstellungen haben, die unter Umständen auch die grundlegende Werteorientierung eines Verbandes zur Disposition stellen können. Daher, so die Autoren, bedürfe es einer Balance, die den Anforderungen nach Werteorientierung und Wertevermittlung wie auch nach Partizipation gerecht werde. Daher müsse „die jeweilige Form der Partizipation ... stets von Seiten der Akteure sowie der Kinder und Jugendlichen hinterfragt, reflektiert und neu eingefordert werden“ (Thönelt und Koch, S. 159).

Was erwartet man von der Partizipation, was soll sie bewirken? Die Analyse der Interviews zeigt hierzu folgende Aspekte:

- Mehr als drei Viertel der Befragten betrachteten Partizipation als Mittel zur Stärkung der Persönlichkeit. Exemplarisch hierfür steht die folgende Aussage eines Befragten:

*„Einfach mit denen einen Prozess zu entwickeln und sie in ihrer Persönlichkeit zu stärken und damit fit zu machen, hier einfach zu sein und auch zuzulassen, dass hier alles Mögliche passiert, nicht hinzurennen und sich einmischen, ein Programm anzubieten, vorzusetzen und zu geben, sondern genau so gelassen die Dinge mal laufen zu lassen, den Kindern Freiraum zu geben, selbst auszuprobieren, ihr Ding machen und ihnen den Raum zu geben, wo sie sie selbst sein können.“* (Thönelt und Koch, S. 160, Interview 21)

- In 16 von 23 Interviews wurde von den Befragten angegeben, dass sie mit der Eröffnung von Partizipationsmöglichkeiten das gemeinsame Miteinander und das gemeinsame Handeln stärken möchten.

*„Bei den Vereinen geht es einfach um das Erlernen des sozialen Miteinanders, das Erlernen der Diskussionsfähigkeit.“* (Thönelt und Koch, S. 160, Interview 18)

- 14 von 23 Befragten beschreiben Partizipation als ein Instrument, um demokratische Prozesse und Demokratie zu begreifen, zu verinnerlichen und zu nutzen:

*„Wir sind jetzt aber mit der Kindergruppe gut dabei, dass wir den Kindern, meistens spielerisch, die Demokratie erläutern, aber das wird denen dann auch bewusst in Konfliktsituationen. Also ich glaube schon, dass wir was verändern. Bei den Kindern wird man das später auch sehen. Ich würde die Kinder auch gern so in zehn Jahren mal sehen, was aus denen geworden ist.“ (Thönelt und Koch, S. 160, Interview 20)*

Stärkung der Persönlichkeit, des Miteinanders und eine Verinnerlichung und Einübung von Demokratie sind also wichtige Ziele, die die Ehrenamtlichen mit der Eröffnung von Partizipationsmöglichkeiten erreichen möchten.

*„Eine gleichberechtigte Gruppe, in der gegenseitige Anerkennung und ein friedvolles Miteinander vorherrschen, kann gleichbedeutend als Gruppe mit demokratischen Grundregeln bezeichnet werden. Das Demokratielernen und Demokratiebegreifen erweitert diese Grundregeln und kann dazu beitragen, sich als aktives und gestaltendes Subjekt innerhalb der Gruppe/Gesellschaft wahrzunehmen. Partizipation kann in ihrer persönlichkeitsbildenden Eigenschaft ein demokratisches Bewusstsein fördern. Aus ihr könnten beispielsweise Kompetenzen wie Selbstbewusstsein, Selbstorganisation und Selbstreflexion erwachsen, ergo Eigenschaften, die für eine kritische Auseinandersetzung mit sich und seiner Umwelt notwendig sind. Diese Kritikfähigkeit könnte Motor und Aktivierung zum gesellschaftlichen und politischen Engagement werden.“ (Thönelt und Koch, S. 160 f.)*



Elke Bruckner:

## „Jugendarbeit weckt demokratisches Engagement“ – Ergebnisse der Partizipationsstudie

Die von Herrn Schneid präsentierten Studien stellten fest: Die Strukturen der Jugendverbände sind demokratisch, die Haltungen der Ehrenamtlichen sind auch im Wesentlichen demokratisch. Die Frage ist jetzt, wie kommt das bei den Jugendlichen an? Dazu haben die im Landesjugendring NRW zusammengeschlossenen Verbände eine Studie durchgeführt und 2008 eine Vielzahl von Kindern und Jugendlichen in ihren Angeboten befragt.

Die Ergebnisse dieser Studie wurden bereits in der Arbeitsgruppe Wirksamkeitsdialog und im Hauptausschuss des Landesjugendrings NRW präsentiert.

Die Gliederung dieses Vortrages folgt der Form eines Steuerungskreislaufs. Zunächst: Wie sind wir vorgegangen? Wir haben zunächst einmal Ziele formuliert, wir haben dann eine Operationalisierung vorgenommen, wir haben die Erhebung durchgeführt und Auswertungen gemacht. Die Ergebnisse dieser Auswertungen werden hier vorgestellt.

Nach Vorliegen der Ergebnisse erfolgte eine Bewertung. Und schließlich sind wir jetzt in einer Phase des Wirksamkeitsdialogs, in der es um die Entwicklung von Maßnahmen geht.





## Zielformulierungen

Beginnen wir mit den Zielformulierungen. Ausgegangen wurde von einem Ziel, das im Kinder- und Jugendförderplan des Landes formuliert ist. Durch die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit soll erreicht werden, „die Bereitschaft junger Menschen zu demokratischem Engagement zu wecken“. Da es sich hierbei um ein sehr globales Ziel handelt, war es zunächst notwendig, Teilziele zu entwickeln. Diese Entwicklung von Teilzielen wurde in der Arbeitsgruppe Wirksamkeitsdialog gemeinsam mit allen Verbänden im Landesjugendring NRW vorgenommen.

Ich präsentiere hier nur die Ziele, die sich auf die empirische Studie beziehen. Es gibt einige weitere Ziele, die im Rahmen der quantitativen Studien untersucht wurden, die Herr Schneid vorgestellt hat.

### 1. Teilziel

Die Jugendverbandsarbeit trägt zur Entwicklung von demokratischem Engagement bei:  
Das heißt, Kinder und Jugendliche interessieren sich für Politik, sind bereit sich auf Lernprozesse einzulassen, sind bereit sich zu engagieren, sie können Kompromisse aushandeln und Delegierte koppeln die Ergebnisse in die Gruppe zurück.

### 2. Teilziel

Jugendverbandsarbeit vermittelt demokratische Kompetenzen:  
Das heißt, dass Kinder und Jugendliche Möglichkeiten kennen, sich zu beteiligen, dass sie lernen, sich zu engagieren und die personellen, finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen von Mitwirkungsmöglichkeiten kennen.

### 3. Teilziel

Demokratisches Handeln:  
Das heißt, Kinder und Jugendliche vertreten ihre Ansprüche und Anliegen selbst.

## Operationalisierung

Die genannten Teilziele mussten in einem weiteren Schritt zunächst operationalisiert werden. Hierzu haben wir die Ziele in Aussagen übersetzt, die wir den Jugendlichen dann vorgelegt haben.

Nehmen wir z.B. das Ziel „Jugendliche sind bereit, sich zu engagieren“. Dieses Ziel wurde in mehrere Aussagen „übersetzt“:

- „Bei uns ist es erwünscht, dass jeder in der Gruppe Aufgaben übernimmt“
- „Ich habe schon Aufgaben übernommen“
- „Ich bin bereit, Aufgaben zu übernehmen“
- „Ich bin bereit, mich als Delegierte/r wählen zu lassen“.

Das Ziel „Jugendliche können Kompromisse aushandeln“ wurde mit folgenden Aussagen abgebildet:

- „In unserer Gruppe werden Kompromisse geschlossen“
- „Kompromisse werden in unserer Gruppe auch umgesetzt“

Insgesamt umfasste der Fragebogen schließlich 41 Fragen sowie einen ausführlichen Demografieteil, mit dem soziodemografische Merkmale der befragten Jugendlichen erfasst wurden. Außerdem war die Möglichkeit vorgesehen, dass jeder Verband seine verbandsspezifischen Begriffe im Fragebogen einfügen konnte. So konnte beispielweise der Begriff „Delegierte“ durch den jeweiligen verbandsspezifischen Begriff ersetzt werden. Damit sollte sichergestellt werden, dass der Fragebogen in jedem Verband verstanden wird. Gleichzeitig wurde aber auch sichergestellt, dass in jedem Verband das gleiche erhoben wurde.

## Erhebung

Mit dem so entwickelten Fragebogen wurde zunächst in einigen Verbänden ein Pretest durchgeführt und aufgrund der protokollierten Ergebnisse noch kleinere Änderungen am Fragebogen vorgenommen. Gemeinsam mit den Mit-

gliedern der Arbeitsgruppe Wirksamkeitsdialog wurde eine „Regieanweisung“ für die Erhebung entwickelt, die den Ehrenamtlichen vor Ort Hinweise geben sollte, wie die Befragung in Gruppen durchgeführt werden sollte.

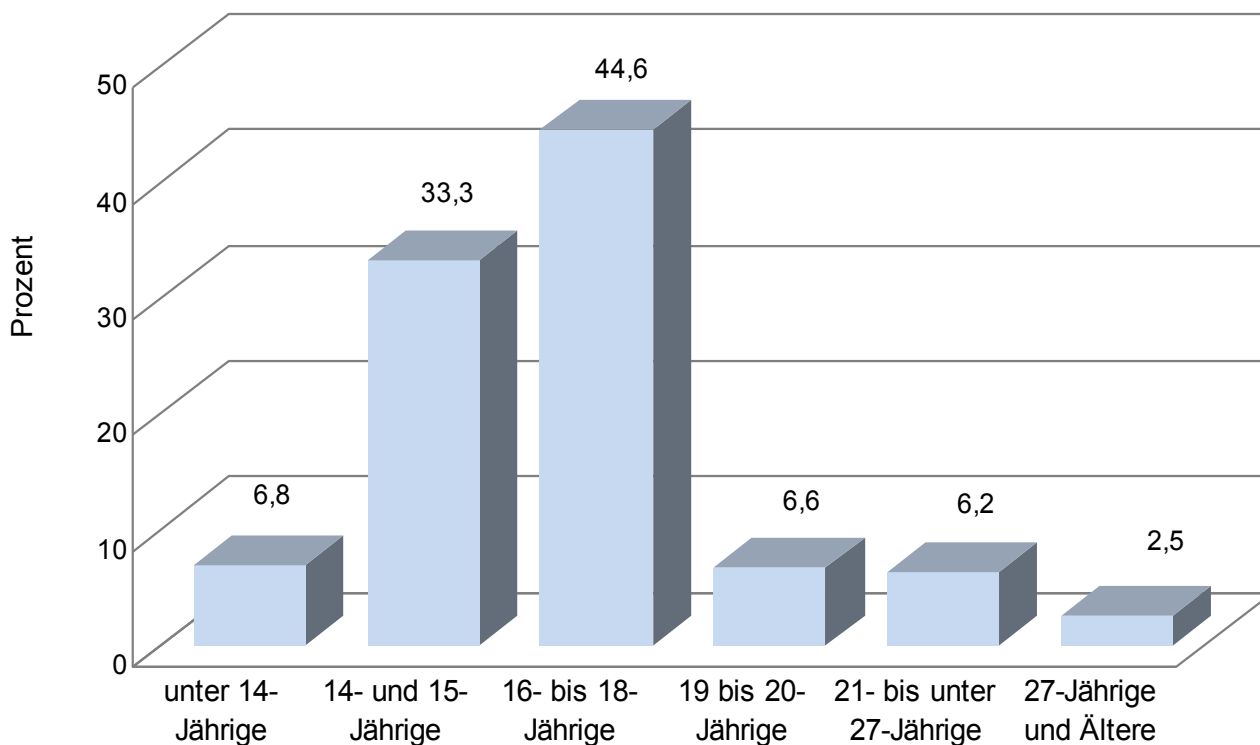
Schließlich wurde der fertige Fragebogen in den Angeboten der Verbände eingesetzt. Zum Abschluss der Befragung hatten wir 6.210 Fragebogen ausgefüllt vorliegen, die ausgewertet werden konnten.

## Auswertung

### Wer wurde befragt?

Zunächst zur Frage, wer hat sich an der Befragung beteiligt bzw. wer wurde durch die Befragung erreicht? Die folgende Abbildung 1 zeigt, dass ein Großteil der Befragten zur Gruppe der 14- bis 18-Jährigen gehört. Sie machen mehr als drei Viertel der Befragten aus. Dies ist auch die Kerngruppe der Jugendverbandsarbeit. Ein Großteil der im Folgenden dargestellten Auswertungen bezieht sich auf diese Altersgruppe.

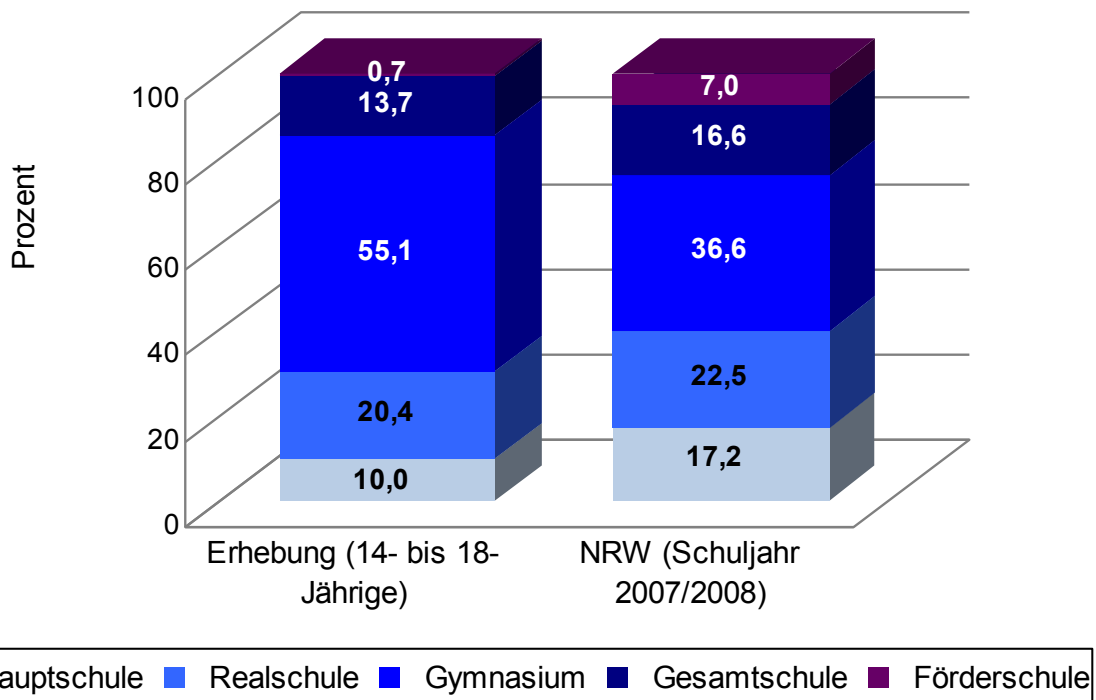
Abbildung 1: Alterszusammensetzung



Neben dem Alter wurde in der Befragung auch nach der Schulform gefragt, die die Jugendlichen besuchen. Abbildung 2 zeigt die Verteilung der befragten 14- bis 18-Jährigen auf die verschiedenen Schulformen, zum anderen die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die weiterführenden Schulformen in Nordrhein-Westfalen insgesamt. Die Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen sind nicht ganz mit den Ergebnissen der Studie vergleichbar, weil sich die Schulstatistik nicht auf Altersgruppen bezieht. Dennoch geben diese Daten Anhaltspunkte darauf, inwieweit die Stichprobe repräsentativ für die Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen ist.

Jede/r zehnte befragte Jugendliche besuchte eine Hauptschule. In der Schülerschaft Nordrhein-Westfalens machen Hauptschüler/innen jedoch 17,2 % aus. Diese Gruppe ist also in der Befragung unterrepräsentiert. Im Hinblick auf den Realschul- wie auch den Gesamtschulbesuch gibt es kaum Unterschiede zwischen der Studie und den Landesdaten insgesamt. Allerdings gibt es große Unterschiede beim Besuch eines Gymnasiums. 55 % der 14- bis 18-Jährigen in der Befragung haben ein Gymnasium besucht. In Nordrhein-Westfalen insgesamt sind es lediglich 36,6 %. Ein umgekehrtes Bild zeigt sich beim Besuch der Förderschule: Während 7 % der Schüler/innen in Nordrhein-Westfalen eine solche Schule besuchen, sind es lediglich 0,7 % der Befragten.

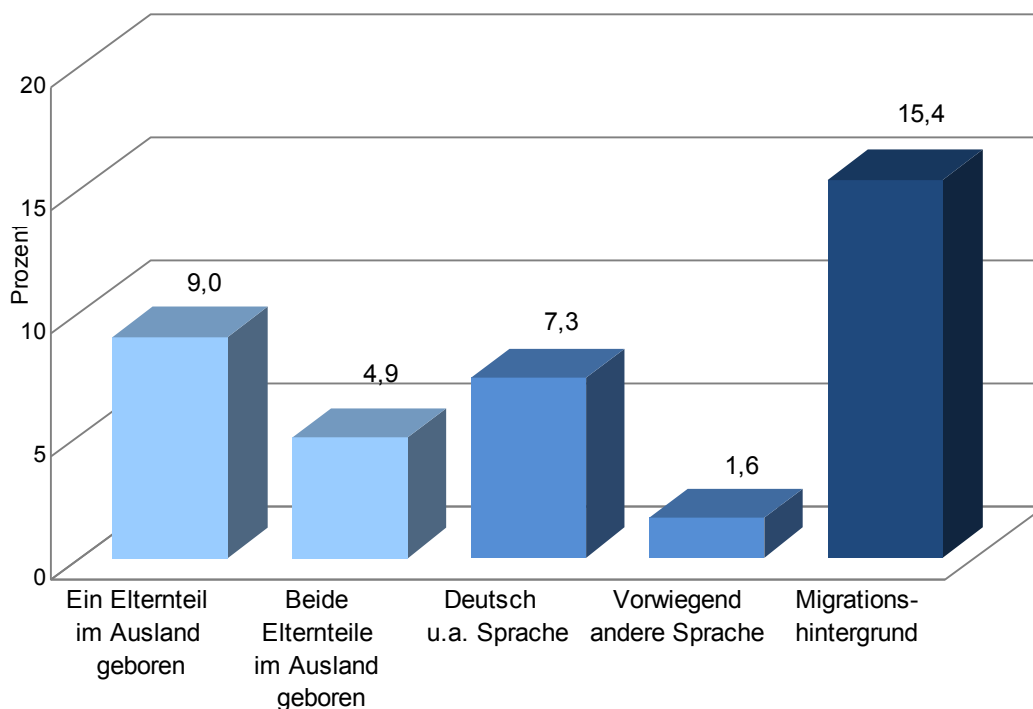
Abbildung 2: Schulform



Schließlich wurde auch nach dem Migrationshintergrund der Jugendlichen gefragt. Hierzu wurde zunächst gefragt, ob ein Elternteil im Ausland geboren ist. Dies war bei 9 % der Befragten der Fall. Bei weiteren 5 % sind beide Elternteile im Ausland geboren. Neben dem Geburtsort der Eltern wurde auch danach gefragt, welche Sprache bei den Jugendlichen zu Hause gesprochen wird. 7 % gaben an, zu Hause auch eine andere Sprache als Deutsch zu sprechen, weitere 1,6 %, dass zu Hause „vorwiegend eine andere Sprache als Deutsch“ gesprochen wird.

Insgesamt hatten damit 15,4 % der befragten Jugendlichen einen Migrationshintergrund, d.h., sie hatten mindestens ein Elternteil, das im Ausland geboren wurde und/oder sprachen zu Hause (auch) eine andere Sprache als Deutsch. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus liegt der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Altersgruppe der 14- bis 18-Jährigen in Nordrhein-Westfalen bei 32 %. Auch wenn diese Daten nicht direkt mit den Studienergebnissen vergleichbar sind, da Migrationshintergrund im Mikrozensus etwas anders definiert wird, ist doch davon auszugehen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Befragung der Jugendverbände unterrepräsentiert sind.

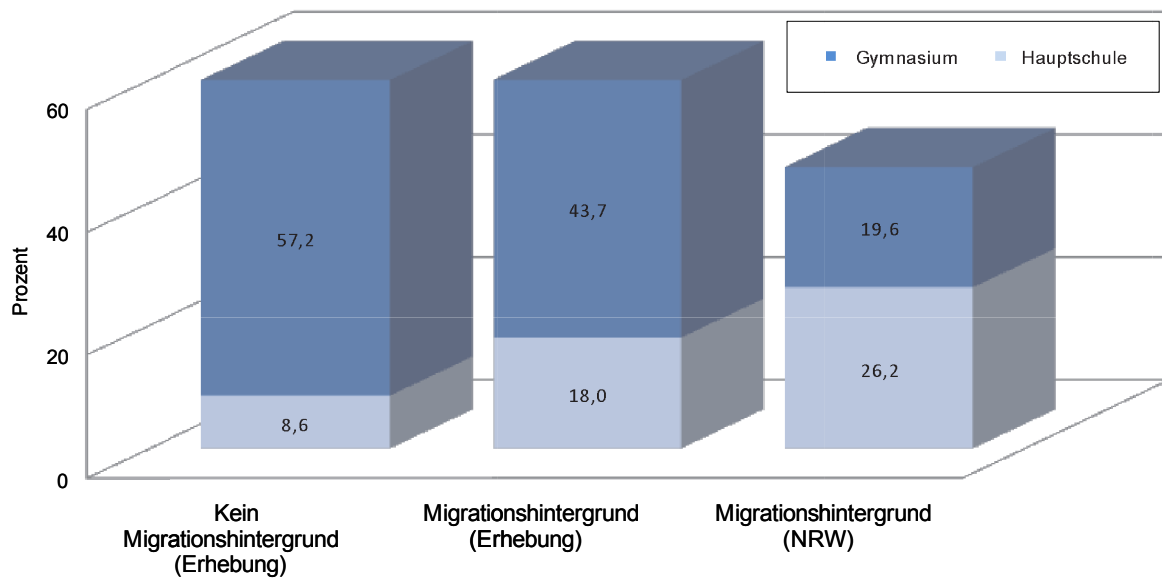
Abbildung 3: Migrationshintergrund



Vergleicht man, welche Schulen Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund, die sich an der Erhebung beteiligt haben, besuchen, zeigen sich deutliche Unterschiede. 57,2 % der befragten Nicht-Migranten besuchen ein Gymnasium, 8,6 % eine Hauptschule. Unter befragten Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind es 47,7 % Gymnasiast/innen und 18 % Hauptschüler/innen.

Ein Vergleich mit Daten für Nordrhein-Westfalen insgesamt verdeutlicht aber auch, dass in der Befragung viel mehr Migrant/innen ein Gymnasium besuchen, als im Landesdurchschnitt. Demnach besucht im Landesdurchschnitt ein knappes Fünftel der Schüler/innen mit Migrationshintergrund ein Gymnasium, während mehr als ein Viertel eine Hauptschule besucht. In der Erhebung der Jugendverbände sind demnach Gymnasiast/innen mit Migrationshintergrund überrepräsentiert und Hauptschüler/innen mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert.

Abbildung 4: Migrationshintergrund und Schulform

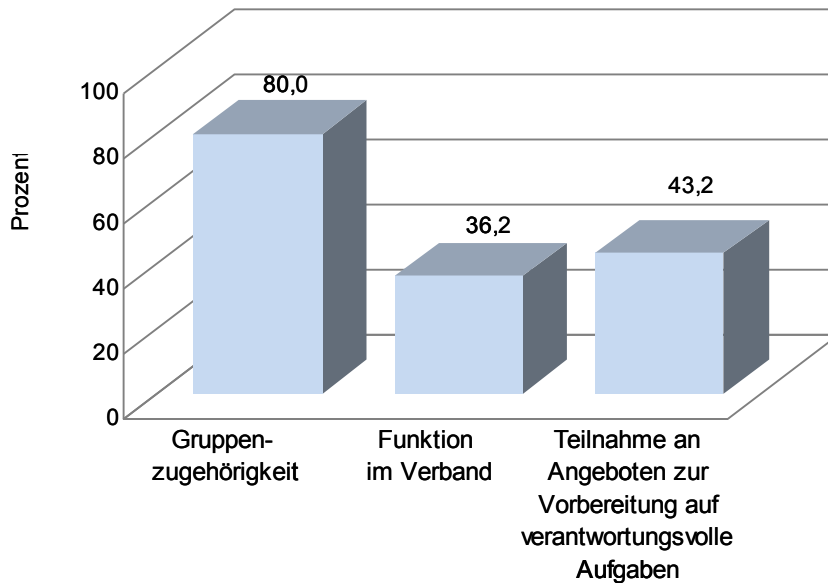


### Wie stark sind die Jugendlichen in den Verband eingebunden?

Neben den sozio-demografischen Merkmalen wurden in der Befragung auch Aspekte der Einbindung in den Verband untersucht. Abbildung 5 zeigt die Ergebnisse zu diesen Fragen. Demnach gehören 80 % der befragten Jugendlichen einer Gruppe an. 26 % hatten eine Funktion im Verband

und 43 % haben schon einmal an einer Gruppenleiterschulung oder ähnlichem teilgenommen. Ein weiterer Aspekt der Einbindung, der nicht in der Abbildung enthalten ist, ist die Dauer der Verbandszugehörigkeit.

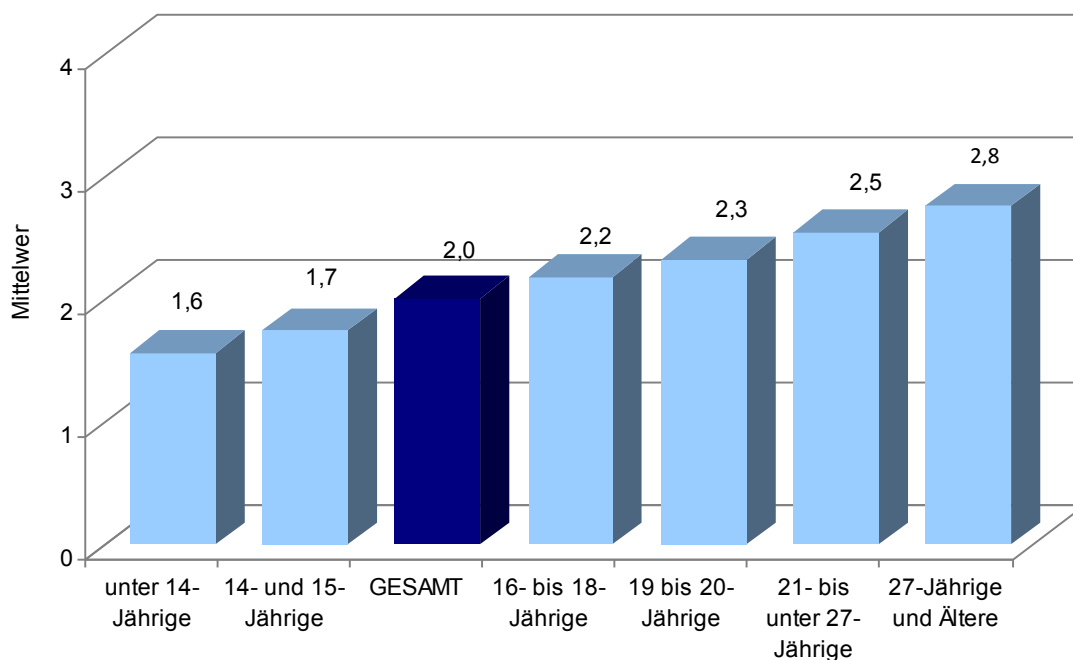
Abbildung 5: Aspekte der Einbindung in den Verband



Aus den vier genannten Aspekten wurde ein Index gebildet, der den Grad der Einbindung in den Verband wiedergibt. Die stärkste Einbindung in den Verband – 4 Indexpunkte – lag dann vor, wenn ein/e Jugendliche/r zu einer Gruppe gehörte, eine Funktion im Verband inne hatte, an einer Gruppenleiterschulung teilgenommen hatte und länger als der Durchschnitt dem Verband angehörte. Waren alle diese Bedingungen nicht erfüllt – 0 Indexpunkte – gab es keinerlei Einbindung in den Verband.

Wie die folgende Abbildung 6 zeigt, ist die Stärke der Einbindung in den Verband vor allem eine Altersfrage. Mit steigendem Alter nimmt auch der Grad der Einbindung zu. Die unter 14-Jährigen erreichen einen Wert von 1,6, die ältesten in der Stichprobe schon einen Wert von 2,8. Im Durchschnitt liegt der Einbindungsgrad bei 2.

Abbildung 6: Einbindung in den Verband nach Alter



Es besteht aber auch ein Zusammenhang zwischen Einbindung in den Verband und der Schulform, die die Jugendlichen besuchen (Abbildung 7). Liegt die durchschnittliche Einbindung auf einer Skala von 0 bis 4 bei einem Wert von 2, liegt der Wert für Gymnasiast/innen etwas darüber, der Wert für Hauptschüler/innen und Förderschüler/innen aber deutlich unter diesem Mittelwert. Sie sind also weniger stark in die jeweiligen Verbände eingebunden.

Ähnliches zeigt sich auch, wenn man die Einbindung von Migranten und Nicht-Migranten betrachtet (Abbildung 8). Der durchschnittliche Grad der Einbindung in den Verband erreicht bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund lediglich einen Wert von 1,8. Etwa 19 % der Migrantinnen und Migranten haben keinerlei Bindung an den Verband. In der Gruppe der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund sind es lediglich 13,5 %. Umgekehrt sieht es bei höheren Graden der Einbindung aus.

Abbildung 7: Einbindung in den Verband nach Schulform

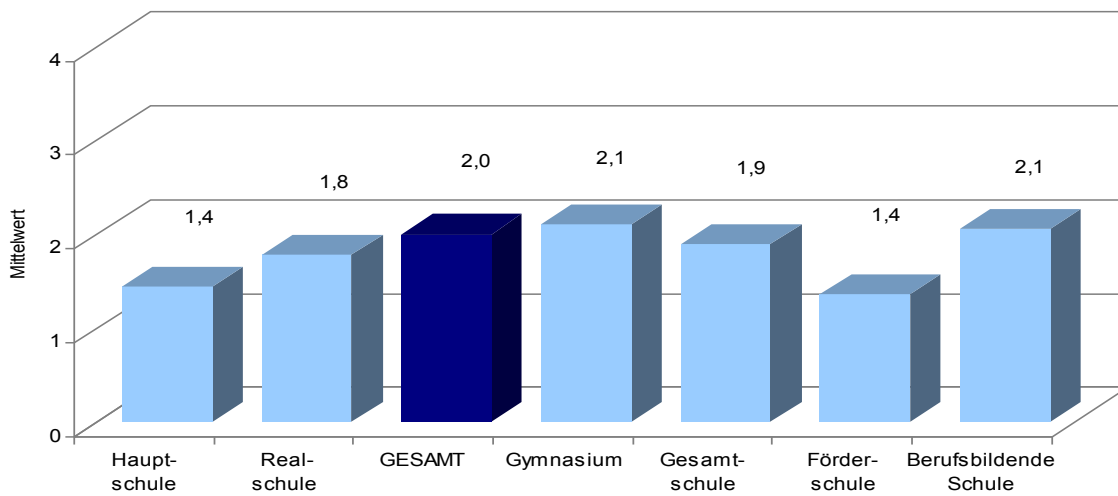
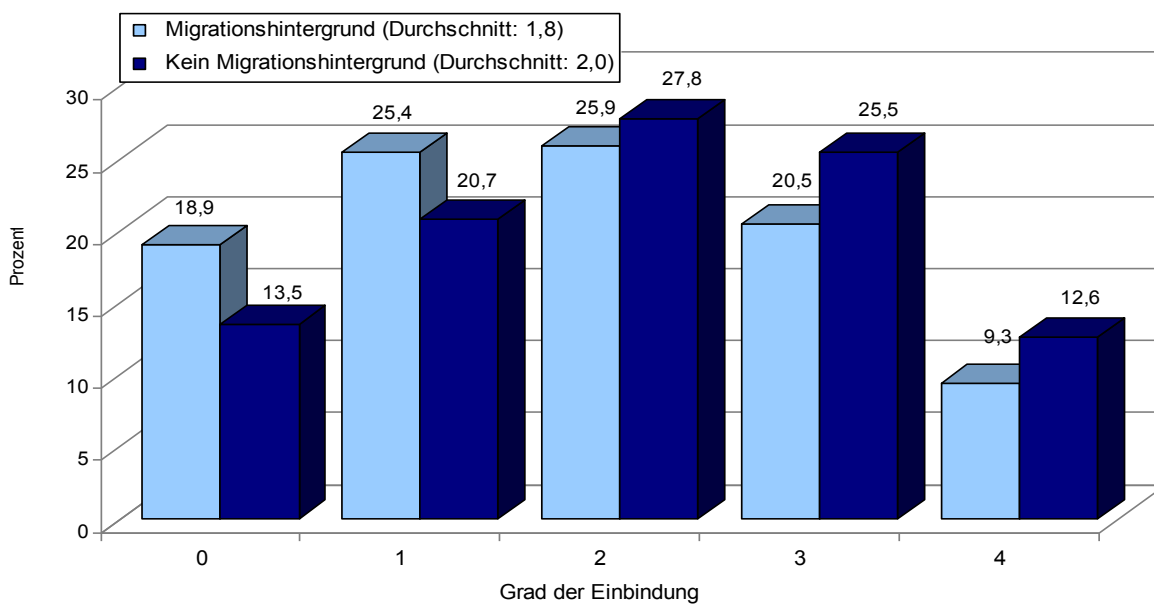


Abbildung 8: Einbindung in den Verband nach Schulform





### Aspekte demokratischen Engagements

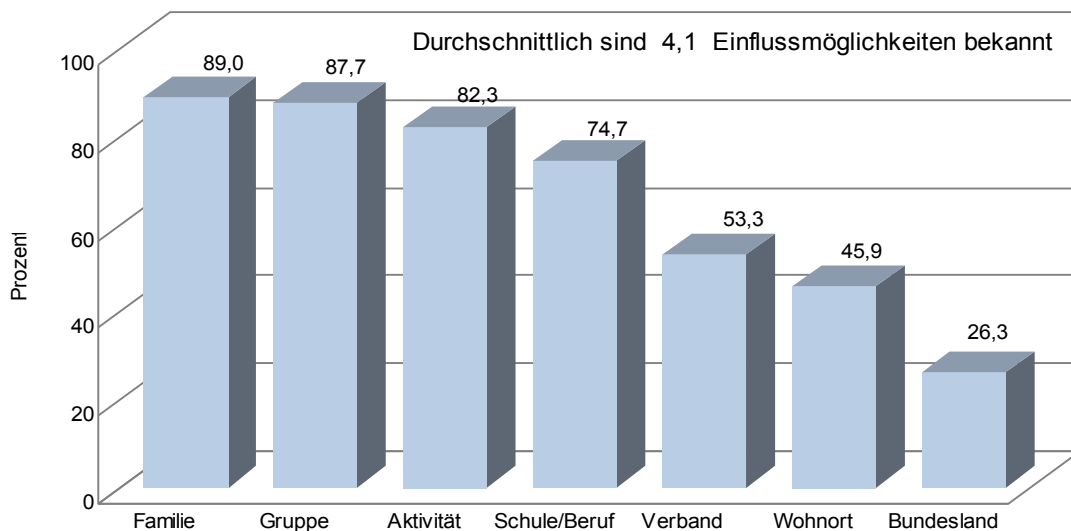
Kommen wir nun zu den verschiedenen Aspekten des demokratischen Engagements, die in der Studie untersucht wurden. Eines der weiter oben aufgeführten Ziele, die mit der Befragung untersucht werden wollten, war die Vermittlung von Kenntnissen über Beteiligungsmöglichkeiten. Die Jugendlichen wurden daher zu sieben verschiedenen Bereichen gefragt, ob sie dort Möglichkeiten kennen, auf Dinge, die sie betreffen, Einfluss zu nehmen.

Zunächst wurde dies für den Bereich der Familie gefragt. 89 % kennen hier Möglichkeiten der Einflussnahme (Abbildung 9). Ein überraschendes Ergebnis ist es, dass im Hin-

blick auf Einflussmöglichkeiten in der Gruppe ein fast ebenso hoher Wert erreicht wird. Und auch bei der Aktivität, zu der die Jugendlichen gerade befragt wurden, gibt es einen sehr hohen Anteil, der angibt, Möglichkeiten der Einflussnahme zu kennen. Wenn es um den Verband geht, ist die Zahl schon deutlich geringer. Und das Bundesland steht hier an letzter Stelle mit nur einem Viertel der Befragten, die dort Möglichkeiten der Einflussnahme kennen. Insgesamt kennen die befragten Jugendlichen im Durchschnitt in 4,1 von sieben Bereichen Möglichkeiten der Einflussnahme.

Abbildung 9: Bekanntheit von Einflussmöglichkeiten:

„Sind dir in den folgenden Bereichen Möglichkeiten bekannt, auf Dinge, die dich betreffen, Einfluss zu nehmen?“



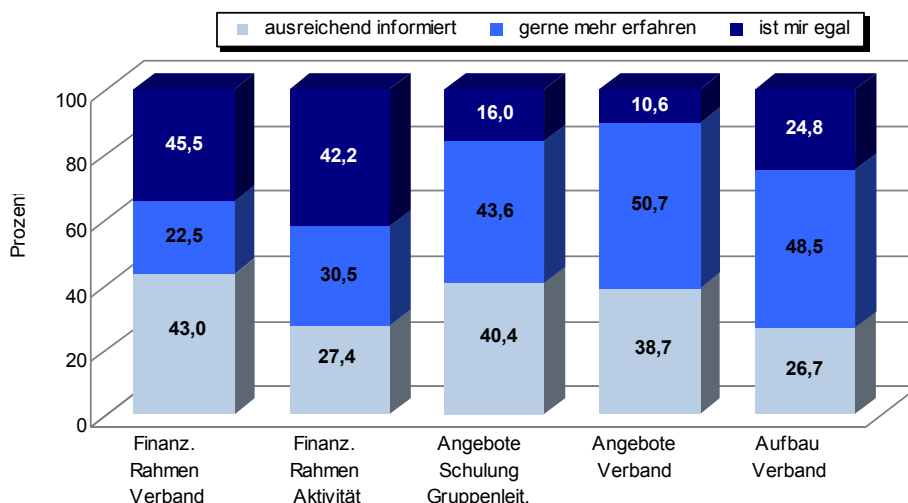
Eine zweite Frage bezog sich auf den Informationsbedarf. Die These war, dass es wichtig ist, die Rahmenbedingungen für Partizipation in den Verbänden zu kennen. Das beinhaltet auch die Kenntnis der finanziellen Rahmenbedingungen, Kenntnisse über den Aufbau des Verbandes und über dessen Angebote. Abbildung 10 verdeutlicht, dass die finanziellen Rahmenbedingungen einem vergleichsweise großen Anteil der Jugendlichen relativ gleichgültig sind. Zum finanziellen Rahmen des Verbandes sagen 45 % und zum Finanzrahmen der Aktivität 42 % der Jugendlichen „ist mir egal“. Immerhin

43 % fühlen sich aber auch ausreichend über die finanziellen Rahmenbedingungen des Verbandes informiert.

Wenn es um Angebote und Strukturen der Verbände geht, gibt es einen größeren Anteil, der angibt, gerne mehr zu erfahren. Die Hälfte der befragten 14- bis 18-Jährigen wünscht sich z.B. mehr Informationen über die Angebote des Verbandes, fast die Hälfte wünscht mehr Informationen über den Aufbau des Verbandes und 44 % Informationen über Schulungsangebote.

Abbildung 10: Informationsbedarf:

„Fühlst du dich über folgende Themen ausreichend informiert, oder möchtest du gerne mehr darüber erfahren?“



Schließlich wurde auch nach der Praxis der Partizipation in den Verbänden gefragt. Hierzu wurden den Jugendlichen insgesamt zehn Aussagen vorgelegt. Um unterschiedliche Dimensionen von Beteiligung beschreiben zu können, wur-

den die Angaben zu diesen Aussagen einer Faktorenanalyse unterzogen. Hieraus ergaben sich drei Faktoren, die in der folgenden Abbildung 11 dargestellt sind.

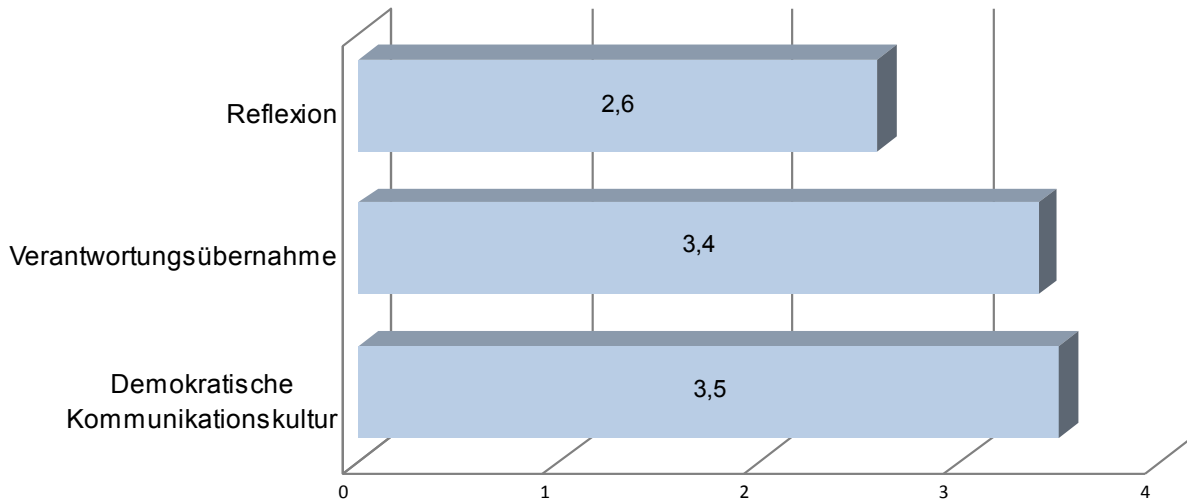
Abbildung 11: Wahrnehmung von Beteiligungsmöglichkeiten – Ergebnisse der Faktorenanalyse

| Aussagen   | Bezeichnung der Faktoren  |
|--|---|
| Kompromisse werden in unserer Gruppe umgesetzt                               | <b>Faktor 1:<br/>Demokratische<br/>Kommunikations-<br/>kultur</b> |
| In unserer Gruppe werden Kompromisse geschlossen                             |   |
| Was mich unzufrieden macht, kann ich bei unseren Treffen einbringen          |   |
| Wenn ich anderer Meinung bin als die Mehrheit der Gruppe, kann ich das sagen |   |
| Ich habe schon Aufgaben in der Gruppe übernommen                             | <b>Faktor 2:<br/>Verantwortungs-<br/>übernahme</b>                |
| Ich bin bereit, Aufgaben in der Gruppe zu übernehmen                         |   |
| Bei uns ist es erwünscht, dass jeder in der Gruppe Aufgaben übernimmt        |   |
| Ich bin an der Programmfindung in der Gruppe beteiligt                       |   |
| Bei unseren Treffen sprechen wir über gesellschaftliche Probleme             | <b>Faktor 3:<br/>Reflexion</b>                                    |
| Bei unseren Treffen wird nachbesprochen/ausgewertet, was wir gemacht haben   |   |

Faktor 1 wurde als Demokratische Kommunikationskultur bezeichnet. Bei den zugeordneten Aussagen geht es darum, dass Kompromisse in der Gruppe geschlossen werden, dass sie umgesetzt werden und dass man seine Unzufriedenheit äußern kann, wenn man anderer Meinung ist. Der zweite Faktor fasst Aussagen zusammen, bei denen es um Verantwortungsübernahme geht. Hierzu gehört, dass es in der Gruppe gern gesehen ist, dass man Aufgaben übernimmt, dass man bereit ist, dies zu tun und dass man das auch schon einmal getan hat. Schließlich wurde auch die Beteiligung an der Programmfindung in der Gruppe diesem Faktor zugeordnet. Der dritte Faktor wurde mit dem Begriff der Reflexion bezeichnet. Hierzu gehören die Aussagen, „es wird nachbesprochen was in der Gruppe gemacht wurde“ sowie die Diskussion über gesellschaftliche Probleme innerhalb der Gruppe.

In der folgenden Abbildung 12 sind die Ergebnisse zu den Aussagen zusammengefasst. Zu jeder der einzelnen Aussagen sollten die befragten Jugendlichen jeweils auf einer vierstufigen Skala angeben, inwieweit sie zustimmen. Die zu einem Faktor gehörenden Aussagen wurden zusammengefasst und ein Mittelwert der Zustimmung berechnet. Der Mittelwert für die Aussagen, die zum Faktor „demokratische Kommunikationskultur“ gehören, liegt demnach bei 3,5, für die Aussagen zur Verantwortungsübernahme bei 3,4. Für die zum Faktor „Reflexion“ gehörenden Aussagen ergibt sich eine mittlere Zustimmung von 2,6. Dieser niedrigere Wert ist vor allem darauf zurückzuführen, dass ein relativ geringer Anteil der Jugendlichen angegeben hat, dass in ihrer Gruppe auch gesellschaftliche Probleme diskutiert werden.

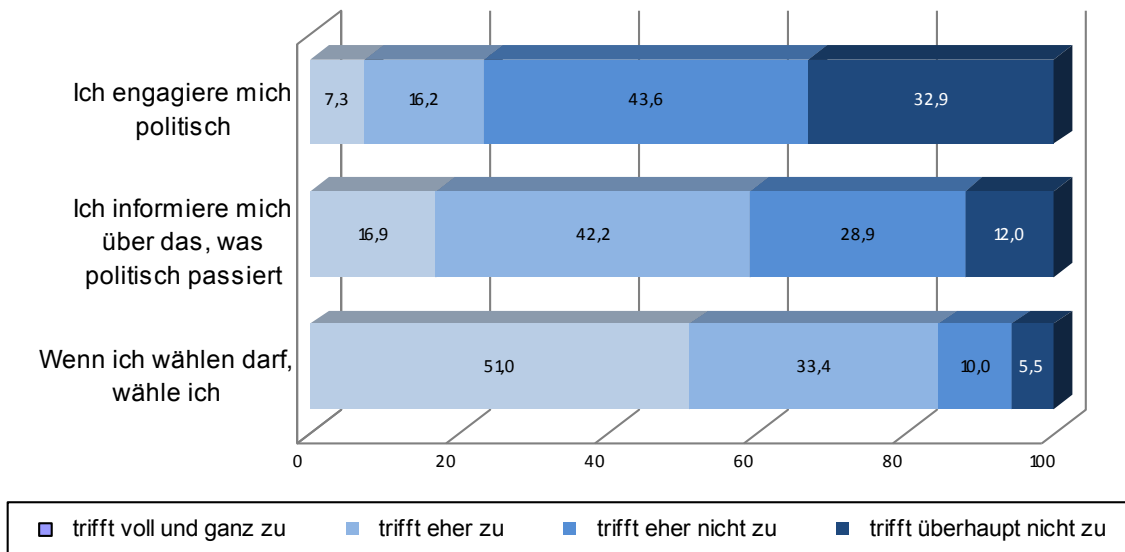
Abbildung 12: Wahrnehmung von Beteiligungsmöglichkeiten – Mittelwerte der Faktoren



Schließlich wurde in der Studie auch nach dem allgemeinen politischen Engagement außerhalb des Verbandes gefragt. Wie Abbildung 13 zeigt, wird die Aussage, „Ich engagiere mich politisch“ nur von einem relativ geringen Anteil der befragten Jugendlichen bejaht. Drei Viertel der 14- bis 18-

Jährigen geben an, dass das „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ auf sie zutrifft. Relativ breite Zustimmung erhält dagegen die Aussage „Ich informiere mich darüber, was politisch passiert“ sowie die Aussage „Wenn ich wählen darf, wähle ich“.

Abbildung 13: Allgemeines politisches Engagement



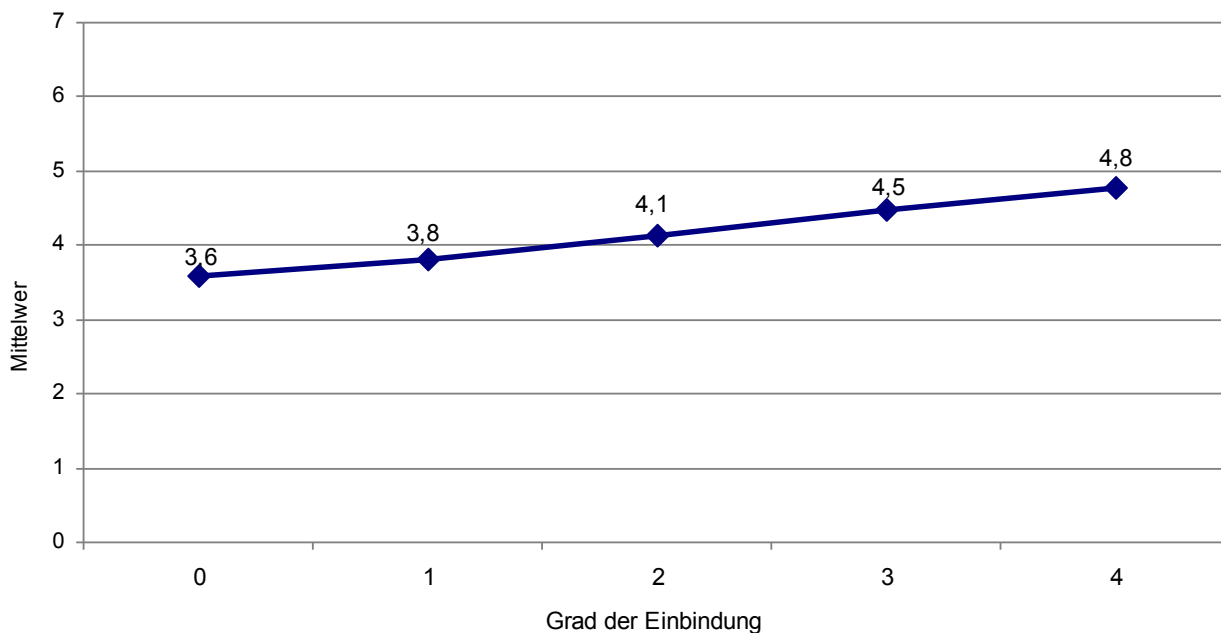
### Einbindung in den Verband und demokratisches Engagement

Hängen die verschiedenen Aspekte demokratischen Engagements, wie sie in der Studie untersucht wurden, mit der Einbindung in den Verband zusammen? Engagieren sich Jugendliche, die eng in den Verband eingebunden sind, stärker innerhalb des Verbandes oder auch außerhalb? Sind sie besser über eigene Einflussmöglichkeiten informiert? Abbildung 14 zeigt den Zusammenhang zwischen dem Grad der Einbindung in den Verband und der Zahl der Einflussmöglichkeiten, die die Jugendlichen in verschiedenen Bereichen kennen. Wie bereits erläutert, variiert der Grad der Einbindung von 0 bis 4, wobei 4 für die stärkste Einbindung steht (vgl. Abbildung 5, S. 30). Die Jugendlichen waren zudem zu sieben Bereichen gefragt worden, ob sie Möglichkeiten kennen, auf Dinge, die sie betreffen, Einfluss nehmen zu können (vgl. Abbildung 9, S. 33).

Jugendliche, die nicht in einen Verband eingebunden sind (Einbindung in den Verband = 0), kennen im Durchschnitt Einflussmöglichkeiten in 3,6 Bereichen, während stark in einen Verband eingebundene Jugendliche (Einbindung = 4) im Durchschnitt Einflussmöglichkeiten in 4,8 Bereichen bekannt sind. Die ansteigende Kurve zeigt, dass mit steigender Einbindung in einen Verband auch die Zahl der bekannten Einflussmöglichkeiten steigt.

Wie bereits dargestellt, ist sowohl der Grad der Einbindung als auch die Zahl der bekannten Einflussmöglichkeiten abhängig vom Alter und von der Schulform, die die Jugendlichen besuchen. Allerdings haben multivariate Analysen gezeigt, dass auch bei Kontrolle von Alter und Schulform der Zusammenhang zwischen Verbandseinbindung und Anzahl bekannter Einflussmöglichkeiten bestehen bleibt.

Abbildung 14: Durchschnittliche Anzahl bekannter Einflussmöglichkeiten nach Grad der Einbindung in den Verband



Ähnliche Zusammenhänge findet man auch im Hinblick auf den Informationsbedarf (Abbildung 15). Nicht in einen Verband eingebundene Jugendliche fühlen sich im Durchschnitt über 1,3 von vier vorgegebenen Aspekten „ausreichend informiert“, während stark eingebundene 14- bis 18-Jährige dies für fast drei von vier Aspekten angeben. Mit zunehmender Einbindung in den Verband verbessert sich also auch der Informationsstand.

Auch im Hinblick auf die Wahrnehmung von Beteiligungsmöglichkeiten spielt die Einbindung in den Verband eine Rolle. Je stärker die Einbindung in den Verband, desto eher beteiligen sich die Jugendlichen auch an einer demokrati-

schen Kommunikationskultur und desto eher sind sie zur Verantwortungsübernahme bereit. Lediglich in Bezug auf den Faktor „Reflexion“ zeigt sich kein Zusammenhang mit der Einbindung.

Aber nicht nur die aktive Beteiligung der Jugendlichen im innerverbandlichen Geschehen nimmt mit starker Einbindung zu. Wie die Abbildung 17 zeigt, sind stark eingebundene Jugendliche auch insgesamt eher politisch informiert und der ohnehin bereits hohe Anteil der Jugendlichen, der vor hat, sich an Wahlen zu beteiligen, ist in dieser Gruppe noch einmal deutlich höher

Abbildung 15: Durchschnittliche Anzahl der Aspekte, über die sich die Jugendlichen „ausreichend informiert“ fühlen, nach Grad der Einbindung in den Verband

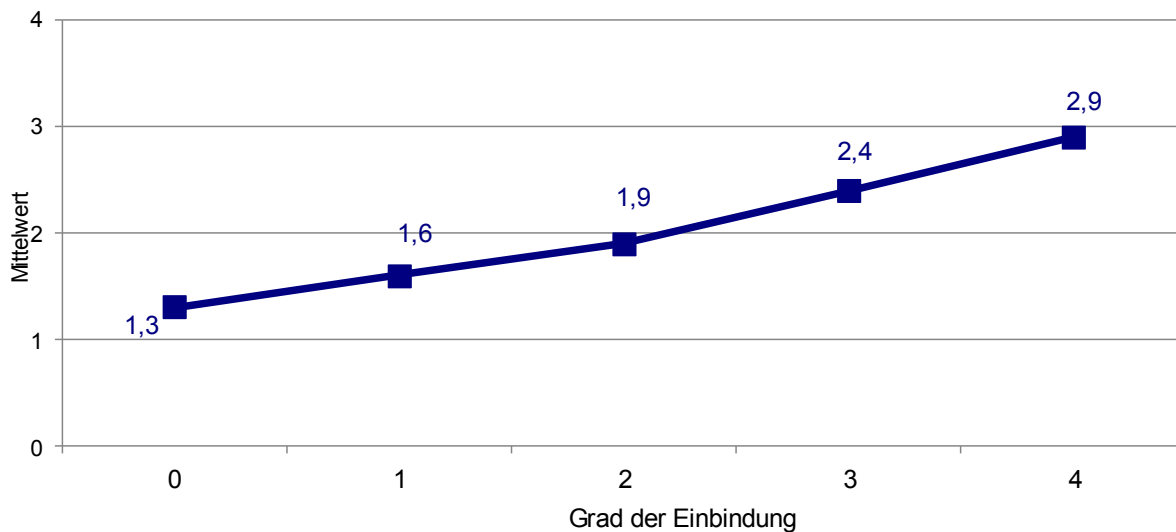


Abbildung 16: Mittelwerte der drei Faktoren zur Wahrnehmung von Beteiligungsmöglichkeiten nach Grad der Einbindung in den Verband

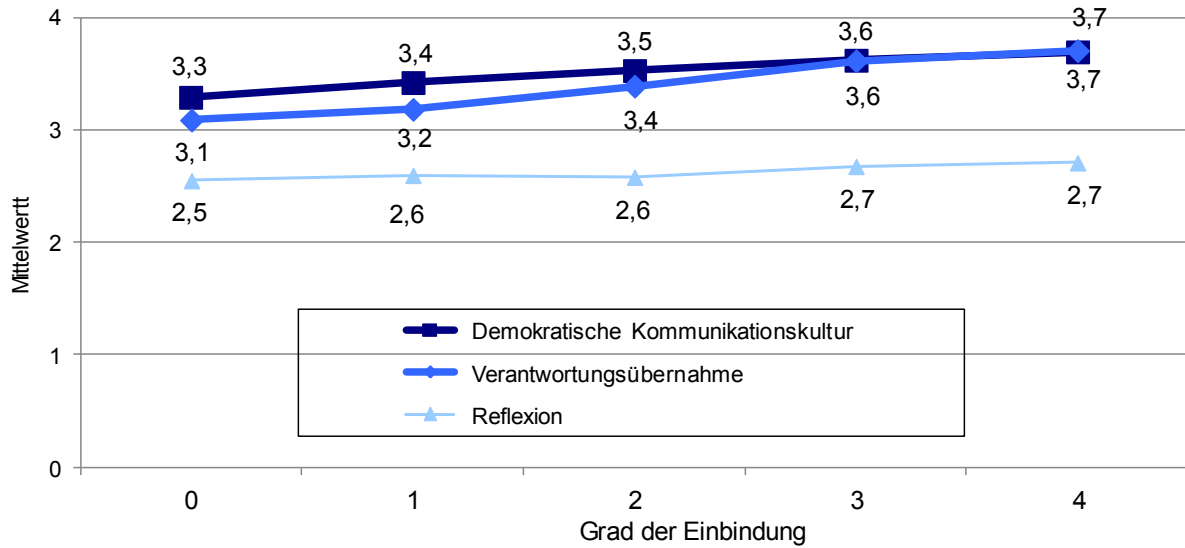
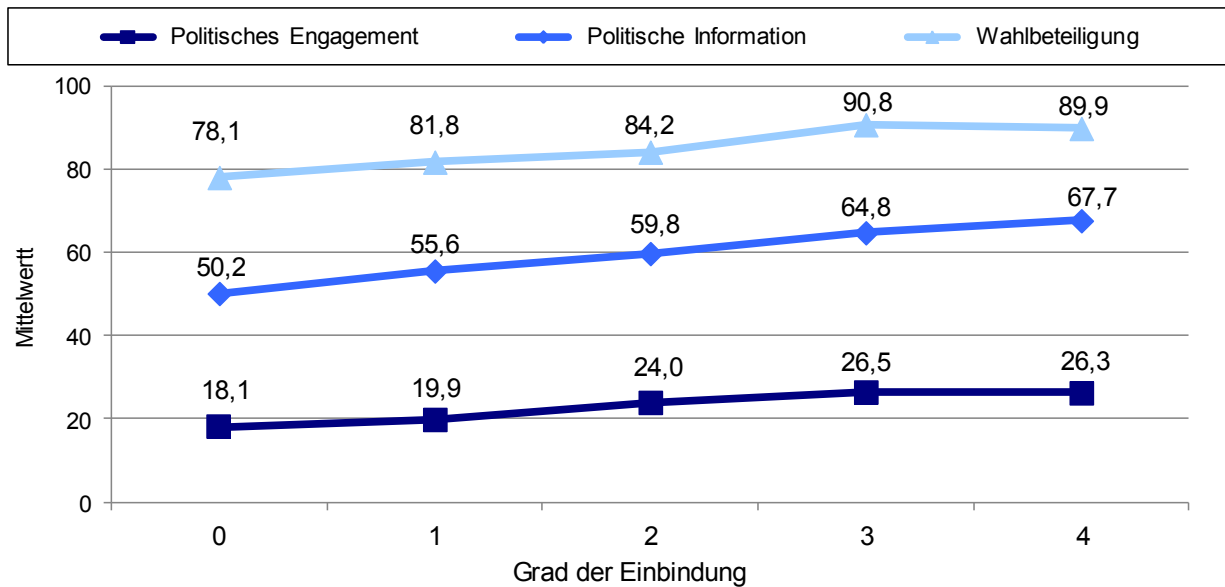


Abbildung 17: Mittelwerte der drei Faktoren zur Wahrnehmung von Beteiligungsmöglichkeiten nach Grad der Einbindung in den Verband



## Bewertung

Herr Schneid hat in seinem Vortrag bereits eindrucksvoll gezeigt, dass die Strukturen der Verbände demokratisch sind, dass die Ehrenamtlichen auch demokratische Haltungen vermitteln, und wie wir jetzt gesehen haben, kommt das auch an. Der Verband vermittelt also Kenntnisse zu Beteiligungsmöglichkeiten und zwar auch über den Verband hinaus. Es herrscht eine breite demokratische Kommunikationskultur. Es gibt Möglichkeiten, Verantwortung innerhalb von Gruppen zu übernehmen und damit demokratische Verhaltensweisen einzuüben. Und wir haben gerade gesehen, mit steigender Einbindung in den Verband nimmt die Kenntnis über Beteiligungsmöglichkeiten zu, es steigt die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme und das allgemeine politische Interesse und Engagement nehmen zu.

Das Ganze variiert mit soziodemografischen Merkmalen. Das heißt, mit dem Alter der Befragten, mit der besuchten Schulform und mit dem Migrationshintergrund. Wir konnten sehen: Jugendliche mit Migrationshintergrund und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten werden noch nicht in dem Maße erreicht, wie es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Das heißt, die Verbandsarbeit erreicht eher Jugendliche aus bildungsnahen Schichten und häufiger Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Wobei man sagen muss, dass hier vor allem im Kern der Verbandsarbeit erhoben wurde, so dass schon besonders stark eingebundene Jugendliche befragt wurden. Aber genau in diesem Kern fehlen eben diese Gruppen.

Jetzt sind wir schon bei den Maßnahmen. Wir stehen hier noch am Anfang unserer Auswertungen. Was muss getan werden? Wir haben ja einerseits die Gesamtauswertung. Jedem Verband stehen aber auch die eigenen Daten, also die Ergebnisse aus den Fragebögen, die im eigenen Verband ausgefüllt wurden, zur Verfügung. Es geht also erst einmal um die Fragen: Wie sieht es in meinem eigenen Verband aus? Wen habe ich erreicht? Wie stark ist die Einbindung in den Angeboten?

Die Verbände sind sich in der Diskussion der Ergebnisse über die Bedeutung der weiteren interkulturellen Öffnung und auch der Öffnung gegenüber Bildungsbenachteiligten einig. Denn das hat die Studie auch gezeigt, dass Migration und Bildungsferne auch hier zusammenhängen. Gleiches sieht man in vielen anderen Studien, nämlich dass der Effekt von Migration teilweise verschwindet, wenn man die Bildung berücksichtigt. In dieser Untersuchung scheint es einen ähnlichen Effekt zu geben. Migranten werden auch hauptsächlich als Gymnasiasten erreicht und die Hauptschüler unter den Migranten sind in der Stichprobe unterrepräsentiert. Das heißt, wir haben hier einen ganz starken Bildungseffekt. Die Frage ist, welcher Effekt ist eigentlich stärker: Bildung oder Migration?

Wir haben hiermit zwei Themen, mit denen wir uns in den nächsten Schritten des Wirksamkeitsdialogs beschäftigen möchten. Einmal die interkulturelle Öffnung und einmal die Öffnung gegenüber Bildungsbenachteiligten. Womit wir bei unserem Thema von heute Nachmittag wären: Bildung im Ganztage.

Zum Schluss habe ich noch einmal als Ausblick im Wirksamkeitsdialog den Steuerungskreislauf geschlossen





Wenn wir im Rahmen des Wirksamkeitsdialogs Maßnahmen entwickeln, wie man zu einer weiteren interkulturellen Öffnung kommen kann, dann ist es auch möglich, neue Ziele zu definieren und den Kreislauf von vorn zu beginnen. Nämlich wieder zu überlegen, wie kann man messen, ob

das Ziel erreicht wurde? Wir können dazu – quantitative oder qualitative – Erhebungen durchführen, sie auswerten und damit die Wirkung der getroffenen Maßnahmen bewerten.

## Nachfragen und Diskussion zu den Studien zum demokratischen Engagement in Jugendverbänden

Die anschließende Diskussion der vorgetragenen Ergebnisse zur Partizipationsstudie befasst sich zum einen mit der Vergewisserung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Methodik und zur Fragestellung der vorgestellten Studien<sup>6</sup> und versucht zum anderen herauszuarbeiten, worin der Nutzwert für die einzelnen Jugendverbände liegt.

Die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer weisen auf einige für sie überraschende Ergebnisse der Studien hin: Zum einen überrascht die lange Zugehörigkeit zum Verband, die nach Aussage von Frau Bruckner durchschnittlich bei etwa fünf Jahren liegt. Dies zeigt ihrer Ansicht nach, dass mit der Befragung der „Kern“ der in der Jugendarbeit engagierten Jugendlichen erreicht wurde.

Hervorgehoben wird auch die „hohe interkulturelle Öffnung“ der Verbände, die im Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund zum Ausdruck komme. Dass Jugendverbandsarbeit gerade Migrantinnen und Migranten zu wenig erreiche, sei eine immer wieder vorgebrachte Kritik, ohne dass dafür aber jemals konkrete Zahlen vorgelegen hätten. Auch die Verbände selbst seien von einem weitaus niedrigeren Anteil ausgegangen, als er nun in der Studie ausgewiesen werden könne.

Eine weitere positive Meldung sei der „Bildungsmix“, der von den Angeboten der Verbände erreicht werde. So zeige die Untersuchung, dass durchaus auch Hauptschülerinnen und Hauptschüler von der Jugendverbandsarbeit profitieren könnten. Es stelle sich die Frage, ob die Studie auch praktische Hinweise dafür gebe, wie dieses Angebot noch weiter ausgebaut werden könne. Frau Bruckner weist darauf hin, dass Jugendliche aus Hauptschulen vor allem im Rahmen von Bildungsangeboten an Schulen erreicht wurden. Während Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zur Jugendverbandsarbeit kämen, käme die Jugendverbandsarbeit zu den Hauptschülerinnen und Hauptschülern in die Schule. Entsprechend

sei bei dieser Gruppe auch eine geringere Einbindung in den Verband festzustellen. Diese Gruppe enger in den Verband einzubinden sei daher eine wichtige Aufgabe.

Eine weitere Frage aus dem Kreis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung richtete sich auf Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Frau Bruckner erläutert hierzu, dass bei allen durchgeführten Analysen auch das Geschlecht als wichtige soziale Kategorie berücksichtigt wurde. Es hätten sich jedoch keine Geschlechtsunterschiede ergeben. Alter, besuchte Schulform und auch Migrationshintergrund hätten sich als weitaus bedeutender für die Erklärung von Unterschieden zwischen den Jugendlichen erwiesen. Auch Daniel Koch, der im Rahmen seiner Diplomarbeit Interviews mit Ehrenamtlichen geführt hatte, betonte, dass man bei der Analyse keine Geschlechtsunterschiede hätte feststellen können.

Kritisiert wird, dass die Studie von einem sehr traditionellen Politikverständnis ausgehe, wenn man nach der Beteiligung an Wahlen frage und auf der anderen Seite bei der Frage nach dem politischen Engagement den Politikbegriff weit offen lasse. Frau Bruckner und Dr. Meyer von der GEBIT erläuterten hierzu noch einmal den Diskussionsprozess in der AG Wirksamkeitsdialog, in der der Fragebogen für die Untersuchung gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern der Verbände entwickelt wurden. Man habe sich nach langen Diskussionen explizit für eine offene Formulierung („Ich engagiere mich politisch“) entschieden, da klar geworden sei, dass gerade unter Jugendlichen sehr unterschiedliche Definitionen dessen, was als „politisch“ erachtet wird, verbreitet seien. Im Rahmen einer kurzen Befragung sei es schwierig, diese Differenzen genau auszuloten. Auch Daniel Koch, der im Rahmen der Interviews mit Ehrenamtlichen in den Verbänden die Frage des Verständnisses von Politik thematisiert hatte, wies darauf hin, dass man bei den Ehrenamtlichen ein sehr unterschiedliches Verständnis von Politik vorfinde.

<sup>6</sup> Die Ergebnisse der Partizipationsstudien sind ausführlich im 5. Bericht zum Wirksamkeitsdialog dargestellt, der auf der Seite des Landesjugendrings NRW zum Download bereitgestellt ist. Die Diplomarbeiten von Nina Efker und

Jennifer Salzmann sowie von Christian Thoenelt und Daniel Koch können auf Anfrage ebenfalls beim Landesjugendring NRW zur Verfügung gestellt werden.

## Nachfragen und Diskussion zum bisherigen Prozesses im Wirksamkeitsdialog

Der Fokus der weiteren Diskussion richtete sich auf die Bedeutung des Wirksamkeitsdialogs für die verbandliche Jugendarbeit in den letzten zehn Jahren. Nachfolgend werden die wichtigsten Aspekte der Diskussion wiedergegeben.

Aus der Perspektive des Landesjugendamtes Rheinland wird der Wirksamkeitsdialog auch in der offenen Jugendarbeit ähnlich bewertet, wie dies zu Beginn der Veranstaltung durch Martin Wonik skizziert worden ist. Vermisst wird ein Dialog insbesondere mit dem Ministerium<sup>7</sup>, sodass hier eher von einem „Wirksamkeitsmonolog“ gesprochen werden könne. Andererseits habe der Wirksamkeitsdialog auf der örtlichen Ebene mit Blick auf Konzept- und Organisationsentwicklung durchaus positive Wirkungen entfaltet. Es bleibe jedoch der Wunsch, auf Landesebene mehr Feedback, insbesondere durch das Ministerium zu erhalten.

Für die SJD – Die Falken NRW stellt Theo Schneid dar, dass seiner Einschätzung zufolge, insbesondere seit der oben skizzierten letzten Phase durch die gemeinsam entwickelte Untersuchung der Verbände, positive Effekte vom Wirksamkeitsdialog ausgehen. So ist seiner Ansicht nach wieder klar geworden, dass Jugendverbände und Jugendarbeit eine wichtige Rolle im Rahmen von informeller Bildung hätten, indem sie Gelegenheitsstrukturen für Bildungsmöglichkeiten eröffneten. Es lasse sich feststellen, je stärker junge Menschen in solche Gelegenheitsstrukturen eingebunden seien, desto stärker seien sie bereit, sich demokratisch zu engagieren. Nachweisbar werde dies an einer höheren Wahlbeteiligung der jungen Menschen, die in die Jugendverbände eingebunden seien. Dies zeige deutlich, dass *„diese Jugendarbeit wirkt, weil sie als Gelegenheitsstruktur vorhanden ist“*.

In diesem Zusammenhang wird von Theo Schneid auch das Zusammenwirken von Jugendarbeit und Schule, insbesondere im Kontext von Ganztagschule angesprochen. Er äußert die Sorge, dass das System Schule Jugendarbeit nicht

als gleichwertigen Partner anerkennt und Jugendarbeit dadurch ihre Identität und Eigenständigkeit verlieren könnte. Seiner Ansicht nach ist es nicht die Frage, *„ob uns die Schule die Zeit wegnimmt, sondern die Frage, ob uns die Schule auffrisst und diese Effekte der Jugendarbeit es dann nicht mehr geben wird“*.

Aus der Perspektive der Vorsitzenden des Landesjugendrings NRW Alexandra Horster hat sich der Wirksamkeitsdialog in den letzten zehn Jahren positiv entwickelt. Wichtig hierfür sei es gewesen, aus einer „Fremdmotivation“ eine „Eigenmotivation“ der Verbände zu machen. *„... und ich denke, es war eine gute Entscheidung zu sagen, wir führen den Dialog unter uns und für uns“*. Zugleich wird jedoch auch die Erwartung geäußert, den Wirksamkeitsdialog noch effizienter zu gestalten. Die zwischenzeitliche Intention des Ministeriums, Zielvereinbarungen mit den einzelnen Verbänden vorzunehmen, wird dabei kritisch bewertet.

Ein Erfolg des Wirksamkeitsdialogs sei es dagegen, dass es gelungen sei, Befragungen *„quer durch alle Verbände“* zu realisieren und dabei qualifizierte Ergebnisse zu produzieren, die man gut nach außen präsentieren könne. Spannend sei die Frage, wie es zukünftig gelingen könne, den Dialog der Verbände untereinander zu gestalten.

Aus der Perspektive eines örtlichen Jugendringes wird der Umstand problematisiert, dass die Aktivitäten des Wirksamkeitsdialogs auf örtlicher Ebene angemessen wahrgenommen werden. Aus kommunaler Perspektive seien „Parallelwelten“ entstanden, die kaum Verbindungen zueinander aufwiesen. Dieses Problem der unzureichenden Verbindung von örtlicher und Landesebene müsse bearbeitet werden. Im Verlauf der Diskussion um diese Frage positioniert sich unter anderem auch Martin Wonik mit dem Hinweis darauf, dass er die Wahrnehmung teilt und zugleich die Herausforderung sieht, den Wirksamkeitsdialog als Chance des

<sup>7</sup> So weit im nachfolgenden Text vom „Ministerium“ die Rede ist, ist hiermit das damalige Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen gemeint.

einzelnen Verbandes zu nutzen, um sich selbst weiter zu entwickeln.

Theo Schneid weist darauf hin, dass die Notwendigkeit der Verbindung von kommunaler und Landesebene besteht. Befragungen wie die des Landesjugendrings NRW fänden auf örtlicher Ebene in den einzelnen Verbänden statt, aber diese Ebene sei kaum in der Lage, eine solche Erhebung selbst zu konzipieren und zu organisieren. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Strukturdatenerhebung, die den örtlichen Jugendämtern zur Verfügung steht und die an die freien Träger weitergegeben wird. Deren Datenqualität lohne, die Situation vor Ort genauer zu analysieren. Dies gelte insbesondere im Hinblick auf die Frage, wie offizielle Daten auf kommunaler Ebene ermittelt werden. Deren Vollständigkeit und Verlässlichkeit sei das Problem.

Die Differenzierung von örtlicher Ebene und Landesebene und deren unzureichende Verbindung werden auch im Beitrag von Wilhelm Müller als Geschäftsführer aufgenommen. Er verweist auf die unterschiedlichen Erfordernisse auf den verschiedenen Ebenen und fügt die Bundesebene als dritte Ebene hinzu. Die Frage der Qualität und Verlässlichkeit der Statistik werde durch die regelmäßig stattfindenden Erhebungen im Rahmen des Wirksamkeitsdialogs, zumindest auf Landesebene, positiv beurteilt. Der Wirksamkeitsdialog ermögliche es damit, eine eigene Datenlage auch über die finanziellen Grundlagen der Arbeit abzusichern.

Die Diskussion um die unzureichende Verbindung von kommunaler Ebene und Landesebene weist dabei zwei Perspektiven auf: zum einen die Frage der Verfügbarkeit fachlich qualifizierter Daten, zum anderen aber auch die Frage, wie es auch auf örtlicher Ebene gelingen kann, die Erkenntnisse aus dem Wirksamkeitsdialog zu nutzen. Was offenbar fehle, seien Netzwerke, die sich fachlich qualifiziert darüber austauschen, welche Erkenntnisse man aus den Daten für die Steuerung der Jugendarbeit vor Ort gewinnen könne. Die

Frage, die sich stelle sei, wie es zukünftig gelingen könne, auch auf kommunaler Ebene Erkenntnisse des Wirksamkeitsdialogs für die Jugendarbeit nutzbar zu machen.

Ein positives Ergebnis der Erkenntnisse des Wirksamkeitsdialogs sei es, dass die Kernthese der Studie zur Partizipation bestätigt wurde, nämlich, dass Jugendverbandsarbeit demokratisches Engagement fördere und eine Stärkung des demokratischen Bewusstseins bei Kindern und Jugendlichen bewirke. Dass dieser Nachweis gelungen sei, könne als eindeutig positives Ergebnis festgehalten werden.

Die Vorsitzende des Landesjugendrings NRW Alexandra Horster sieht die Notwendigkeit der Verwertung der Ergebnisse aus dem Wirksamkeitsdialog auf der Ebene des einzelnen Verbandes, aber auch auf Landesebene. Die Ergebnisse des Wirksamkeitsdialogs der letzten Jahre sollten auch Einfluss auf den Kinder- und Jugendförderplan der nächsten Legislaturperiode haben und zu einer besseren Ausstattung der Jugendarbeit führen. Neben der finanziellen Ausstattung sei es aber auch und vor allem wichtig, dass die Landesebene die Ergebnisse des Wirksamkeitsdialogs der Jugendverbände in Nordrhein-Westfalen wahrnehme und anerkenne.

## Professor Hans-Uwe Otto: Jugendarbeit vor neuen Perspektiven? Zur Verankerung der Dimension „Ganztagsbildung“ in den Alltag der Kinder- und Jugendarbeit

„Herzlichen Dank für die kurze aber klare Begrüßung. Das Thema, das Sie oder die Veranstalter mir gestellt haben, hieß ja ‚Jugendarbeit vor neuen Perspektiven? (Mit Fragezeichen!). Zur Verankerung der Dimension ‚Ganztagsbildung‘ in den Alltag der Kinder- und Jugendarbeit‘.

Mein Ziel ist es, dass das Fragezeichen verschwindet. Um das ganz deutlich zu sagen: Wenn ich das nicht erreiche, habe ich das Ziel meines Vortrages nicht erreicht. Aber das liegt bei Ihnen, ob Sie mir entgegen kommen wollen oder nicht. Soviel einmal als erste Bemerkung. Die zweite Bemerkung: wir diskutieren hier heute über Bildung. Und Bildung ist ein Merkmal einer sich radikal verändernden Gesellschaft.

Der Kampf um Bildung ist seit einigen Jahren beherrschend und wird von den verschiedenen Interessengruppen mit unbarmherziger Härte geführt. Wir haben auf der einen Seite die Schuldebatte, die zumindest einen Teil von uns immer wieder zur Verzweiflung bringt, nicht zuletzt hier in Nordrhein-Westfalen, wo wir ziemlich hinterher hinken. Wir haben auf der anderen Seite aber auch die Debatte um Erziehung und Bildung insgesamt. Es gibt verschiedene Interessengruppen – zum Beispiel gibt es dieses bayerische Bildungsforum, das hochrangig besetzt ist und dafür plädiert, dass der Kampf um Bildung und Leistung bereits im Kleinkindalter zu beginnen hat, und damit eine ganz andere Orientierung versucht, in unserer Gesellschaft Fuß fassen zu lassen. Es geht also wirklich darum, wie zukünftig Erziehung und Bildung organisiert werden und für Sie wahrscheinlich und für mich – zumindest habe ich mir das vorgenommen – auch darüber zu diskutieren bzw. Anregungen zu geben, welche Rolle die Jugendverbandsarbeit und die Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen dabei einnehmen kann. Ich denke, es ist nicht unwesentlich, sich darüber zu verständigen. Zumal ich persönlich das Gefühl habe, dass dieser Bereich, über den wir heute sprechen, im Schatten seines eigenen Erfolges steht, wenn es um diese Fragestellung geht. Diese Fragestellung ist nur partiell erkannt und wird auch nicht weitflächig geliebt, weil natürlich

der Begriff der Bildung da auftaucht und Bildung etwas ist, was für einige sicherlich weiterführend ist, aber für eine Reihe von ihnen vielleicht kleingeschrieben sicherlich nicht den Ansatz der eigentlichen Arbeit darstellt.

Bildung wird ja immer in Kontroverse mit der Schule gesehen, wobei man sich darüber mittlerweile abzuklären hat, dass Schule keine Bildung vermittelt, sondern Kompetenzen und Leistungen in einem spezifischen Sinn der schulischen Unterweisung. Das sind große Unterschiede. Wenn Bildung dabei raus kommt, ist ok, aber es ist nicht das oberste Ziel der Schule, Bildung zu vermitteln. Das ist das großbürgerliche Vorurteil bei einer Gymnasialausbildung, von der man meint, dass sie durch Wissen auch den Charakter in irgendeiner Form prägt. Wo das hinführen kann, wissen wir seit einigen Tagen ja nun alle. Das heißt nicht, dass das immer so sein muss, aber es gibt interessante Kombinationen von Eliteausbildung und charakterlichen Schwächen. Das dritte, was ich sagen will: Es geht mir nicht darum, jetzt in Wettstreit mit dieser Elitebildung zu treten, sondern meine Auffassung ist es – und das wäre eine erste Herausforderung vielleicht auch für Sie – sich den Schichten zu öffnen, die nicht aus eigenen Ressourcen heraus in der Lage sind, den Bildungsstandard zu erreichen, der ihnen zur Autonomie und Selbstentwicklung verhilft. Das sind an sich die beiden Punkte, um die es geht: Autonomiegewinnung und Entwicklung von Selbstentfaltungsmöglichkeiten. Ich komme später noch darauf und werde das näher erläutern, aber im ersten Angang sind das meine beiden Begriffe, mit denen ich direkt und indirekt gerne hantieren würde.

Aus meiner Einleitung sollte klar geworden sein, dass wir uns in einem extrem politischen Feld bewegen, wo gewissermaßen auch gesellschaftliche Interessen sich versuchen – wie ich das gerade betont habe – durchzusetzen. Die Indikatoren und Indizien liegen auf der Hand. Die Frage ist, was die Kinder- und Jugendarbeit in diesem Spiel einzubringen hat und ob sie sich überhaupt daran beteiligen will, sich gesellschaftspolitisch zu diesem Punkt zu äußern und sich auch entsprechend in die Szenerie hineinzubege-

ben. Leistungsressourcen haben sie genug. Die Frage ist, ob Sie sie dafür verwenden wollen oder nicht. Sie haben natürlich ein kleines Manko. Die Jugendverbandsarbeit ist ja etwas geprägt vom Mittelschichtsbias ihrer Mitglieder – zumindest weisen die Statistiken das aus: je geringer die Bildung, desto geringer die Mitgliederzahlen in Ihren Verbänden und Vereinigungen. So ist es nun mal. Aber es brauchte ja nicht so sein. Darüber müssen Sie sich zumindest auseinandersetzen, wenn Sie aktiv in die Bildungsdebatte eingreifen wollen, denn es geht dabei nicht um die Gewinner, sondern es geht um die Verlierer und es geht um die, wir in einem prekären Verhältnis vorfinden und die mehr als früher darauf angewiesen sind, etwas mehr an Bildung zu erreichen als nur jetzt eine Ausbildung für den Beruf, eine Ausbildung für das System, das geprägt ist einerseits zwar durch demokratische Grundprinzipien aber andererseits durch extrem klare Klassenschranken eines kapitalistischen Systems. Ich werde darauf nicht weiter eingehen, nur nach Rückfrage und mich jetzt dem Thema etwas breiter noch einmal zuwenden.

Die erste Frage, die sich also stellt, ist eigentlich die Einschätzung der Jugendverbandsarbeit. Ich komme – ganz früher natürlich, das können Sie ja an meinem Alter erkennen – aus der sozialen Arbeit. Ich habe das mal gelernt und habe deswegen auch immer ein hohes Sensorium für Dinge, die sich in diesem Bereich abspielen. Was ich immer wieder mit Erstaunen feststellen kann, ist doch die sehr positive Einschätzung auch der Jugendverbandsarbeit. Wenn ich eine Selbstdefinition hier einmal zitiere, heißt es, dass Sie sich in Ihren Angeboten konsequent an den sich wandelnden Interessen, Wünschen, Fragen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientieren. Jugendverbandsarbeit bedeutet daher, sich selbst ständig zu überprüfen, anzupassen und neu auszurichten. Diese Definitionen könnten fortgesetzt werden und machen die Potenz der Jugendverbände deutlich, die sich in ihren Strukturprinzipien von Freiwilligkeit, Offenheit, geringer institutioneller Macht, Beziehungsabhängigkeit sowie Diskursivität zeigen. ‚Jugendverbandsarbeit‘, so heißt es weiter, ‚ist der tragende

Pfeiler, wenn es um außerschulische Jugendarbeit geht‘. Ich fasse einmal zusammen: Jugendverbandsarbeit kann daher – und so sehe ich das, aufgrund dieser Definition – als ein Feld angesehen werden, das über erhebliche sozialisatorische, demokratiepolitische und befähigungsorientierte Potentiale verfügt. Wenn man jetzt noch hinzunimmt, dass 62 %, wie ich gerade mitgeteilt habe, der Mitglieder zwischen 16 und 29 Jahren ein Abitur aufweisen, 54 % einen mittleren Abschluss haben und 43 % einen geringeren Schulabschluss, so lässt sich schon ganz deutlich eine Verbindung von Bildungs- und Sozialkapital festhalten. An dieser Frage müsste man meiner Meinung nach arbeiten. Die sich hieran weiterhin anschließende Frage lautet also, inwieweit Jugendverbände die Chance nutzen oder anders gefragt, die Herausforderung annehmen, im Rahmen der modernen Bildungs- und Erziehungsdiskussion für sich ein eigenes Profil zu entwickeln und sich aktiv – das heißt auch bildungspolitisch in einem breiteren Sinn – ich werde es nachher erläutern – einzumischen.

Durch eine vehemente öffentliche Diskussion über Bildungsstandards der nachwachsenden Generation in Deutschland, das heißt durch Pisa und so, hat sich der angemaßte Stellenwert von Erziehung und Bildung gravierend geändert. Wir müssen also der Schule dankbar sein, dass sie diese internationalen Untersuchungen mitgetragen hat, obwohl man mit dem Ergebnis und der Durchführung keinesfalls im Konsens sein muss. Das trifft, wenn auch bei weitem noch nicht in dem gewünschten Umfang, auch auf den schulischen Sektor mit der Einrichtung von Ganztagschulen zu – und immerhin haben wir in den letzten Jahren 7.200 Ganztagschulen dazubekommen. Also eine Zahl, die schon eine gewisse Quantität aufweist, die uns auch beflügeln sollte, sich mit diesen Grundprinzipien von Erziehung und Bildung in diesem Maße, das sich dort jetzt zeigt, auseinander zu setzen. Ganztagschulen, die in unterschiedlicher Form den Neuzugewinn – den neu zu gewinnenden Nachmittag – integrieren, integrieren müssen. Hier hat nun die Suche nach Partnern begonnen, so dass auch die Jugendverbandsarbeit vor neuen Herausforderungen steht,

wenn sie sich denn in diesem neu definierten Prozess über Bildung und Erziehung einmischen will. Hierzu möchte ich einige Überlegungen vortragen.

Zuerst einmal geht es um die Klärung des Bildungsbegriffes, ein eigenes Thema in der deutschen Diskussion, zumal wir immer deutlich zwischen Erziehung und Bildung unterscheiden. Da kann man also ganze dicke Bücher lesen und auch entsprechende Aufsätze schreiben. Ein Vorgang, der in der englischen Sprache zum Beispiel bei weitem nicht immer und wenn ja mit geringerem Aufwand betrieben wird. Man kann da höchstens von der philosophy of education oder der Übernahme des deutschen Bildungsbegriffes sprechen, aber sonst nicht. Ich will Sie hier nicht mit einer erziehungswissenschaftlichen Streitkultur über diese beiden Begriffe traktieren, wobei die Plausibilität an erster Stelle steht, dass ohne Erziehung keine Bildung sich entwickeln kann. Bildung wird also als der übergreifende Begriff hier gesehen und setzt immer auch Erziehungsvorgänge voraus. Man kann auch simpel sagen, die Erziehung kommt rein und die Bildung kommt raus. Das ist eine ganz einfache Erläuterung, denn zur Erziehung gehören immer zwei – mindestens zwei; zur Bildung gehört man nur alleine. Die Bildung produziert man alleine, das ist der große Unterschied. Andere können einem nicht die Bildung produzieren, sondern sie können dazu verhelfen, dass man Einsichten gewinnt. Aber die Bildung selbst muss man selber produzieren. Kurz gefasst, kann man Bildung auch definieren als das Verhältnis des Subjektes zur Welt. Wenn also Kinder oder Jugendliche ein anderes Verhältnis zur Welt bekommen. Und das können Sie, wenn Sie mit ihnen ja länger zusammen sind, auch selber feststellen, es ist ein Bildungsprozess vorhanden, da verändert sich auch ein Bildungsprozess. Und Bildung heißt auch Erkenntnisfähigkeit, Erkenntnismöglichkeit der Umwelt, aber auch Erkenntnismöglichkeit von einem selbst. Verbunden mit dem Begriff des Wissens liegen seit Jahren schon Untersuchungen vor, die darauf hinweisen, dass mindestens 70 % des Wissens, das ein Individuum erwirbt, in der Regel nicht durch die Schule vermittelt wird – Schule auch als formale Bildung

genannt –, sondern über Jugendverbände, Vereine über andere nicht schulisch organisierte Aktivitäten im Rahmen der informellen Bildung, das heißt durch Familie, Angehörige, insbesondere aber durch Peers, Medien usw. Das ist wichtig, dass man sich daran orientiert und nicht die Schule gewissermaßen immer in den Fokus der eigenen Überlegungen setzt. Dass die Schule die wichtigste und zentrale Einrichtung von Bildung und Erziehung ist, steht außer Frage, aber das wichtigste ist nicht, dass sie es alleine machen kann. Sie verteilt Zertifikate und wir leben in einer Welt, wo Zertifikate eine dominante Position einnehmen. Teilweise sind ja auch Jugendverbände dabei und vergeben schon die Leistungs- und Kompetenzzertifikate – also diese neue Regel ist schon weit über die Grenzen der schulischen Zertifizierung vorgedrungen.

Dass der letzte Bereich, also der informelle – sowohl ein eigenes Feld aber auch eine spezifische Bindungssphäre sein kann, die sowohl im Kontext formaler als auch im Kontext nonformaler Bildung sich realisieren kann, steht dabei außer Zweifel, das heißt, hier wird nicht nur von Feldern gesprochen, sondern auch auf dem Pausenhof in der Schule ist natürlich eine Dimension informeller Bildung vorhanden. Die neue Bildungsdiskussion unterscheidet also zwischen diesen beiden Bereichen und zwar formal, non-formal und informal, wenn man so will. Wobei, die formale ist klar, das ist die zertifikatsorientierte und für alle pflichtmäßige, unterrichtsorientierte, in der Regel ja Erziehung und Bildung.

Der zweite Bereich – der nonformale – ist alles das, was zwar organisiert wird aber nicht zwanghaft, sondern freiwillig und nach einer anderen Dimension arbeitet, als nur zur Stärkung der kognitiven Leistungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen, die in der Schule immer Schüler heißen. Das ist ein wesentlicher Punkt. Die Schule spricht nicht über Kinder und Jugendliche, das interessiert die Schule gar nicht – notgedrungen nicht, sondern sie will Leistungen einfordern und spricht darum von dem Schüler. Ob also der Junge oder das Mädchen im Englischunterricht sonst ganz



gut ist, aber im Englisch wirklich mies, da wissen Sie selber, wie das Ergebnis läuft. Da hat sie halt eine 5 und dann hat sich das. Da kann noch so viel Sentimentalität mitschwingen oder nicht, die Persönlichkeiten von Kindern und Jugendlichen stehen nicht an erster Stelle, sondern es geht um die Förderung der Leistungsfähigkeit. Und das ist ja auch der Sinn und Zweck der Pisa-Messung, die Sie ja alle kennen. Die Pisa-Messung veröffentlicht ja Leistungsmessungen für 13- bis 15-Jährige zum Beispiel, aber nicht ob die Charakterstärke da ist oder ob andere Erziehungsmodelle nun zum Zuge gekommen sind. Das ist keine Kritik, sondern nur eine Klärung. Und ohne Klärung kann man keine eigene Position fassen. Denn eins ist klar: auch Sie werden von der Schule bedrängt und bedrückt und haben selbst ein sogenanntes Inferioritätsgefühl der Schule gegenüber. Die Schule ist immer der dominante Faktor.

Wir haben eine lange Vergangenheit, wo die ganze Kinder- und Jugendhilfe immer der Problemlöser in der Schule war und auch nicht vorher gerufen worden ist, und zwar immer dann, wenn die Schule nicht mehr weiter konnte. Früher werden an sich Jugendhilfemaßnahmen oder Jugendhilfeinterventionen von der Schule nicht gefordert – zumindest nicht im alten Setting. Das sind also einige Vorbemerkungen, die ich mir vorgenommen hatte, Ihnen zur Einleitung einmal zu geben, damit implizit auch mein Standort klar wird und ich gleichzeitig auch einen Korridor aufzeige, der für Ihre Arbeit oder Ihre zukünftige Arbeit wichtig sein kann.

So das war die erste Einleitung, mit der wir uns etwas orientiert haben über das Problem und die Jugendverbandsarbeit. Die Frage ist jetzt systematisch weiter: Was ist eigentlich Bildung? Bildung ist ja immer ein offenes Geheimnis, jeder weiß es und keiner kennt sie angeblich oder umgekehrt: Jeder kennt sie, aber keiner weiß sie zu definieren. Ich will, wie gesagt, hier nicht in die Tiefen der geisteswissenschaftlichen philosophisch orientierten Diskussion eindringen. Das will ich Ihnen ersparen, aber ich will Ihnen die pragmatischen Begriffe noch einmal verdeutlichen, weil sie mir später weiterhelfen, wenn ich Ihnen eine gewisse Metrik

aufzeige, wie man gewissermaßen auch diese Vorgänge überprüfen kann. Also Bildung ist für mich bei Jugendlichen – ich geh jetzt mal auf den Jugendlichen ein, bei Kindern ist das noch etwas komplizierter – der Autonomiegewinn und die Selbstentfaltungsmöglichkeit. Wenn Sie diese beiden Begriffe ernst nehmen und Ihre eigene Arbeit daraufhin überprüfen, dann sind Sie ein ganzes Stück weiter. Autonomiegewinn bedeutet also einen Freiheitsspielraum, eine Vergrößerung des Freiheitsspielraums – man spricht auch von einer sogenannten positiven Freiheit. Das heißt, dass ich die Möglichkeit habe, mich als Jugendlicher für irgendetwas entscheiden zu können. Wenn ich mich aber entscheiden will, muss ich eine Begründung haben. Mit welchen Rationalitäten ich diese Entscheidungen auch forcieren kann und meiner Umwelt mitteilen kann. Das ist also der Autonomiegewinn und das andere ist eben die Selbstentfaltungsmöglichkeit. Wenn Sie jetzt einmal zum Beispiel in die Richtung der bildungsfernen Jugendlichen gucken und sehen, welche Chancen die haben, einen Autonomiegewinn zu erzielen in Bezug auf diesen Sinn oder über Selbstentfaltungsmöglichkeiten auch in dem implizierten Sinn meiner Definition nachzudenken, dann wissen Sie, das läuft tendenziell auf null. Da ist einfach ein Manko im Ausbildungssystem. Zumal auch die unterstützenden Aktivitäten der Kinder- und Jugendhilfe in diesem Bereich nur relativ schwach vertreten sind. Es ist eine schwierige Arbeit, die konkurrierend zum Teil im alten Setting zur Schule geleistet wird und die wenig öffentliche Anerkennung einbringt, sondern höchstens noch unter dem Druck stattfindet, dass man mit den Finanzmitteln, die man hat, entsprechend umgeht.

Also dieses ganze Gebiet erfordert ein grundsätzlich neues Denken, um überhaupt eine zeitgerechte Arbeit auch in der Kinder- und Jugendhilfe unter dem Aspekt von Bildung und Erziehung leisten zu können. Das ist das erste, was ich jetzt hier unter Bildung erst einmal darstellen will.

Eine zweite Geschichte, die wichtig ist: das hatte ich auch genannt, das wiederhole ich noch einmal, formal, nonfor-



mal, informell – das klingt ein bisschen simpel und einfach, aber ist eine Revolution ums Ganze, weil ja damit auch einmal die gesamte Bildungssphäre aufgeteilt wird: gewissermaßen in unterschiedliche Felder und ich damit auch für die Kinder und Jugendhilfe bzw. auch für die Jugendverbandsarbeit auf einmal einen Bewegungsraum definitorisch zur Verfügung habe, der ohne diese Klärung eigentlich irgendwo ist, aber nie bestimmt. So kann ich also sagen: Wir sind im nonformalen Raum, das heißt aber in einem vergleichbaren Bildungssetting mit unterschiedlichen Imperativen aber mit einer gleichgewichtigen und teilweise – wie ich gesagt habe – noch stärkeren Einflussmöglichkeit und auch Verantwortungsmöglichkeit für die Jugendlichen im Kontext ihrer eigenen Erziehungs- und Bildungsprozesse. Dass sich das heute tendenziell ändert mit den Ganztagschulen, darauf komme ich gleich.

Die ganze Diskussion begann ja – ich glaube es ist bald zehn Jahre her oder noch länger – mit der Pisa-Diskussion, die ja doch eine nationale Empörung hervorgebracht hat, weil Deutschland in der Leistungsfähigkeit, in der abgeprüften Leistungsfähigkeit, international im untersten Drittel war und mit Schwellländern wie Brasilien oder so auf einer Stelle stand, bzw. sogar teilweise überholt wurde. Über diese impliziten messtechnischen Überlegungen, die damit verbunden und kritisiert waren, will ich jetzt nicht sprechen. Fest steht aber, wir müssen dieser Pisa-Untersuchung dankbar sein, denn vorher ist der Bereich der Kinder- und Jugendhilfe nicht aufgewacht. Er hat seine Arbeit getan, wie er es immer tut: mit der politischen Bildung und sonstigen ehrenwerten Geschichten – das ist gar keine Frage, das sind ja spezifische Felder, wo Sie Expertinnen oder Experten sind – aber dieser Diskurs, den Sie da geführt haben, der ist nicht eingefügt worden in eine übergreifende Bildungs- und Erziehungsdebatte. Und das ist das Neue, was mit Pisa begann, denn Pisa hat gesagt, der soziokulturelle Hintergrund hat eine gewisse Bedeutung für die schulische Leistungsfähigkeit. Das ist das Einzige, was wir im Grunde da rausgezogen haben. Aber (!) dieses Ergebnis hat uns zum Jagen getragen, denn wir mussten uns selber po-

sitionieren. Und das war gar nicht so einfach. Es ist ja angefangen im Bundesjugendkuratorium auch vor zehn Jahren und ist dann gemündet in den Leipziger Thesen, wo ja auch – zumindest offiziell – der Bundesjugendring dran beteiligt war, und es ist weitergeführt worden dann über den 12. Kinder- und Jugendbericht und zahlreiche weitere Veröffentlichungen zu dieser Geschichte. Das heißt also, auf der einen Seite wurde eine Chance deutlich, auf der anderen Seite zeigte sich aber bald die Schwierigkeit in der Übernahme dieser Begrifflichkeit in eine eigene Arbeit, die unter anderen Prämissen bislang definiert worden ist. Da ist die Schwierigkeit, die uns immer wieder verfolgt hat. Wir haben zwar gesagt, dass das zwei Seiten einer Medaille sind – da komm ich nachher noch einmal drauf – aber diese Metapher hat nicht immer genügt, um eine nötige Klärung und auch eine nötige Potentialität zu entwickeln, sich nun massiv in diese Diskussion einzumischen, obwohl diese Diskussion die existentielle Diskussion für weite Bereiche der Kinder- und Jugendarbeit sein wird und teilweise schon ist. Da führt kein Weg dran vorbei. Es kommt nur darauf an, wie wir sie definieren und ob wir bereit sind, uns bildungspolitisch im weitesten Sinn – wie ich es definiert habe – damit hineinzubegeben und zu sagen, wir zeigen Flagge und wir wissen, wofür wir hier sind und wofür wir etwas machen. Wir haben aus dieser Möglichkeit heraus uns dann aktiv damit beschäftigt, einmal den Begriff der Ganztagsbildung zu entwickeln und uns die Frage gestellt, wie kann man das eigentlich zusammenfassen, was wir jetzt in der Übersicht zwischen diesen unterschiedlichen Bildungssphären – nonformal, formal und informell – gestalten. Und wir sind dabei auf den Begriff der Ganztagsbildung gekommen, der inzwischen zahlreich publiziert, bekämpft aber überwiegend positiv aufgenommen worden ist, wie es in den wissenschaftlichen und bildungspolitischen Diskussionen ja heute üblich ist. Die Frage, die sich da eben stellte: Was heißt eigentlich Ganztagsbildung? Das haben Sie mir ins Thema geschrieben und das will ich gerne erklären. Ganztagsbildung kann ja noch perverser sein als manche Schul-situation, wenn man die Ganztagsbildung betrachtet als eine ganztägige, ganztägige gewissermaßen Beschäfti-

gung mit Bildung. Das sind arme Kinder, arme Würmer und noch forcierte Jugendliche, die von Anfang bis Ende eines Tages beschult oder gebildet werden sollen. Wir mögen darüber lächeln, in den Eliteinternaten wird so was immer stärker forciert. Sie wissen selbst, der G8-Abschluss an den Gymnasien ist dicht davor, das zu realisieren, was wir vielleicht schmunzelnd sagen, das wäre die falsche Entwicklung. Aber sie läuft. Sie haben immer mehr Kinder, die auch den ganzen Nachmittag in der Schule traktiert werden müssen und sich für die Schule selbst traktieren müssen. Das ist ein Problem.

Die Ganztagsbildung aber versucht, eine Idee zu erzeugen, die sowohl als systematischer Begriff als auch als ein politischer Begriff in der Diskussion bestehen kann. Der Begriff sicherlich selbst ist noch entwicklungsfähig, aber er hat bislang schon richtige Akzente gesetzt. Es geht also darum, die verschiedenen Bildungsorte, die existent sind in einem sozialen Raum, in einer Kommune oder darüber hinaus, in einer Form so zu integrieren, dass ein Raum flexibler Bildung entsteht. Ein Raum flexibler Bildung heißt, dass den Einzelnen Möglichkeiten gegeben werden, dass zu tun, was für sie wichtig ist. Also, zu lernen, in Bildungsprozesse eingespannt zu werden und auch, in ihrer Jugend mit Dingen konfrontiert zu werden in einer Form, die ihnen sonst nicht verfügbar ist. Ich komme nachher noch darauf zurück, weil eine Realisierung der Ganztagsbildung auch dieser neue Aspekt dieser Bildungslandschaften ist, der ja gegenwärtig immer breiter – wenn auch aus spezifischen politischen Überlegungen heraus – diskutiert wird. Die Frage, die sich jetzt stellt, ist – wenn man den Begriff der Ganztagsbildung einmal forcieren will – wo es eigentlich darauf hinausläuft, wie man eigentlich in einen stärkeren theoretischen Kontext diese Ganztagsbildung weiter begründen kann, so dass sie mehr bietet als nur einen begrifflichen Hinweis. Die Bezeichnung Ganztagsbildung dient als Chiffre für einen theoretisch fundierten Konzeptvorschlag, der Möglichkeiten zur Identitätsentwicklung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen in Jugendeinrichtungen und Schulen – und jetzt das Wichtige: unter Beibehaltung der institutionellen Ei-

genheiten und damit ihrer bildungsrelevanten Strukturprinzipien! – im Rahmen einer räumlich begrenzten regionalen oder lokalen Nutzung von Einrichtungen umfasst. Es geht also nicht bei der Ganztagsbildung darum, der Schule alles zuzuschieben, sondern es geht darum – wie ja auch zumindest frühere Gesetzesorientierungen hier in Nordrhein-Westfalen waren – unterschiedliche Bildungsorte so zu verzahnen, dass man von einer Ganztagsbildung sprechen kann. Das ist mittlerweile ja auch schon in vielen Punkten und an vielen Orten zu einem politischen Kampf geworden. Nicht zuletzt gegen die Einflussnahme von Schulen oder einer eng geführten Bildungslandschaft im kommunalpolitischen Sinn, die natürlich auch versucht, in erster Linie, wenn sie nicht aufgeklärt genug ist, ihre Schulen zum Zentrum dieser Ausgangsbedingungen zu machen. Ganztagsbildung ist deswegen weder der Theorierahmen zur Organisationsform Ganztagschule, noch transportiert der Begriff den Anspruch, jegliche signifikanten Lernerfahrungen zu bündeln. Er verfolgt stattdessen den Ansatz, die über den ganzen Tag hinweg – das heißt zu unterschiedlichen Zeiten – vorfindbaren vielfältigen Lernkonstellationen und Bildungsangebote auf subjektive Notwendigkeiten, Möglichkeitspotentiale oder Neigungsverwirklichungen hin für Kinder und Jugendliche verfügbar zu machen. Es geht also immer vom Subjekt aus, und es ist keine generelle Programmatik. Es geht in keinem Fall darum, den ganzen Tag unter Bildungskuratel zu stellen und letzte mögliche freie Zeiten gegen alle Einsichten und Wünsche der Kinder und Jugendlichen zu verplanen. Das kann nicht der Sinn sein.

Dass die offensichtlich – wenngleich aus unterschiedlichen Gründen – auch nur allmähliche Hinwendung des schulischen Lernens aber auch einer verlässlichen Betreuung von Kindern und Jugendlichen arbeitender Eltern zu Ganztags-situationen eine neue dynamische Situation in der Organisation und Definition von Betreuung, Erziehung und Bildung entstehen lassen kann, sollte als Vorteil für die Forcierung einer Bildungsdebatte aufgefasst werden, die ihren Ausgangspunkt in dem zentralen Leitsatz sieht, dass Bildung mehr ist als Schule. Das war der Ausgangslogan der soge-

nannten Leipziger Thesen. Ein Satz von vehementer Dramatik, der aber leider von der Kinder- und Jugendhilfe nicht mit dem nötigen Resonanzboden versehen worden ist – zumindest ist das meine Meinung. Es geht darum, die traditionelle Konflikthaltung insbesondere zwischen Schul- und Sozialpädagogik – oder Schule und Kinder- und Jugendhilfe – aber auch zu anderen soziokulturellen Angeboten mit der Entwicklung des Begriffs und des Konzeptes der Ganztagsbildung produktiv zu überwinden. Das heißt also, das berühmte „Augenhöhenmodell“ muss natürlich auch theoretisch erst einmal aufgearbeitet werden, bevor man das nur problematisch macht, denn wir wissen, dass besoldungspolitisch und auch arbeitstechnisch die Augenhöhe in den nächsten fünf, sechs, sieben oder auch acht Jahren nicht erreicht werden kann. Das Gehalt der Lehrer ist immer noch höher als das Gehalt der Nichtlehrer und die Zeitvorgaben und die sogenannten Urlaubsaspirationen sind bei den Lehrern ausgeprägter, als bei allen anderen. Darum geht es hier erst einmal nicht. Es geht darum, aus der Sache selbst heraus eine Eigenhöhe darzustellen, die uns auch ermuntert jetzt selbst Flagge zu zeigen. Die Disziplinen wie auch die zugehörigen Professoren sind daher aufgerufen, diesen bildungspolitischen Perspektivenwechsel unter dem Anspruch der Verwirklichungsgerechtigkeit als Chance insbesondere für bislang sozial- und bildungsmäßig benachteiligte Kinder und Jugendliche zu ergreifen. Ich komme später noch auf den Begriff der sogenannten Verwirklichungsgerechtigkeit zurück.

Es geht also – wie gesagt – um die Ausbildung und Identitätsbildung von Kindern und Jugendlichen in Jugendeinrichtungen und Schulen unter Beibehaltung der bisherigen institutionellen Eigenarten und damit ihrer bildungsrelevanten Strukturprinzipien. In den Bildungslandschaften – auf die ich nachher komme – da wird darauf Bezug genommen. Vorher hat man jetzt auch immer noch vom Netzwerk Bildung gesprochen, aber ich denke mal, man muss das nachher noch ein bisschen untersuchen, dass das nicht nur darum geht, wir arbeiten zusammen, sondern wir müssen auch eine gemeinsame Programmatik haben, die über

die rein organisatorische Verzahnung hinaus geht. Mit einer rein organisatorischen Verzahnung ist den Kindern und Jugendlichen nicht geholfen. Gemeint war und ist jedenfalls ein die Institutionen verbindender Ansatz. Anders als Ganztagschulen, die zum Teil einzelne außerschulische Akteure zur Gewährleistung informeller Settings in den Schulbetrieb einbinden, verbinden sich nach dem Grundgedanken der Ganztagsbildung mindestens zwei eigenständige Institutionen, zum Beispiel Schule und Jugendeinrichtung, um – und das ist wichtig – gemeinsam und arbeitsteilig – denn ohne den gemeinsamen Ansatz kann ich auch nicht arbeitsteilig verfahren – ein drittes, neues Angebot hervorzubringen. Dabei bleiben auch andere zum Beispiel bildungswirksame Institutionen stets im Blick: Familie, Medien, soziokulturelle Aktivitäten, Peergroups usw. Von besonderer Relevanz ist der Terminus daher angesichts der aktuellen Entwicklung der Ganztagschulen auf der einen und des Wandels der Kinder- und Jugendhilfe auf der anderen Seite. Es hat ja verschiedene Begriffe in den unterschiedlichen Entwicklungen und Veröffentlichungen gegeben. Man hat von einer zeitgemäßen Bildung teilweise gesprochen, man hat aber auch davon gesprochen, dass es vor allem um ein angemessenes Bildungsverständnis in einer demokratisch kapitalistischen Gesellschaft geht. Neben der Aktualisierung eines nicht allein auf Verwertungszusammenhänge konzentrierten Verständnisses werden Tendenzen der Entgrenzung im Bildungsbereich und die Frage nach sozialer Gerechtigkeit in diesem Terminus verhandelt. Anhand der empirischen Forschungslage zeigt sich zudem, dass im Rahmen der Ganztagsbildung Schule und Jugendarbeit ein unterschiedliches Bildungsverständnis haben.

Während über die Lernleistung der Schule vielfältige Erkenntnisse vorliegen, ist die empirische Bildungsforschung im Bereich der Jugendarbeit erst noch im Entstehen. Und das könnte auch ein Hinweis sein: Wenn Sie Ihren Wirkungsdialo g weiter entwickeln wollen, müssen Sie natürlich auch auf diese inhaltlichen Fragen eingehen, um daran auch zu bemessen, was es denn eigentlich auf sich hat damit, wenn man Erfolge haben will oder nicht. Für die Rea-

lisierung von Ganztagsbildung in Zusammenarbeit von verschiedenen Lern-, Erziehungs- und Bildungsorten wird eine Reihe von Schwierigkeiten thematisiert. So steht die Eigenständigkeit der Jugendarbeit weit mehr als die der Schule in Frage.

Ein asymmetrisches Verhältnis zeigt sich auch in Bezug auf das gesellschaftliche Ansehen und die materielle Ausstattung. Das Ansehen bzw. die Frage der Rolle der Eigenständigkeit der Jugendarbeit – das werden Sie besser wissen als ich, zumindest ergibt sich das aus einigen örtlichen Kenntnissen für mich und aus der Literatur – dass hier natürlich eine drohende Konkurrenz im Raume steht, wenn man nicht zu einer anderen bildungspolitischen Definition kommt, wie ich sie zum Beispiel hier vorschlage. Der Nachmittag in irgendeiner Form wird in Zukunft durch eine Bildungsprogrammatische immer stärker beeinflusst werden. Und wenn die Kinder- und Jugendhilfe oder die Jugendverbandsarbeit nicht in der Lage ist, sich an dieser Programmatik zu beteiligen, kann es dazu führen, dass das Interesse der Kinder und Jugendlichen auch für diese Bereiche schwindet. Denn das ist ja deutlich: Was sollen die armen Kinder und die Jugendlichen denn auch machen, wenn sie nachmittags sowieso programmatisch an einem Ort gebunden oder ungebunden festgehalten werden, ob dann noch die Aktivität einer zusätzlichen Jugendverbandsarbeit ausreicht, um hier eine breitflächige Anwesenheit zu erzeugen, kann zumindest als Forschungsfrage gestellt werden. Von daher kommt auch Ihr Bereich meiner Meinung nach nicht darum herum, sich neu aufzustellen und als gleichgewichtiger Erziehungs- und Bildungspartner ohne Aufgabe der eigenen Identität sich in die Debatte zu begeben und hier auch Spuren zu hinterlassen, die auch eine öffentliche Anerkennung finden. Die Ganztagsbildung ist nicht gegen irgendetwas gerichtet, um das hier auch noch einmal deutlich zu sagen, sondern steht für etwas: nämlich für die Förderung von Bildung und den Abbau von Benachteiligung aller Kinder und Jugendlichen. Damit – das fasse ich noch einmal zusammen – geht es um nichts Geringeres als um die Entwicklung von Handlungsbefähigung und die

Sicherstellung von Verwirklichungschancen unter der Prämisse von Wohlergehen in der Begründung einer positiven Auffassung von Freiheit, Kinder und Jugendliche in die Lage zu versetzen, ihren subjektiven Vorstellungen von einem guten Leben in einem erweiterten Optionsrahmen nachgehen zu können. Hier gilt es, neue Ansätze durch eine innovative und zugleich verfügbare Bündelung von Lern-, Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu schaffen.

Mit Ganztagsbildung wird eine bildungstheoretische, bildungsökonomische und bildungspolitische Diskussion forciert, die das Primat der individuellen Entwicklung mit einer neuen gerechtigkeitsbegründenden Definition von Fähigkeiten und Möglichkeiten verbinden will. Das ist das Entscheidende, um das es hier eigentlich geht. Und damit ist für alle Akteure, die sich jetzt in dem Feld bewegen, ein kritisches Überdenken ihrer bisherigen Handlungsprämissen im Kontext einer neuen sozialen und bildungspolitischen Perspektive erforderlich, um den nachwachsenden Generationen weitergehende Möglichkeitsräume zur Selbstverwirklichung und zur Stärkung auch zivilgesellschaftlicher Kompetenzen verfügbar zu machen. Ich brauche hier ja nicht auf das Schicksal derjenigen Kinder oder Jugendlichen einzugehen, die immer noch keine Lehrstellen haben, die zum Beispiel mittels der Jugendsozialarbeit irgendwohin gebracht werden – wohin weiß man nicht – eigentlich dahin gebracht werden, wo sie gestartet sind und nur in den seltensten Fällen eine Ausweichmöglichkeit haben, in eine Erwachsenenrolle hineinzugehen, die ihnen auch einen Anteil an der kollektiven Produktion ermöglicht. Soweit also erst einmal zur Ganztagsbildung. Dahinter stecken jetzt einige Überlegungen, die versuchen, die Sache etwas stärker noch zu theoretisieren aber auch theoretisieren in einer Absicht, die meiner Meinung nach auch für Ihren Bereich interessant sein kann.

Ich habe zwei Begriffe vorhin erwähnt, das heißt Befähigungs- und Verwirklichungschancen. Mit diesen Befähigungs- und Verwirklichungschancen ist ein spezifischer Ansatz ge-

meint, der vor zehn Jahren entwickelt worden ist von dem indischen Nobelpreisträger Amartya Sen und der amerikanischen Philosophin Martha Nussbaum. Das ist deswegen von entscheidender Größe, weil sich dieser Ansatz dazu eignet, gewissermaßen pädagogische Prozesse dahingehend zu überprüfen, ob sie wirklich die Leistung bringen, die heute notwendig ist, um Autonomiegewinn und Selbstentfaltungsmöglichkeiten zu liefern. Es gibt eine Liste von zehn Indikatoren. Ich gehe ganz kurz nur auf diese Indikatoren ein, um Sie nicht zu lange damit zu konfrontieren. Diese Indikatoren kann man messen. Das kann man empirisch messen. Wir haben zum Beispiel eine große Untersuchung gemacht im Rahmen dieser wirkungsorientierten Jugendhilfe im Rahmen dieses Bundesmodellprojektes – ein Projekt, das wir aus Bielefeld empirisch begleitet haben in der Evaluierung – und da ging es darum, also Hilfen zur Erziehung daraufhin zu prüfen, ob sie erfolgreich im Sinne dieser beiden Begriffe Autonomiegewinn und Selbstentfaltung gewesen sind oder nicht. Es gibt zehn Indikatoren, die stelle ich Ihnen gleich vor. Und dann kann man sagen, ob diese Indikatoren am Anfang – bzw. wie viele davon in einem gewissen Rahmen – vorhanden sind und über eine gewisse Zeit hinweg kann man messen, inwieweit diese Indikatoren sich weiter entwickeln. Im englischen heißt das *“Closing the Capability Gap”*, also schließen dieser gewissermaßen Lücken in diesen Entwicklungsindikatoren. Diese Entwicklungsindikatoren sind entwickelt worden aus teilweise einer empirischen, teilweise aus einer philosophischen Grundüberlegung als Notwendigkeiten zur allgemeinen menschlichen Entwicklung und sie eignen sich vorzüglich für den ganzen Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, für die Sozialpädagogik, überhaupt für Erziehungsprozesse und geben unserer Meinung nach erstmals die Möglichkeit – über alle sonstigen Einstellungen, Empfindungen usw. hinaus, ob eine Erziehungssituation erfolgreich geworden ist oder nicht – festzustellen mit einer eigenen Metrik, was sich eigentlich ereignet hat.

Wir unterscheiden da prinzipiell zwischen zwei Bereichen. Einmal ist das dieser sogenannte ‚Human-Capital-Ansatz und Employability‘. Das heißt also, das sind die Bildungsressourcen, die auf Leistung und Verwertbarkeit im Sinne des Systems orientiert sind. Also auf Deutsch: Die Schule und andere, die auf Zertifikate aus sind, um Karrieren zu ermöglichen im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses. Das ist jetzt gar nicht schmähsch gemeint, sondern das ist erst einmal erklärend gemeint, denn verzichten können wir darauf nicht. Hinzu kommt aber – und das ist das Entscheidende – ein Bereich, der in diese Grundlagentheorie als Human-Development umschrieben wird, also der Bereich, der versucht, jetzt andere Aspekte der Entwicklung und Autonomieentwicklung hinzuzunehmen, um den Jugendlichen in seiner Persönlichkeit so zu stabilisieren, dass er eine Freiheit hat, sich auch entscheiden zu können, dass er auch die Ressourcen hat, sich im sozialen, im kulturellen und im politischen Milieu bewegen zu können. Es wäre aber etwas einfach zu sagen, es geht nur um Bildung. Das ist der alte deutsche Begriff. Denn die Bildung ging ja gewissermaßen durch den Kopf und dann war die Sache mehr oder weniger erledigt oder nie erledigt. Es geht hier darum, einmal den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich zu entwickeln und das zweite – die Verwirklichungschance ist das Entscheidende – auch eine Verantwortung zu übernehmen für eine sozialpolitische Umsetzung der damit verbundenen Notwendigkeiten, den Kindern oder den Jugendlichen eine Chance einzuräumen. Und das fehlt flächendeckend in der gesamten Kinder- und Jugendhilfe heute sowieso. Man konzentriert sich auf den Fall als solchen und ist froh, wenn er gelöst ist. Man konzentriert sich darauf, aber man sieht, man ist auch nicht mehr bereit, sich sozial- und bildungspolitisch ins Zeug zu legen. Also hätte ich mir vorstellen können, dass sich der ganze Bereich, über den wir hier sprechen, wesentlich vehementer auch in die Schule hineinbegibt. Denn die Schule ist ja die Ressource – für viele – des absoluten Niedergangs. Das muss man ja auch so sehen. Sie kommt ja nicht mehr raus aus der Falle.

Wie ist denn das, wenn wir schulferne Jugendliche haben, die in keiner Weise nach den hiesigen, nach den jetzigen Überlegungen in der Lage sind, jemals eine Lehre zu machen? Die gehen durch die Jugendsozialarbeit – einmal, zweimal, dreimal – und wenn sie dann noch altersmäßig passen noch ein viertes Mal. Und wo enden sie? Genau da, wo sie hergekommen sind. Sie haben wahrscheinlich einige handwerkliche Ressourcen, aber sie sind weiter nicht in der Lage, sich selbst mit dem notwendigen Rüstzeug auch in eine gesellschaftliche Situation hineinzubegeben und sich selbst auch stabilisieren zu können und eine Stimme zu ergreifen. Das heißt also, es ist einmal – wenn man so will – eine Bildungskomponente, aber zweitens – und das ist wichtiger – in diesem Fall auch eine Verwirklichungskomponente. Und die Verwirklichung muss von denen, die diese Möglichkeiten bereitstellen auch mitgedacht werden, sonst ist Erziehung *L'art pour l'art* zumindest für die, über die wir reden. Ich geh noch kurz auf die Liste ein und mach dann ein Schlusswort. Also die Liste der capabilities – also dieser Befähigungen – heißt einmal: fähig zu sein, ein Leben von normaler Länge zu leben, das heißt einfach mit Ressourcen ausgestattet zu sein, dass man ein Leben auch in Gesundheit leben kann, dass man körperlich gesund ist, dass man eine körperliche Integrität hat. Es geht darum, Sinne, Vorstellungen und Gedanken so zu entwickeln, dass man fähig ist, auch Ausdrucksmöglichkeiten zu besitzen, Gelegenheiten auch ergreifen zu können, die mit Äußerungen der politischen und künstlerischen Ausführung usw. zu tun haben. Also eine gewissermaßen umfassende persönliche Ausrüstung auch der eigenen Person. Und Sie selber wissen wahrscheinlich auch am besten, was das heißt, mit diesen Markierungspunkten konfrontiert zu werden. Dann kommen die Gefühle, die emotionalen Bindungen usw. hinzu, dann kommt praktische Vernunft, dann kommt eine Zugehörigkeit – eine oft schwierige Frage – fähig zu sein, mit anderen Menschen zu leben und für sie Sorge zu tragen. Und dann kommt es auch und schlussendlich auf die politische Kontrolle über die eigene Umwelt an, fähig zu sein, an politischen Entscheidungen teilzuhaben und so weiter. Das sind also insgesamt zehn Indikatoren, die dazu

benutzt werden können, um eine gewisse erzieherische Leistung kontrollieren zu können, weil dahinter die Prämisse steht: Wenn das geleistet wird, dann haben Sie einen Jugendlichen in Ihrem Bildungsprozess so begleitet, dass er oder sie in einem anderen Kontext bestehen kann als vorher. Wie gesagt, wir haben das einmal überprüft und nicht nur wir, aber wir haben das in Deutschland das erste Mal gemacht.

Wenn ich das jetzt noch einmal zusammenfasse, um auch einigermaßen in der Zeit zu bleiben, würde ich folgendes sagen: Wir leben heute in einer Zeit, die immer vehementer die Erziehungs- und Bildungsfragen in den Mittelpunkt stellt. Alle diejenigen, die sich nicht daran beteiligen, werden mittelfristig an den Rand von irgendwelchen Aktivitäten gedrängt, ob sie wollen oder nicht. Im Mittelpunkt der ganzen Auseinandersetzung steht eine konstruktive Auseinandersetzung mit der Schule und zwar insbesondere mit der Ganztagschule, die einerseits eine große Chance bietet zur kooperativen Bewältigung dieser Erziehungs- und Bildungsaufgaben, andererseits aber auch immer den Versuch unternimmt, weil das Geld ja auch teilweise von den Schulen verwaltet wird, was für den Nachmittag eingesetzt werden kann, diesen Nachmittag im Sinne einer teilweisen Rhythmisierung für sich zu nutzen, das heißt also nur für die Steigerung der kognitiven Leistungen. Ich habe versucht, Ihnen zu zeigen, was Ganztagsbildung ist. Ich hoffe, das ist einigermaßen gelungen. Ich habe versucht, Ihnen eine erste kurze Antwort zu geben, warum sich die Jugendarbeit mit der Ganztagsbildung befassen muss oder befassen sollte, will ich mal vorsichtig sagen. Ich habe Ihnen gezeigt, wo der Gewinn liegen kann und meiner Ansicht nach wird, wenn sich die Jugendarbeit diesen Begrifflichkeiten und den dahinter steckenden Bedeutungsmustern wieder anschließt. Und ich habe Ihnen auch aufgezeigt, was es bedeutet, wenn die Jugendarbeit strukturell auf die Schule zugeht und nicht in der Lage ist, mit einer eigenen Programmatik von vorne herein eine Augenhöhe zu haben. Die schulische und die außerschulische Bildung sind zwei Seiten einer Medaille und erst, wenn diese zusammen kom-

men im Human-Capital und Human-Development, dann ist das erreicht, was Sie unter modernen Gesichtspunkten – auch für die Jugendlichen, die bislang nicht die Chance haben – als Fortschritt zu bezeichnen haben. Ich denke, was da noch weiter mit verbunden sein kann, sind Wirkungsuntersuchungen – die auch in dem Feld, das Sie hier vertreten, über diesen sogenannten Befähigungs- und Verwirklichungsansatz in einem ganz anderem Maße und auch in einem anderen legitimierungsfördernden Maße geleistet werden können, als es gegenwärtig der Fall ist, wo teilweise über Benchmarking oder andere Ziffernvergleiche versucht wird, etwas zu legitimieren, was aber im politischen Alltag relativ schnell weggewischt wird, weil dort immer wieder die These auftaucht, dass der ganze Bereich der Jugendarbeit marginal ist und im Grunde abgebaut werden kann. Das ist zumindest meine Empfindung, die ich habe, wenn ich mit Kolleginnen und Kollegen aus den kommunalen Settings rede: auch dort wird die Jugendarbeit marginalisiert in ihrem finanziellen Unterstützungsvolumen und ist auf Dinge angewiesen, die nicht mehr ausreichen, um sich in dieser Diskussion wirklich eine Position zu verschaffen und auch, um attraktiv zu werden für eine Kommune, die sich ja immer stärker – und das ist die gewissermaßen Weiterentwicklung der Ganztagsbildung – über Bildungslandschaften Gedanken macht.

Wenn die Kinder- und Jugendarbeit in den Bildungslandschaften nicht mit in den Mittelpunkt rückt, wird sie automatisch marginalisiert. Und ich denke, die Jugendverbandsarbeit hat eine exzellente Position von ihren Inhalten, sich verfügbar zu machen – nicht nur im Interesse der Kinder und Jugendlichen, sondern auch in ihrem eigenen existenziellen Interesse, sich diesen Diskussionen zu öffnen und dort wirklich richtig radikal reinzugehen und sich mit den Ideen einer modernen Erziehungs- und Bildungstheorie vertraut zu machen, zumindest so vertraut zu machen, dass sie auch praktische Alternativen aufzeigen kann. Ich danke Ihnen.“



## Professor Klaus Schäfer: Der Wirksamkeitsdialog – Chance zur Weiterentwicklung und Zielorientierung für Jugendverbände

### Vorbemerkungen

Die Vergabe und Verwendung öffentlicher Gelder ist auch in der Kinder- und Jugendhilfe seit Mitte der 90er Jahre immer wieder einer grundlegenden Kritik ausgesetzt gewesen. Bemängelt wurde insbesondere, dass nur eine geringe und vor allem wenig nachvollziehbare Transparenz der Mittelverwendung gegeben sei. Gerade in der Politik wurden auch Zweifel laut, ob die Mittelverwendung noch effizient genug war oder ob es nicht intensiverer und vor allem konsequenterer Verwendungskritik bedurfte. Zweifler gab und gibt es dabei auf allen Ebenen. Dies wurde bereits in den Debatten um die neuen Steuerungsmodelle in den 90er Jahren sichtbar. Sie sind auch in die Diskussion um die Wirksamkeitsprüfung in der Kinder- und Jugendarbeit eingeflossen.

Je nach spezifischer Interessenlage, als Zuwendungsgeber, als Kostenträger, als Träger einer Maßnahme etc., sind unterschiedliche Anforderungen an die Verwendung der Mittel und ihre Überprüfung gestellt worden. Dabei wechselten sich zwei Blicke ab: Der Blick auf die Qualität einerseits und der Blick auf die Kostendimensionen und die Verteilungsstruktur andererseits. Das war neu für die Kinder- und Jugendhilfe, war doch bis dahin gegenüber Controlling-Systemen, die zumeist rein quantitativ angelegt waren, eher eine überaus große Skepsis bis Ablehnung vorhanden. Pädagogische Arbeit zu messen und das auch noch in der Zuständigkeit des Staates, so etwas war kaum vorstellbar.

Zwar gab es in fachlicher Hinsicht immer schon intensive Diskussionen über die Wirksamkeit und damit den Nutzen öffentlicher Förderung. Das öffentliche bzw. das Interesse der Politik und der Sozialadministration musste aber insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit erst eingeordnet werden. Denn weitgehend galt eine zwar nicht abgestimmte, aber doch allgemein akzeptierte Auffassung, dass die Prüfung und fachliche Reflektion des Mitteleinsatzes (von der Verwendungsnachweisprüfung einmal abgesehen) in qualitativer Hinsicht, eher ein Prozess war, der durch das System bzw. von den Trägern selbstverantwortlich ge-

leistet wurde, einschließlich der Definitionsmacht über die Leistung, jedenfalls was die fachlichen Details anbelangt (Beckmann u.a. 2004, 13f).

Im System der Hilfen zur Erziehung kam es zur gleichen Zeit zu einer grundlegenden Neuausrichtung der Vergabe öffentlicher Gelder. Hintergrund war das Ziel, die Kosten zu dämpfen, eine stärkere Transparenz der Mittelverwendung zu erreichen und die Effizienz der eingesetzten Mittel zu verbessern (Münder u.a. 2009, 643 Rz. 2). Der Abschluss von Leistungsverträgen wurde ins SGB VIII als Voraussetzung für die Förderung aufgenommen (§ 78a ff SGB VIII). Das Kontraktwesen im Sinne von Aushandeln wurde bestimmendes Merkmal, obwohl, genauer hingeschaut, eine wirkliche Aushandlungspraxis nicht entdeckt werden konnte (vgl. etwa Wiesner, 2003). Wenngleich man auch damals bei dieser Neuregelung des SGB VIII mit Wirkung vom 1.1.1999 darauf blickte, ob denn die Bereiche der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit (§§ 11 ff SGB VIII) ebenfalls einbezogen werden können bzw. sollten, so kam es dazu aber letztendlich nicht. Es wäre auch wohl schwierig zu handhaben gewesen, denn das Jugendzentrum ist eine andere Art von Einrichtung, wie die der Hilfen zur Erziehung, eben solche, die § 78 b SGB VIII vorrangig meint.

In der Kinder- und Jugendarbeit stellte sich ebenfalls die Frage nach der Qualität, der Effizienz und den Kosten. Allerdings wäre ein System, die Qualität über einen Wettbewerb zu steuern (was das entscheidende Merkmal der damaligen Entscheidung war) oder aber ein enges Controlling-Verständnis auch in der Kinder- und Jugendarbeit einzuführen, kaum angebracht gewesen. In diesen Bereichen stellen sich die Fragen nach der Qualitätssicherung und der Gestaltung des Marktes – falls man überhaupt so darüber sprechen kann – völlig anders. Dennoch, um das klar zu sagen, die Frage nach der Wirksamkeit des Einsatzes der öffentlichen Mittel ist nicht nur legitim, sondern zwingend notwendig gewesen (und ist es noch immer), gerade um die Förderung auf sichere und verlässliche Beine zu stellen. Es kommt allerdings darauf an, welches Verfahren



das sinnvollste ist. Zudem müssen bestimmte, ebenfalls im SGB VIII normierte, Grundsätze berücksichtigt werden, die insbesondere mit den Begriffen „Wahlfreiheit“, „Werteorientierung“ und „Pluralität“ sowie „Selbstorganisation“ bezogen auf die Jugendverbände gemeint sind.

In diesem Kontext wurden der Begriff und die Methode eines „Wirksamkeitsdialogs“ entwickelt. Er leitet sich zwar aus der Debatte um neue Steuerungsmodelle ab, ist aber in dem Sinne kein neues Steuerungsmodell und auch kein Controlling im klassischen Sinn. Er unterscheidet sich dadurch, dass er

- die Autonomie und Eigenständigkeit der Verbände achtet,
- die inhaltliche Gestaltungsfreiheit der Träger bzw. Zuwendungsempfänger respektiert und
- das Grundprinzip des Dialogs verfolgt und daher auf einseitige Vorgaben verzichtet.

Es geht also um eine zwischen dem Land und dem Zuwendungsempfänger, in diesem Fall die Träger der Kinder- und Jugendarbeit, gemeinsam ausgehandelte und gestaltete Form der inhaltlichen Entwicklung der pädagogischen Arbeit, die auch durch Zielvereinbarungen ergänzt werden kann. Prinzip des Dialogs ist also die Verständigung, setzt aber zugleich das Wollen auch bei den Trägern voraus.

#### Zum Anfang überwog die Kritik und Skepsis

Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit stehen immer wieder unter besonderer Beobachtung. Einerseits wird Jugendarbeit als unverzichtbar und aktuell als bedeutsam hervorgehoben, andererseits wird immer wieder auch kritisch hinterfragt, ob sich denn das in die Jugendverbandsarbeit investierte öffentliche Geld auch lohnt.

Ein Grund, warum das so ist, liegt sicher darin, dass Politik und Administration nicht immer eine Beziehung zu dem Feld der Jugendverbandsarbeit haben und sich – vielleicht

– ihrer Bedeutung für ein gelingendes Aufwachsen junger Menschen sowie als Ort der Bildung nicht bewusst sind.

Und in der Tat, wenn das so ist, dann muss man auch kritische Fragen beantworten:

- Sind Jugendverbände tatsächlich das, was sie sein wollen (und auch sollen), eine soziale Heimat für junge Menschen, die sich für einen Verband entscheiden?
- Wie ist ihre integrative Kraft bezogen auf ein gelingendes Aufwachsen junger Menschen?
- Sind sie als Bildungsort tätig und wie wirkt Bildung bzw. wie werden Bildungsprozesse organisiert?
- Erreichen sie junge Menschen – und zwar in einen zu der Höhe der Mittel stehendem angemessenen Verhältnis?
- Verändern sich die Schwerpunkte der Verbände oder bleiben sie ritualhaft statisch?

Oftmals wurde in diesem Kontext immer auch eine heimliche Erwartungshaltung gegenüber den Verbänden formuliert, was sie tun sollten, um dieses oder jenes zu erreichen. Dabei wurde ihre Tätigkeit immer wieder in den Kontext "sozialer Dienstleistungen" gestellt oder gar mit solchen gleichgesetzt. Zugleich wurde auch von ihnen erwartet, sich Qualitätsmaßstäben und Kriterien zu unterwerfen die weniger ihre pädagogische Arbeit berücksichtigten, sondern stark von einem betriebswirtschaftlichen Denken geprägt waren.

Es lohnt sich aber auch, um die Bedeutung des Wirksamkeitsdialogs wahrzunehmen und zu akzeptieren, ins Gesetz zu schauen. Denn der Bundesgesetzgeber und der Landesgesetzgeber haben sich ja etwas bei der Formulierung der Regeln gedacht. Insbesondere die §§ 11 und 12 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes sind eindeutig. Danach gehört die Kinder- und Jugendarbeit zur *allgemeinen Förderung* von Kindern und Jugendlichen, die sich an *alle* richtet und nicht nur an bestimmte Zielgruppen. Jugendverbandsarbeit hingegen wird attestiert, dass sie sich „*in der Regel auf die*

eigenen Mitglieder“ ausrichtet und „von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet“ wird. Das Kinder- und Jugendförderungsgesetz des Landes von 2004 ist ein Ausführungsgesetz und hat diese Normen zur Grundlage. Das gilt ebenso für den Kinder- und Jugendförderplan. An dieser Ausrichtung der Landesförderung hat auch diese Landesregierung keinen Zweifel gelassen. Vielmehr hat sie gerade dieses noch bestätigt, indem sie die Organisationen der Jugend als Paktpartner bewertet und damit den partizipativen Aspekt besonders hervorhebt.

#### Der Wirksamkeitsdialog: Anlass und Hintergrund

Die damalige in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre geführte Debatte war sehr tiefgehend und vor allem gekennzeichnet von einem wachsenden Legitimationsdruck der Kinder- und Jugendarbeit. Aber es musste eine Strategie und ein Instrument gefunden werden, welches einerseits quantitative Elemente der Arbeit der Träger transparent machte, andererseits aber auch die qualitative Ebene nicht außen vor ließ. Denn allen Beteiligten war im Kern klar, dass ein einfaches Controllingverfahren – das im Übrigen auch eher rein quantitativ angelegt war – kaum einschätzbare und brauchbare Ergebnisse bringen würde bzw. könnte. Und es musste ein Verfahren gefunden werden, dass die Besonderheiten in der Beziehung zwischen Staat und Träger bereits im Titel berücksichtigt. Es sollte durch den Wirksamkeitsdialog erreicht werden, „Prozesse auf Einrichtungs-, Träger-, kommunaler- und Landesebene in Gang zu bringen und sowohl partizipativ als auch steuerungsorientiert zu gestalten“ (Deinet u.a. 2007).

#### Implementierung

Das war ein schwieriger Prozess: Es ging um Akzeptanz, um Einsicht und um Wollen. Denn die Verbände hatten die Sorge vor einer allzu großen Offenheit und „scheuten“ auch das genaue Hinschauen. Es fehlte auch die Übung, mit einem solchen Instrument umzugehen. Denn es war ja in

der Tat ungewöhnlich, aus einer reinen binnenorientierten Betrachtung jetzt zu einer externen, von Dritten mitgestalteten Debatte unter den Augen des Zuwendungsgebers zu kommen. Die Sorge war nicht gänzlich unbegründet, denn es war natürlich zu unscharf, was denn mit den Erkenntnissen angestellt werden sollte. Allein auf das zu vertrauen, was seitens des Jugendministeriums formuliert wurde, löste durchaus Skepsis aus.

Dennoch ließen sich die Verbände grundsätzlich auf einen solchen Prozess ein. Natürlich ist ein Dialog zunächst immer schwerer. Das zeigte auch die Implementierung, deren Realisierung mehr als 1,5 Jahre dauerte. Vor allem innerverbandlich kam es bei den Jugendverbänden immer wieder zu heftigen Abwehrhaltungen. Insgesamt aber war es überzeugend, dass der Wirksamkeitsdialog ein *Instrument für ein Verfahren* ist, das die Chance bietet

- zur Gestaltung eines verbandsinternen Reflexionsprozesses,
- zur Transparenz der eigenen Arbeit und
- zur Darstellung der Ziele gegenüber dem Zuwendungsgeber und der Öffentlichkeit.

#### Der Prozess aus der heutigen Sicht

Inzwischen ist es zur intensiven Fortführung des Wirksamkeitsdialogs gekommen, den die Verbände selbst steuern. Auch für sie ist klar: Reflexion und Steuerung, immerwährende Neukonzipierung und Veränderung sind wichtige Kriterien für eine fachliche Weiterentwicklung. Alle Dokumentationen zeigen, wie aktiv die Verbände in den Feldern der Jugendarbeit sind. Und in ihren Zahlen brauchen sie sich nicht zu verstecken: So werden jährlich rd. 7.600 Bildungsveranstaltungen mit rd. 243.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Eine beachtliche Zahl, das zeigt die genauere Analyse. Immerhin rd. 2.400 Bildungsveranstaltungen und 2.150 Jugenderholungsmaßnahmen dokumentieren den enormen Anteil von Bildung, Freizeit, Erholung und Gesundheit.

Das zeigt, dass die Jugendverbände den Wirksamkeitsdialog sehr selbstbewusst gestalten können. Der dritte Wirksamkeitsdialog zeigt aber auch

- das „Besondere“ auf, das Jugendverbände auszeichnet: Eigenverantwortlichkeit, Selbstorganisation, gemeinschaftlich gestaltet. Das sind drei Aspekte, die gewissermaßen konstitutiv für die Jugendverbandsarbeit ist.
- das die inhaltliche und strukturelle Gestaltung für die Verbände sehr variantenreich ist. Freizeit – Bildung – Interessenvertretung sind Aspekte, die eher die Dimension der Handlungsbreite verdeutlichen. Dahinter verbergen sich zielorientierte pädagogische Ansätze auch an bestimmte Zielgruppen und in Kooperationen, z.B. mit dem Schulbereich.

### Jugendverbände vor neuen Herausforderungen in der Qualitätsprüfung

Unzweifelhaft aber stellt sich die Situation der Kinder- und Jugendarbeit so dar, dass sie sich in einer gewissen Schere befindet: Einerseits gerät sie unter Druck, was ihre Ressourcen angeht. Sie muss sich selber fragen, welche Kinder und Jugendlichen sie erreicht. Andererseits zeigt die Entwicklung zur Ganztagschule, dass Kindern die Zeit für die Jugendarbeit verloren geht.

In dieser Situation bleibt ihr nichts anderes übrig, als in die Offensive zu gehen. Sie muss sich daher selber fragen: „Mit welchem Profil gehe ich in die nächsten Jahre?“ Dabei sollte der Blick über Haushaltsjahre hinaus gerichtet sein. Wir müssen in größeren Zeitabständen denken als nur über die Zeiträume, die die monetäre Grundlage sichern.

Wenn es um die Frage nach dem „neuen“ Profil geht, wird dies ohne den Aspekt „Bildung“ wohl nicht gelingen können. Hier aber fehlt es doch noch an den entsprechenden theoretischen Einschätzungen. Daher ist es wichtig, in einer Veranstaltung über die Wirksamkeit von Jugendarbeit insbesondere den neuen Akzent der Ganztagsbildung aufzugreifen.

Das bedeutet aber nicht, dass es in der Jugendarbeit nicht darum gehen kann, Qualität zum Maßstab der Vergabe öffentlicher Gelder zu machen. Es stellen sich dabei aber ganz zentrale Fragen, die es zu beantworten gilt:

- Was ist *gute Praxis* und *gute Qualität*?
- Wie sichere ich *Wahlfreiheit* und *Pluralität*?
- Wie ordne ich eine solche Strategie in das Prinzip der *Selbstbestimmung* und *Selbstverantwortung* des § 12 SGB VIII ein.

Gute Praxis und gute Qualität macht sich letztendlich auch an Themen und Ausrichtung fest und ist immer davon abhängig, wie es den Verbänden gelingt, sich auf Neues einzulassen und Innovationen zuzulassen.

Der Einsatz öffentlicher Gelder im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans setzt voraus, dass es sich nicht um eine Leistung des Staates per se, also ohne Gegenleistung handelt. Die „*Gegenleistung*“ liegt insbesondere darin, dass

- die Mittel auch tatsächlich für die in den Richtlinien des KJFP enthaltenen Grundziele eingesetzt werden;
- der Einsatz der Mittel so gestaltet wird, dass dieser auch der eigentlichen Zielgruppe zugute kommt und
- die inhaltlichen Schwerpunkte je nach verbandsspezifischer Ausrichtung den Alltag der Verbände bestimmen.

### Chancen des Wirksamkeitsdialogs

Im Wirksamkeitsdialog liegen viele Chancen für jeden Verband. Er ist nicht zu reduzieren auf ein Verfahren zu mehr Transparenz und zum Legitimationsnachweis. Er ist zugleich ein jugendpolitisches Instrument, welches genutzt werden kann (und auch sollte) für die Beantwortung folgender Fragen,

- ob der Verband im Alltag der jungen Menschen verankert ist,
- ob in der Konzeption auch tatsächlich Alltagsfragen junger Menschen berücksichtigt werden,

- ob er offen ist für neue inhaltliche Ausrichtung und Schwerpunkte,
- ob die Gliederungen des Verbandes auch neue Zielgruppen ansprechen und auch erreichen und
- ob und wie sie sich am jugendpolitischen Diskurs beteiligen und sich in der Verantwortung vor Ort sehen.

Die Chance des Wirksamkeitsdialogs liegt darin, dass Jugendarbeit als dynamisches System gestaltet werden kann. Denn um „überlebensfähig“ zu sein, muss sie „nah am Menschen“ sein und

- sich jungen Menschen dergestalt öffnen, dass sie der Besonderheit dieser Lebensphase (Sinn- und Orientierungssuche; Persönlichkeitsentwicklung; Interessengegensätze) auch Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet.
- Nur ein Einpassen in vorgegebene Strukturen wäre für viele nicht attraktiv, denn Jugendliche sind kritisch, selektiv und distanziert.
- sich neuen Lernfeldern öffnen, die persönlichen Präferenzen entsprechen und sich auf Erfahrungsgewinn beziehen können (z.B. Kultur, Medien, Bewegung; Engagement).
- Der Wirksamkeitsdialog ermöglicht, die richtigen und für den Verband bedeutenden *Innovationen* zu erkennen und anzugehen. Es geht um Neuansätze, um Entwicklungen und um Verbesserungen.
- Innovationen eröffnen die Chance, Bestehendes zu hinterfragen und genauer anzusehen. Es geht nicht um Neues um des Neuen willens.

### Fazit

Der Wirksamkeitsdialog ist ein existenzielles Instrument geworden, das in der weiteren Arbeit insbesondere auch für die Legitimationsprozesse unverzichtbar ist. Zwar drückt der Begriff „Qualität“ auch gesellschaftliche Erwartungen an die professionellen Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit aus. Er drückt aber auch die Erwartung des Verbandes und des Geldgebers aus, die Arbeit so auszurichten und zu gestalten, dass der Verband insgesamt gestärkt wird.

Qualität wird damit auch zum konstitutiven Merkmal des Alltagsmanagement eines Verbandes. Darin liegt die unbedingte Chance des Wirksamkeitsdialogs!

## Nachfragen und Diskussion zu den Referaten von Prof. Hans-Uwe Otto und Prof. Klaus Schäfer

Kernpunkte der sich anschließenden Diskussion konzentrieren sich zum einen auf die Frage der Wahrnehmung/Beachtung des Wirksamkeitsdialogs durch das zuständige Fachministerium und die Landespolitik, und zum anderen wird die Frage der Rolle der verbandlichen Jugendarbeit im Kontext des Bildungskonzeptes erörtert. Dabei geht es im Kern um die Frage der zukünftigen Rolle der Jugendverbandsarbeit im Verhältnis zu Schule und kommunaler Bildungslandschaft. Das Konzept einer Ganztagsbildung, so wie es von Hans-Uwe Otto vorgestellt wird, ist hierin involviert.

Zunächst wird die Diskussion bezüglich der Wahrnehmung des Wirksamkeitsdialogs durch das zuständige Fachministerium<sup>8</sup> und die Landespolitik zusammenfassend wiedergegeben.

### Diskussion zur Wahrnehmung des Wirksamkeitsdialogs auf Landesebene durch das zuständige Ministerium und die Landespolitik

Zu Beginn der Diskussion stellt der Geschäftsführer des Landesjugendrings NRW, Wilhelm Müller, den Verlauf der Diskussion des Vormittags gegenüber Klaus Schäfer dar. Dabei verweist er auf den von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vermissten Dialog mit der Politik und dem zuständigen Fachministerium. Unter Bezug auf das Einführungsreferat von Martin Wonik benennt er dessen Plädoyer, nicht auf Dritte zu warten, sondern den Wirksamkeitsdialog für die verbandliche Arbeit selbst nutzbar zu machen.

Die Vorsitzende des Landesjugendrings NRW Alexandra Horster wünscht sich mit Blick auf Klaus Schäfer, dass sein Vortrag vor einem anderen Publikum gehalten worden wäre, so zum Beispiel im Landtag oder in seinem Haus. Auf Seiten der Vorsitzenden ist der Eindruck entstanden, dass bis auf die Person von Klaus Schäfer nie jemand Interesse am Wirk-

ksamkeitsdialog der verbandlichen Jugendarbeit im Fachministerium gezeigt hat. Dieses findet sie bedauerlich, da es respektable Ergebnisse gibt, die man sehr gut vorweisen kann. Ein Indiz dafür, dass es kaum ein weitergehendes Interesse auf Landesebene am Wirksamkeitsdialog gibt, ist das Ausbleiben von Mitgliedern des Landtagsausschusses A 04, die zur Veranstaltung eingeladen waren, aber nicht erschienen sind. Zudem wünscht sie sich, dass die Ergebnisse des Wirksamkeitsdialogs der letzten Jahre als Grundlage für die Diskussion zur Ausstattung des Kinder- und Jugendförderplanes genommen werden. So könnte man der Frage nachgehen, „was machen wir mit dem Geld, und wie viel bekommen wir?“

In seiner Entgegnung führt Klaus Schäfer aus, dass er sich sehr wohl überlegt hat, den Vortrag hier vor Ort im Rahmen dieser Veranstaltung zu halten. Er glaubt, dass es falsch ist, davon auszugehen, dass dieser Bereich des Wirksamkeitsdialogs selbstverständlich in den Köpfen der Verbände ist. In diesem Kontext verweist er nachdrücklich darauf, dass er im Rahmen der Veranstaltung nicht als Privatperson agiert, sondern als Repräsentant des Ministeriums. Er widerspricht zudem der Wahrnehmung, der Wirksamkeitsdialog sei in seinem Hause nicht wahrgenommen worden. Dabei gesteht er zu, dass die Vertreterinnen und Vertreter des Landesjugendrings NRW nicht immer gleich jemanden in seinem Hause gefunden haben, der mit ihnen den Wirksamkeitsdialog diskutiert. Er weist aber die Aussage zurück, es habe in den letzten Jahren keine Aufstockung für die Kinder- und Jugendarbeit gegeben. Als Beleg zitierte er die Aufstockungen des Kinder- und Jugendförderplanes durch den „Pakt mit der Jugend“ um 5.000.000 Euro in den letzten fünf Jahren. „Wir haben die Jugendverbandsarbeit – und mit „wir“ meine ich das Haus – von der Spitze angefangen bis ‚unter mir‘ – wir haben die Jugendarbeit so wahrgenommen wie sie ist und zwar so, wie ich es gerade dargestellt habe. Sie sollten das auch nicht in Frage stellen“.

<sup>7</sup> Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

Professor Klaus Schäfer ist zudem der Auffassung, dass die verbandliche Jugendarbeit ihr Handeln legitimieren sollte. *„Ich finde schon, dass man sich auch legitimieren muss gegenüber Öffentlichkeit, gegenüber Politik, gegenüber Jugendlichen, gegenüber Trägern – wie auch immer.“* Er empfiehlt der verbandlichen Jugendarbeit, dies auch selbstbewusst zu tun und dabei ihr Licht nicht unter den Scheffel zu stellen.

Ein anderer Aspekt der Fragestellung an Klaus Schäfer richtet sich auf die Wahrnehmung des Wirksamkeitsdialogs durch die Landespolitik. Die Frage lautet: *„Was passiert außerhalb der Verbände mit unseren Ergebnissen?“*

Für sein Haus kann er feststellen, dass die entsprechenden Personen/Gremien in der Landespolitik auf die Ergebnisse des Wirksamkeitsdialogs aufmerksam gemacht werden. Dabei hatte er den Eindruck, dass die Ergebnisse beachtet werden. Zugleich weist er darauf hin, dass es sich hierbei allerdings um die „politische Sphäre“ handelt, auf die auch sein Haus nur begrenzt Einfluss hat. In diesem Kontext verweist er darauf, dass der Landesjugendring NRW seinerzeit dem damaligen Minister Laschet den ersten und zweiten Bericht zum Wirksamkeitsdialog persönlich überreicht hat. Passagen daraus haben sich später an verschiedenen Stellen in den Ausführungen des Ministers widerspiegelt. Insofern hat der Wirksamkeitsdialog auch auf dieser Ebene Wirkung gezeigt. Aus seiner Sicht ist der Wirksamkeitsdialog ein wichtiges Signal gegenüber der Landespolitik. Er warnt jedoch davor, den Wirksamkeitsdialog und die darin abgebildeten Ergebnisse zu eng an die finanzielle Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit zu koppeln. *„Wenn wir doch so gute Arbeit leisten, warum kriegen wir dann nicht mehr Geld? Das könnte man machen, das halte ich durchaus für legitim, dass man das tut, aber man kann nicht den Schluss daraus ziehen, wenn nicht mehr Geld kommt, dass der Wirksamkeitsdialog nicht beachtet wird.“* In diesem Zusammenhang verweist er noch einmal auf den „Pakt mit der Jugend“, der zu einem finanziellen Mehraufwand von 5.000.000 Euro geführt hat.

Die Frage, ob der Landtag oder ob kommunale Parlamente den Wirksamkeitsdialog beachten, stellte aus seiner Sicht eine andere Frage dar, die sich der Antwort durch die Landesregierung entzieht. *„Das ist eine Frage, die im politischen Dialog mit den Landtagsfraktionen – wie auch immer – erfolgen muss“.* Dabei ist zwischen der Wahrnehmung durch das zuständige Fachministerium und die politischen Gremien auf Landesebene bzw. auf kommunaler Ebene deutlich zu unterscheiden. Diesbezüglich empfiehlt er die aktuellen Parteiprogramme daraufhin zu überprüfen, ob Sie Aspekte des Wirksamkeitsdialogs aufgenommen haben. Für sein Haus reklamiert er, dass dort der Wirksamkeitsdialog wahrgenommen wird.

### Diskussion zur Rolle der verbandlichen Jugendarbeit im Verhältnis zu anderen Akteuren von Bildung, insbesondere von Schule, sowie im Kontext kommunaler Bildungslandschaften

Die Diskussionsbeiträge aus dem Plenum zielen dabei sowohl auf das von Hans-Uwe Otto vorgestellte Konzept der Ganztagsbildung, aber insbesondere auf das Zusammenwirken von Schule und Jugendhilfe. Dabei geht es um die Frage, inwieweit es der verbandlichen Jugendarbeit gelingen kann, gegenüber dem System Schule auf „Augenhöhe“ zu kommen und nicht durch das System Schule übernommen und dominiert zu werden. Ob und wie dies der verbandlichen Jugendarbeit gelingen kann, eine eigene Rolle/Position und Identität zu bewahren, ist Gegenstand zahlreicher Fragen an die beiden Referenten.

Bezogen auf das Konstrukt der „Ganztagsbildung“, das zuvor von Hans-Uwe Otto eingeführt worden ist, besteht die Befürchtung, dass im kommunalen Kontext nicht der Ganztagsbildungsbegriff gemeint ist, sondern die Ganztagschule, die Bildung unter ihrem Vorzeichen definiert. Daraus, so Einzelbeiträge, resultiert eine „Überlebensfrage“ für die verbandliche Jugendarbeit. In diesem Kontext wird darauf verwiesen, dass es 20 % Mittelkürzungen im Lan-

des Jugendplan gegeben hat, wohingegen für andere Bereiche der Gesellschaft weiterhin Geld zur Verfügung steht. Fokussiert wird hierbei auf die Stützung der deutschen Banken zu Zeiten der Wirtschaftskrise durch den Staat.

Mit dieser Frage setzt sich Hans-Uwe Otto ausführlicher auseinander und erläutert dabei seine Position wie folgt:

*„Also, was jetzt die Bildungslandschaften angeht: Ich habe das Buch mal eben geholt. Die meisten von Ihnen werden das nicht kennen – leider. Das ist das Handbuch über Ganztagsbildung und ich habe das deswegen geholt, nicht weil Sie das kaufen sollen (was schön wäre), aber da ist ein Artikel drin von Herrn Hebborn, dem Dezernenten des Städtetages. Die haben eine Veranstaltung gemacht mit 1.100 TeilnehmerInnen in Aachen vor drei Jahren zum Thema ‚kommunale Bildungslandschaften‘. Da ging es nicht in erster Linie nur um Schule, sondern der Städtetag hat zwei Prämissen. Die erste Prämisse war: Wir wollen nachziehenden jungen Familien – auf die die Kommunen heute angewiesen sind – ein Bildungssetting bieten, was gewissermaßen auch für Kinder und Jugendliche als Lebensfeld bezeichnet wird. Und zweitens (und das ist ganz entscheidend): Wir wollen, dass die sozialen Probleme, die uns sonst über den Kopf wachsen und finanziell ruinieren, im Vorfeld gewissermaßen präventiv abgefangen werden. Da kann man sich lange darüber streiten, aber das ist ein Indiz für oder gegen Ihre Meinung. Denn zumindest ist doch ein politischer Akzent gesetzt worden, der gerade auf die Kinder- und Jugendarbeit zielte. Es ging nicht nur um die Schulen dabei, sondern es ging um Verhaltensdisposition, es ging um Sozialraumorientierung. Also diese Begründung, die der Städtetag hineingebracht hat, ist viel näher an Kinder- und Jugend(verbands)arbeit orientiert, als Sie vielleicht hier wahr haben wollen. Von daher ist das noch nicht der Sieg, aber es ist ein ‚Steigbügel‘ sozusagen. Der ist zumindest da. Aber es kommt jetzt darauf an, dass an den Orten die Stimme erhoben wird und jetzt auch eine Allgemeingültigkeit der eigenen Ressourcen und der eigenen Kompetenzen angezeigt wird.*

*Das ist doch der Punkt. In der Regel ist doch die Kinder- und Jugendarbeit schon sehr weit in die Peripherie abgewandert oder in die Kulisse gestellt worden und sie muss sich hier erst mal wieder selber definieren in dem Sinne, dass sie ein wirklicher Mitspieler in dieser neuen Fragestellung ist. Und ich denke, das ist sie und ich denke, ohne diesen ganzen Bereich gibt es auch keine Bildungslandschaften, strukturell nicht und auch politisch nicht. Von daher halte ich die Sache für nicht so schwierig, aber sie erfordert ein Umdenken in der Orientierung vieler Vereine und Verbände, die nicht in erster Linie die Auseinandersetzung auf diesem Feld gesucht haben, sondern ganz andere Aktivitäten gemacht haben, die ich aber unter einem weitergehenden abstrakten Begriff sofort in diesem Kontext subsumieren kann. Das ist eine Frage der Definition auch und der neuen Selbsterkenntnis, wo wir hin wollen. Das ist mein Eindruck.“*

Aus dem Plenum wird nachgefragt, wie es gelingen kann, dass Jugendverbandsarbeit auf Augenhöhe mit dem System Schule kommen kann. Es wird bezweifelt, dass dies gelingen kann bzw. befürchtet, dass dies nur sehr schwer möglich ist. Des Weiteren wird nachgefragt, wie aus Sicht von Hans-Uwe Otto die gegenwärtigen kommunalen Bildungslandschaften bewertet werden.

Zur Frage des Verhältnisses von verbandlicher Jugendarbeit und Schule äußert sich auch Klaus Schäfer. Ihm bereitet der Ausdruck „wir sind nicht auf Augenhöhe“ Schwierigkeiten. Diese Position der verbandlichen Jugendarbeit, man sei nicht auf Augenhöhe, vermag er so nicht nachvollziehen. Aus seiner Sicht ist der Jugendverband stets auf Augenhöhe mit der Schule. *„Ich bin auf Augenhöhe mit der Schule. Da kann die Schule tun und lassen was sie will“.*

Hans-Uwe Otto fügt hinzu, dass es ohne Jugendverbandsarbeit keine Bildungslandschaften gibt. Er versteht die verbandliche Jugendarbeit in diesem Kontext als eine Ressource, die bislang in der Regel durch die Schulen eingekauft wird. Diesbezüglich verweist er auf die Sportjugend und



die Falken sowie andere Einrichtungen, die Ehrenamtliche zum Beispiel als Übungsleiter und Übungsleiterinnen in die Schulen schicken und dafür ein gewisses Honorar erhalten. Seine These: eine Bildungslandschaft funktioniert nicht ohne verbandliche Jugendarbeit. Nur auf kulturelle Aspekte einzugehen, reiche für eine gute Bildungslandschaft nicht aus.

*„Die zweite Geschichte: Sie sagen, sie sind keine Dienstleistung. Zumindest sind Sie angefragt mit Ihren Ressourcen, sich in diesem Programm verfügbar zu machen. Und dann kommt es eben darauf an, wie man das macht. Und ich denke, wer sich dem entzieht, der verliert auch in Zukunft zunehmend an Legitimation oder engt sich selbst ein. Das ist zumindest meine Überlegung, die ich habe, nachdem ich jetzt diese Bildungslandschaften schon länger beobachte und den Trend sehe in den Städten, hier einfach nach vorne zu gehen. Von daher also: Die Perspektive ist gut, die Umsetzung ist schwierig. Das ist völlig klar.“*

Bezüglich der Diskussion um die „Augenhöhe“ von verbandlicher Jugendarbeit und Schule merkt er an:

*„Ich leide auch (zumindest theoretisch) nicht unter der fehlenden Augenhöhe. Wenn man einen Begriff hat, der einem auch zugesteht, auf einer Ebene agieren zu können, dann hat man schon eine gewisse Augenhöhe erreicht. Ob das jetzt personal- und besoldungspolitisch die gleiche ist, das ist eine andere Frage. Dazu kann ich auch nichts antworten. Aber von der Sache selbst her, sehe ich keine Abstufung. Denn das ist das, was der Herr Schäfer gerade eben gesagt hat, die Schule alleine schafft es nicht mehr und nimmt zunehmend eben auch Schulverweigerung, Schulabsentismus usw. in Kauf. Wir haben (glaube ich) fast 70.000 Jugendliche (eine gewaltige Zahl jedenfalls), die die Schulziele nicht erreichen. Man hat also durchlaufend gewissermaßen einen negativen Prozess (in irgendeiner Form sowieso) und alles dieses lässt sich nur auffangen in einem übergreifenden Konzept. Von daher ist eine Gleichheit da, wenn auch mit unterschiedlicher Perspektive. Und es kommt darauf an, für die Kinder- und*

*Jugendhilfe, ihre Perspektive durchzusetzen und wirklich auch in Verhandlungen bzw. Abstimmungen mit Schulen, die darauf ja auch angewiesen sind, dies entsprechend umzusetzen. Das ist das, was ich aus meiner vorläufigen Empirie mitnehme.“*

Ein weiterer Aspekt der Diskussion bezieht sich auf die Möglichkeit, die ehrenamtlichen Strukturen der verbandlichen Jugendarbeit in das System der Ganztagschule zu integrieren. So wird aus dem Bereich der Landesmusikjugend eine entsprechende Frage formuliert, ob und wenn ja, wie dies gelingen kann. Die zentrale Frage lautet: „... inwieweit das (gemeint sind die ehrenamtlichen Strukturen des Verbandes, Anm. der Verfasser) zum Beispiel über eine Ganztagschule überhaupt einbaubar und integrierbar ist? D.h., da stellen sich ganz neue Fragen, die jenseits dessen sind, was wir zum Beispiel als Verband in der Vergangenheit in den letzten 50 Jahren gemacht haben. Dazu braucht man natürlich organisatorische und tatsächlich neue Formen der Zusammenarbeit.“ Erweitert wird diese Fragestellung um die verfügbaren finanziellen Ressourcen auf kommunaler Ebene für den Bildungsbereich.

Aus Sicht von Klaus Schäfer ist der Prozess der Weiterentwicklung von Schulen zu Ganztagschulen seit 2002/2003 deutlich zu beobachten. So gibt es zum Beispiel gegenwärtig mehr als 3.000 Ganztagsgrundschulen in NRW. Hier zeichnet sich in den letzten Jahren eine deutliche Entwicklung ab, die seiner Einschätzung zufolge bedeutet, dass es eine andere Form von Schule gibt.

Bezüglich der Rolle der Jugendverbände im Hinblick auf den Ausbau von Ganztagschulen verweist Klaus Schäfer darauf, dass man seitens des Fachministeriums die Position vertreten hat, „Jugendverbände müssen in die Schulen mit ihren ehrenamtlichen Strukturen und dort auch für die Versorgung, für die zeitliche Abdeckung am Nachmittag, verantwortlich sein. Das wird man mit der ehrenamtlichen Struktur überhaupt nicht können. Das habe ich auf mehreren Tagungen des Landesjugendrings NRW auch deutlich gemacht.“



Diese Art der Einbindung von verbandlicher Jugendarbeit in den schulischen Kontext muss man unterscheiden von der „Präsenz am Lebensort Schule“. Letzteres ist etwas anderes. Aus seiner Sicht können Jugendverbände punktuell wichtige Beiträge im Kontext von Bildung leisten. Sein Wunsch mit Blick auf die Kommunen lautet, dass Verbände sagen: *„Jawohl, wir sind eine Kommune der Bildung“*.

Übereinstimmung besteht darin, dass es noch eine Menge zu tun gibt, um das Verhältnis von verbandlicher Jugendarbeit und kommunaler Bildung zu klären.

Zugleich nimmt auch Klaus Schäfer eine rasche Veränderung der Schullandschaft in den Kommunen wahr. *„Ich persönlich habe ... noch nie einen so beschleunigten Prozess gesehen, wie wir das in den letzten Jahren hatten. 2002 wurde noch über die Ganztagschule ideologisch gestritten. Drei Jahre später ist die ganze Diskussion weg. Das ist ein akzeptiertes Thema. Ich habe noch nie erlebt, wie schnell auch Eltern dies angenommen haben. Wir haben mit 52 Grundschulen angefangen und haben gedacht: ‚Schaffen wir das eigentlich alles?‘ ... Man kann immer über Qualität usw. streiten. Aber das ist ein so beschleunigter Prozess geworden, dass es einem selbst den Atem nimmt. Man darf und kann dann auch nicht alles sofort verlangen. Auf dem Weg – finde ich jedenfalls – hat die Jugendhilfe/die Jugendarbeit einen ganz wichtigen Beitrag geleistet.“*

Es bleibt die Frage im Raum, wie es der Jugendarbeit weiterhin gelingen kann, ihren eigenen Stellenwert im Rahmen der Bildungslandschaft zu definieren und eine eigene Position zu behaupten. So verweist die Vorsitzende des Landesjugendrings NRW darauf, dass sie nicht Vorsitzende wäre, wenn sie die Leistungen der Jugendverbände unter den Scheffel von Schule stellen wollte. Sie verweist vielmehr auf die organisatorischen Rahmenbedingungen, unter denen häufig derartige Prozesse gestaltet werden. So kann eine Koordination von Bildungslandschaften nicht nur während der Kern-Arbeitszeiten erfolgen, sondern muss sich an den Erfordernissen der Verbände orientieren.

Aus Sicht von Klaus Schäfer sind dies keine Fragen von „Augenhöhe“ sondern organisatorische Probleme, die eine Kommune überwinden muss.

Eine andere Frage ist die der Honorierung bzw. Entlastung von Jugendverbänden, die sich im Bildungskontext engagieren. Zu dieser Frage merkt Klaus Schäfer an: *„Das ganze Thema von Bafög und Geld ist natürlich jetzt noch einmal eine andere Frage. Uns geht es darum, Stabilität in der Ehrenamtsstruktur der Jugendverbände zu sichern. Und dazu gehören auch ganz bestimmte Bedingungen. Wenn jemand erst einmal von Bonn aus nach Mannheim muss – auch wenn das nur 1 ½ Stunden Fahrt sind – ist er für die Jugendverbandsarbeit weg. Es muss ein Bonus sein. Wenn das Freiwillige Soziale Jahr ein Bonus ist für ein Medizinstudium oder wie auch immer, muss das auch hierfür gelten. Aber da sind wir noch nicht so weit.“*

Abschließend formuliert Hans-Uwe Otto sein Fazit der Diskussion:

*„Also ich denke, es ist klar geworden, dass Kinder und Jugendliche eine – ja vielleicht sogar die wesentliche – zentrale Perspektive für die Zukunft der Gesellschaft sind. Das hört sich vielleicht etwas floskelhaft an, aber wenn Sie genau hingucken, kommen Sie um diese Erkenntnis nicht drum herum. Es wird investiert in Kindergarten, es wird versucht, neue Schulmodelle zu fahren und – jetzt komme ich darauf – es wird, ob die Jugendverbandsarbeit mitmacht oder nicht, Bildungslandschaften geben. Ganz klar und zwar in einem erheblichen Maße. Ich habe Ihnen die Begründung geschildert: von der Ganztagsbildung hin bis zu den gegenwärtigen Modellen, die dort laufen. Und ich halte weiter meine Meinung aufrecht, dass das ohne Kinder- und Jugendhilfe nicht geht. Ob jetzt immer die Jugendverbandsarbeit oder andere Ressourcen der Kinder- und Jugendhilfe damit verbunden sind, das ist eine andere Frage. Aber es wird nicht ohne gehen. Und es wird auch gar nicht bewusst um die Jugendverbandsarbeit herum gesteuert. Denn die Jugendverbandsarbeit ist eigent-*

*lich die Ressource auch für den Nachmittag, um sich dort zu aktivieren. Und Bildungslandschaften sind ja weitflächiger; sie haben zumindest die große Chance, über die Bildungslandschaften nicht nur die Schule als den zentralen Ort zu sehen. Ich komme noch einmal auf das Beispiel der Musikschulen zurück; es ist klar, das ist ein Thema, wo z.B. gesagt wird, wir wollen ‚für jedes Kind ein Instrument‘ und so weiter. Das läuft ja angeblich hier in Nordrhein-Westfalen. (Ich habe keine Kinder mehr in dem Alter, ich weiß es nicht.) Aber das heißt doch: es ist eine politische Auseinandersetzung, die Chancen und Niederlagen natürlich immer beinhaltet. Aber die Chancen sind größer – jetzt mal für den Gesamtsektor gesprochen – als vor einigen Jahren. Die Bewegung ist nicht von der Kinder- und Jugendhilfe ausgegangen, sondern sie ist ausgegangen von einer klassischen Optimierung der Schule. Und es hat sich gezeigt, dass die klassischen Optimierungsideologien der Schule inzwischen sehr aufgeweicht, zerbrochen oder verändert worden sind und neue Partner gesucht werden. Ich bin ja nicht an der Stelle von Herrn Prof. Schäfer (das Ministerium) – ich kann ja nur gucken, wie die Sache ist, und ich sehe eine Dynamik kommen, in den verschiedensten Städten, die ich kenne. Und diese Dynamik wird sich realisieren. Da führt kein Weg daran vorbei. Ich habe als Indikator das Statement des zuständigen Dezernenten des Städtetages geschildert. Überlegen Sie mal: 1.100 Delegierte aus nordrhein-westfälischen Städten kommen zu einer Tagung über Bildungslandschaften zusammen. Wenn das die Kinder- und Jugendhilfe jemals schaffen würde, dann würde ich wahrscheinlich verzweifeln vor Freude. Das ist ja gar nicht möglich so etwas, aber der Städtetag macht das. Und da sehen Sie die Ressourcen auf der einen Seite, die hineinlaufen sollen, aber auch die Notwendigkeiten, aus denen die Städte dieses – jetzt mal in einem positiven Sinne – argumentieren. Es ist ja nicht eine Diskussion, die immer negativ konnotiert wird, sondern das ist eine positive Diskussion. Ich wünsche Ihnen, dass Sie dabei sind. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Mehr will ich auch nicht sagen. Vielen Dank.“*





Landesjugendring NRW e.V.  
Martinstraße 2a, 41472 Neuss  
<http://www.ljr-nrw.de>